core NRW
Netzwerk Extremismusforschung

Linksextremismus im Umbruch

Herausforderungen für Forschung, Prävention und Behörden

Tom Mannewitz

Kurzgutachten 10

INHALT

Zusammenfassung 4

Einleitung 8

1 Begriffsklärungen und Abgrenzungen 16

2 Neue Positionen im Linksextremismus 26

3 Entgrenzung 42

4 Das postautonome Spektrum in der Krise 52

5 „Rote Jugendkultur“: Kommunistische Kleingruppen 57

6 Digitalisierung 60

7 Gewalt 64

8 Repression 82

9 Radikalisierung 89

10 Prävention 97

11 Fazit 113

12 Empfehlungen 120

Literatur- und Quellenverzeichnis 129

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Kurzgutachten Linksextremismus verfolgt zwei Ziele: Es untersucht – erstens – ausgewählte aktuelle ideologische, organisatorische und strategische Entwicklungen des Linksextremismus in Deutschland mit besonderem Fokus auf Nordrhein-Westfalen. Zweitens will das Kurzgutachten Linksextremismus Forschungslücken zum Linksextremismus identifizieren und daraus konkrete Empfehlungen für Forschung, Fördergeber und Präventionspraxis ableiten.

Zu den zentralen Ergebnissen zählen folgende Punkte:

Insgesamt ist der Linksextremismus in den vergangenen zwei Jahrzehnten chronisch unterforscht und es fehlen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen tragfähige Forschungsressourcen zu dem Thema. Dies hängt zu nicht unerheblichen Teilen mit der Explorationsverweigerung des linksextremistischen Spektrums zusammen.

- Fördergeber sollten verstärkt Grundlagenforschung zum Linksextremismus fördern.
- Mit themenspezifischen Vorhaben sollten Wissenslücken zu Radikalisierungsverläufen, Ausstiegsprozessen, Gruppendynamiken, Gender, Co-Radikalisierung, digitalen Milieus, Gewaltlegitimation und Wirkung staatlicher Maßnahmen geschlossen werden.

Linksextremistische Aktivitäten sind stark von gesellschaftlichen Themenkonjunkturen beeinflusst. Die Dynamik zeigte sich jüngst etwa im Wechsel der Aktionsfelder zwischen Klimaschutzprotesten, Anti-Rechts-Mobilisierungen und Anti-Israel-Demonstrationen sowie dem höchst volatilen Gewaltaufkommen.

- Um so wichtiger ist die langfristige Förderung von Forschung zu Linksextremismus und die Sicherung von Anschlussfinanzierungen, um die konjunkturbedingten Aktionswellen erfassen zu können.
- Dafür sollten regionale Forschungs- und Praxisnetzwerke aufgebaut werden, die lokale Aktivitäten der Szene beforschen und Präventionsmaßnahmen kontextualisieren können.

Die linksextremistische Szene hat sich in ideologischer Hinsicht jüngst ausdifferenziert. Ein Anzeichen davon ist etwa das Aufkommen anarchoprimitivistischer Argumentationen sowie postkolonialer und identitätspoltisicher Narrative, die neue Anschlussfähigkeiten bieten.

Das postautonome Spektrum leidet unlängst unter einer gesunkenen Rekrutierungs- und Mobilisierungsfähigkeit. Im Gegensatz dazu befindet sich das Spektrum der kommunistischen Kleingruppen seit einiger Zeit im Aufwind. Es handelt sich dabei schwerpunktmäßig um hoch dogmatische, marxistisch-leninistische Organisationen, die sich nicht primär als Partei, sondern als gewaltorientierte Kleingruppe formieren und besonders unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine gewisse Popularität genießen.

- Um den strukturellen und ideologischen Wandel im Linksextremismus zu verstehen, benötigt es Analysen der phänomenspezifischen und -übergreifenden Netzwerke und Kooperationen.

Ein anhaltender Trend ist die Entgrenzung des Linksextremismus, d. h. einerseits der Prozess der gesellschaftlichen Entstigmatisierung und andererseits die bewusst von Linksextremist:innen forcierte Strategie des gezielten Framings, der Verwendung anschlussfähiger Begriffe und dem Streben nach breiten Bündnissen. Zugleich lässt sich eine wachsende Akzeptanz linksextremistischer Positionen in der Gesellschaft beobachten. Dafür sind neben der Nähe der von Linksextremist:innen vertretenen Werte und Prinzipien zu denen der demokratischen Mitte u. a. eine geringe Sichtbarkeit linksextremistischer Gewalt sowie fehlende Sensibilisierung für die Gefahren verantwortlich.

- Hierfür zu sensibilisieren und aufzuklären, ist Aufgabe nicht nur von Wissenschaft und Prävention, sondern mindestens auch zu gleichen Teilen von Politik, Schule und politischer Bildung.
- Die Forschung zur Entgrenzung des Extremismus insgesamt leidet indes unter einem recht diffusen konzeptionellen Unterbau und lediglich einzelfallbezogenen empirischen Studien. Strategien der Schaffung gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit sowie die steigende Akzeptanz linksextremistischer Positionen sollten eingehender untersucht werden.

Zu den weiteren langfristigen Trends gehört die Bedeutungszunahme des digitalen Raums für Linksextremist:innen, um Mitglieder zu rekrutieren, um für Proteste zu mobilisieren, um zu (gewaltsamen) Straftaten aufzurufen, um untereinander zu kommunizieren und um sich zu verübten Anschlägen zu bekennen. Aber zu welchen Zwecken welche Angebote genau genutzt werden, mithin das Nutzungsprofil verschiedener digitaler Angebote, ist wegen fehlender Forschung weithin unbekannt.

- Die digitalen Inhalte und Strukturen linksextremistischer Gruppen sowie deren Rezeption und Weiterverbreitung sollten systematischer untersucht werden.
- Hier bieten sich künftig Vergleiche zum rechtsextremistischen und islamistischen Spektrum an, deren Nutzungsverhalten sich bereits auf den ersten Blick von dem von Linksextremist:innen zu unterscheiden scheint.

Hinsichtlich linksextremistischer Gewalt sind die Forschungslücken aufgrund der sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Brisanz besonders misslich: Die Statistiken zur politisch motivierten Gewalt weisen deren Intensität nicht aus, sodass der Eindruck einer zunehmenden Personalisierung und Enthemmung bei klandestiner, aus dem Verborgenen heraus ausgeübter Gewalt kaum empirisch zu überprüfen ist.

- Ein kontinuierliches und systematisches Monitoring (links-) extremistischer Gewalt könnte künftig die Grundlage bilden für die Erforschung linksextremistischer Gewaltqualität, der Mobilisierungsfaktoren linksextremistischer Konfrontationsgewalt und der Dynamiken der Co-Radikalisierung links- und rechtsextremistischer Gewalt.

Gezielte phänomenspezifische Präventionsformate gegen Linksextremismus sind unterentwickelt. Herausforderungen bestehen u. a. in der begrenzten Reichweite der Angebote, in der herausfordernden Zielgruppenansprache und einem Mangel an systematischer (Wirk-) Evaluation.

- Eine stärkere Ausdifferenzierung der Präventionsformate, insbesondere selektiver und indizierter Angebote sowie zielgruppenspezifischer, niedrigschwelliger Unterstützungs- und Anspracheangebote und Handlungshilfen für das soziale Umfeld, sollte anvisiert werden.
- Bildungseinrichtungen und Multiplikator:innen in Bildung und Sozialer Arbeit sollten für die Thematik sensibilisiert werden.
- Präventionsmaßnahmen sollten durch Begleitforschung transparent evaluiert werden.

Insgesamt plädiert das Kurzgutachten für eine stärkere phänomenspezifische Auseinandersetzung mit Linksextremismus in Wissenschaft und Prävention – jenseits pauschaler Alarmrhetorik – sowie für eine evidenzbasierte Weiterentwicklung von Forschung und Prävention im Spannungsfeld von Demokratiegefährdung und legitimer Gesellschaftskritik.

EINLEITUNG

2023 war kein gutes Jahr für die innere Sicherheit und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Das jedenfalls legen die behördlich dokumentierten Entwicklungen von Extremismus im Generellen und am linken Rand im Speziellen nahe: Linksextremistische politisch motivierte Kriminalität erlebte laut Angaben des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen (LfV NRW) einen signifikanten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Nicht weniger als 1097 Straftaten aus dem Spektrum wurden registriert (+33 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Zugleich ließ sich eine im Vergleich zum Vorjahr massiv gestiegene Gewaltbereitschaft beobachten: In keinem Bundesland gab es 2023 mehr Gewaltstraftaten aus dem linken Spektrum als in Nordrhein-Westfalen, nämlich 274 (+286 Prozent). Die Gewaltstatistik befand sich damit auf einem Fünfjahreshoch. Doch nicht nur die Straftaten nahmen zu, sondern auch das gewaltorientierte Potenzial wuchs an auf 1413 Personen (+12 Prozent). Die Brennpunkte der Auseinandersetzungen waren Klimaproteste, Demonstrationen gegen Israels Krieg im Gaza-Streifen und Auseinandersetzungen mit „Rechten“. Die Entwicklungen befeuerten erneut Debatten in Politik und Medien um eine Radikalisierung des Linksextremismus und einen Anstieg der linksextremistischen Gefahr.

Doch nur ein Jahr später stellte sich die Situation gänzlich anders dar. So verschob sich der Schwerpunkt linksextremistischer Aktivität: Die Rodung des Hambacher Forstes war längst gestoppt, Lützerath abgerissen. Der jüngste – in Teilen linksextremistische – Widerstand richtete sich stattdessen hauptsächlich gegen das Unternehmen Rheinmetall,

das für die Aufrüstung der Bundeswehr eine zentrale Rolle spielt. Den zweiten Schwerpunkt bildeten Aktionen „gegen rechts“. Höhepunkte bildeten die Mobilisierung gegen das im Januar bekannt gewordene „Potsdamer Geheimtreffen“ und den AfD-Bundesparteitag in Essen. Zugleich konnte von einer steten Zunahme linksextremistischer Gewalt keine Rede mehr sein – im Gegenteil: Zwar gab es einen Anstieg bei der politisch motivierten Kriminalität „links“ auf 1187 Delikte, doch das „linke“ Gewaltaufkommen selbst ging um fast 70 Prozent auf 86 Delikte zurück.

Der exemplarische Vergleich der Jahre 2023 und 2024 vermittelt eine zentrale Einsicht: Linksextremismus ist in seinen Aktionsschwerpunkten, seiner Rekrutierungs- und Mobilisierungsaktivität abhängig von gesellschaftlichen Themenkonjunkturen. Entsprechend volatil sind die zugehörigen Kennzahlen. Das Auf und Ab – etwa der Demonstrationsteilnehmenden und der Gewaltentwicklung – dürfte maßgeblich mit der (Un-)Fähigkeit linksextremistischer Akteur:innen zusammenhängen, das Wasser gesellschaftlicher Probleme und Konflikte auf die eigenen Mühlen zu leiten. Pauschale Warnungen vor einer generellen Zunahme linksextremistischer Gewalt verbieten sich.

Die quantitative Dimension des Linksextremismus – Mobilisierungserfolge wie -misserfolge, Gewaltkonjunkturen und volatile Anhänger:innenzahlen – ist erklärungsbedürftig. Nicht weniger sind es die qualitativen politischen und sozialen Dynamiken, die unlängst zu beobachten waren: So wird seit geraumer Zeit von verschiedenen Stellen vor einer Unterwanderung und Instrumentalisierung der Klimaproteste gewarnt. Ein Blick auf die beteiligten Akteur:innen, deren Strategien und programmatische Äußerungen legt indes den Schluss nahe, dass eine bloße Instrumentalisierung berechtigter gesellschaftlicher Anliegen nur eine von vielen möglichen Interpretation der jüngeren Aktivität von Linksextremist:innen auf dem Gebiet des Klimaschutzes ist. Vielmehr scheinen ausweislich neuerer Argumentationen und Narrative auch grundsätzliche ideologische Verschiebungen und Auffächerungen am Zuge zu sein, die zu einer Neuvermessung der politisch-ideologischen Landkarte zwingen.

Daneben nährten bundesweite Proteste, Kundgebungen und Veranstaltungen nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, bei denen Linksextremist:innen und Islamist:innen zu kooperieren schienen, Befürchtungen vor einer neuen, durch Antisemitismus, zumindest aber Antizionismus und Israelfeindschaft geschaffenen Querfront zu Extremist:innen anderer Spektren. In jedem Falle reichen die Wurzeln phänomenbereichsübergreifender Kooperationen weiter zurück als bis zum 7. Oktober 2023. Ob sie die aktuelle Hochphase des Nahostkonflikts überstehen, muss sich zeigen.

Zur erheblichen Dynamik in den verschiedenen Niederungen des Linksextremismus gehören neben neuen Allianzen und ideologischen Innovationen auch Stagnationsprozesse. So scheint das Postautonome Spektrum an Rekrutierungs-, Mobilisierungs und Aktivierungsfähigkeit eingebüßt zu haben.

Flankiert werden solche mittel- bis kurzfristigen Entwicklungen durch längerfristige Trends, die das Spektrum selbst, aber auch Sicherheitsbehörden und Demokratie vor Herausforderungen stellen, darunter der immer wieder von verschiedener Seite beklagte Trend der Entgrenzung des Linksextremismus – etwa in der Politik, den Medien und der Zivilgesellschaft. Dieser werde in weiten Teilen der Bevölkerung „salonfähig“ und „akzeptabel“, so die Befürchtung.

Ist die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber der Entgrenzung des Linksextremismus als anhaltend hoch zu bezeichnen, kann Selbiges kaum für die Folgen der Digitalisierung für die verschiedenen Spektren des Linksextremismus gelten. Für Propaganda, Rekrutierung und Vernetzung spielt das Internet gleichwohl eine zunehmend wichtigere Rolle.

Dieses Kurzgutachten Linksextremismus hat zwei Anliegen. Einerseits soll es einen Blick auf die jüngeren Entwicklungsdynamiken im Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen werfen. Andererseits soll es darstellen, wo die Forschung zum Linksextremismus derzeit steht, und den Wissensstand mit den aktuellen Beobachtungen abgleichen. Daraus sollen zum einen Wissenslücken offenbart und zum anderen abgeleitet werden, wo die wissenschaftliche Auseinandersetzung ansetzen sollte, um diese Wissenslücken zu adressieren. Es versteht sich von selbst, dass dabei immer wieder auch die vergleichende Perspektive zur Bundesebene und anderen Bundesländern eingenommen wird.

Der Begriff wird in der Forschung kontrovers diskutiert, mittlerweile zirkulieren mehrere alternative Angebote. Der Begriff, für den hier in Kapitel 1 plädiert wird, ist davon nicht ausgenommen. Gleichwohl spricht viel für begrifflichen Pragmatismus.

Die Kapitel 2 bis 6 sind den bereits erwähnten jüngeren sowie schon länger anhaltenden Trends im Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen gewidmet.[1] Die weiteren Kapitel beleuchten Themen, die sich der Aktualitätslogik entziehen: die Entwicklung der verschiedenen Facetten linksextremistischer Gewalt (Kap. 7), die Bedeutung und die Folgen von staatlichem Handeln für linksextremistische Akteur:innen (Kap. 8), Einsichten zur Radikalisierung in den Linksextremismus (Kap. 9) und ein Blick auf die Prävention von Linksextremismus (Kap. 10).

Ein Fazit schließt mit den zentralen Einsichten des Gutachtens in die jüngeren Entwicklungsdynamiken des Linksextremismus in

1 Es liegt in der Natur der Sache, dass der Auswahl eine gewisse Willkür innewohnt. Ihr liegt die Intention zugrunde, Entwicklungen aufzugreifen, die über einen längeren Zeitraum hinweg zu beobachten waren. Das schließt freilich nicht aus, dass der Bericht rasch von der Realität überholt wird – gerade bei einem solchen Sujet, das seit jeher von großer Dynamik gekennzeichnet ist und stark von externen Rahmenbedingungen abhängig ist.

Nordrhein-Westfalen; eine Liste von Empfehlungen versucht, hieraus Handlungsanweisungen für Forschung und Fördergeber zur Weiterentwicklung des Forschungsfeldes zu generieren und umreißt die Relevanz der Erkenntnisse für die Präventionspraxis.

Die Stoßrichtung des Kurzgutachten Linksextremismuss lässt sich mit zwei Fragen umreißen: Wo steht „der" Linksextremismus heute? Und: Was wissen wir über ihn? Die Antwort auf die erste Frage ist komplex. Leichter ist die zweite Frage zu beantworten – gerade auch im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen: Auch wenn sich in der Forschung in den letzten Jahren einiges bewegt hat, wissen wir noch immer erstaunlich wenig über Linksextremismus und seine verschiedenen Facetten.

LINKS-EXTREMISMUS IST HEUTE WANDLUNGS-FÄHIGER, IDEOLOGISCH HETEROGENER UND AGIERT STRATEGISCHER ALS FRÜHER.

LEGENDE

Ideologische Zuordnung ····· MARXISMUS-LENINISMUS

Abkürzung ····· *MLPD*
Name ····· Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

Gründung (Dtl.)* ····· seit 1982
Aktionsformen ····· Wahlen, Demonstrationen, Publikationen
Mitglieder Deutschland* ····· ✵ 2800 (in 2024)
Mitglieder NRW* ····· ⊙ 750 (in 2024)

*wenn Daten vorhanden

AUTONOMER LINKSEXTREMISMUS

Autonomes Spektrum
frühe 1980er Jahre
Demonstrationen, Massenmilitanz
✵ *8600 (in 2024)*
⊙ *1165 (in 2024)*

POSTAUTONOMER LINKSEXTREMISMUS

IL
Interventionistische Linke
seit 2005
Demonstrationen, Blockaden („ziviler Ungehorsam“)
✵ *900 (in 2024)*

EG
Ende Gelände
seit 2014
Demonstrationen, Blockaden („ziviler Ungehorsam“)

uG
ums Ganze
seit 2006
Demonstrationen, Blockaden („ziviler Ungehorsam“)
✵ *250 (in 2024)*

GRÜNER ANARCHISMUS

GAFFA
Guerilla Activists Fighting For Anarchy
seit 2022
Brandanschläge

ZimT
Zucker im Tank
seit 2023
Teilnahme an Klimaschutz-Kampagnen, Workshops, Lesungen

Switch Off
Switch off - the system of destruction
seit 2023
„Mitmachkampagne“, auf der anarchistische Kleingruppen Bekennerschreiben in Eigenregie publizieren

Kommando Angry Birds
seit 2023
Brandanschläge

Vulkangruppen
seit 2011
Brandanschläge

ORGANISATIONEN UNTER (MAßGEBLICHER) BETEILIGUNG VON LINKSEXTREMISTEN

*gezählt wurden nur Linksextremist:innen

RH
Rote Hilfe
seit 1975
Unterstützung von Straftäter:innen aus dem Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionsveranstaltungen
✵ *14400 (in 2024)*

AgR
Aufstehen gegen Rassismus!
seit 2016
v.a. Demonstrationen

BDS
Boycott, Divestment and Sanctions
seit 2009
öffentliche Boykottaufrufe, Demonstrationen

Linksjugend [ˈsolid]
(=Jugendorganisation von Die Linke)
seit 2007
Demonstrationen, Jugendcamps, eigene Veranstaltungen
✵ *74200 (in 2025)*
⊙ *1200 (in 2024*)*

MARXISMUS-LENINISMUS

Trotzkismus

GAM
Gruppe ArbeiterInnenmacht
seit 1982
Publikationen, Betriebs- und Sozialkämpfe, Demonstrations- und Kampagnenmitarbeit
✵ *50 (in 2020)*

REVO
Revolution
–
Betriebs- und Sozialkämpfe, Demonstrations- und Kampagnenmitarbeit

MLKP
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei
(Türkeibezug)
seit 1994
Vernetzungsarbeit
✵ *600 (in 2024)*

YS
Young Struggle
(= Jugendorganisation MLKP)
seit 2010
Demonstrationen, Vernetzungstreffen

Zora
(= feministische Frauenorganisation der MLKP)
–
Demonstrationen

AKL
Antikapitalistische Linke
(aktiv in Die Linke)
seit 2006
Arbeit als Bundesarbeitsgemeinschaft in der Partei Die Linke
✵ *1060 (in 2019)*

Marx21
seit 2007
Einflussnahme auf Die Linke, Demonstrationen, eigener Kongress („Marx is muss“)
✵ *450 (in 2020)*

KO
Kommunistische Organisation
seit 2018
eigene Kundgebungen und Beteiligung an größeren Protesten, Bündnissen und Kampagnen

SL
Sozialistische Linke
seit 2006
Beeinflussung der Partei Die Linke, Gewerkschafts- und politische Bildungsarbeit
✵ *1000 (in 2020)*

KA
Kommunistischer Aufbau
(inkl. Untergruppen Kommunistische Frauen, Kommunistische Jugend)
seit 2014
eigene Kundgebungen und Beteiligung an größeren Protesten, Bündnissen und Kampagnen

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
seit 1968
Wahlen, Demonstrationen, Publikationen
✵ *2682 (in 2024)*
⊙ *800 (in 2024)*

KP
Kommunistische Partei
seit 2024
eigene Kundgebungen und Beteiligung an größeren Protesten, Bündnissen und Kampagnen

FKO
Föderation Klassenkämpferischer Organisationen
(inkl. Internationale Jugend, Solidaritätsnetzwerk, Frauenkollektiv und Betriebskampf)
seit 2022
Proteste und Demonstrationen

SDAJ
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
(=Jugendorganisation der DKP)
seit 1968
Demonstrationen, Beteiligung an Streiks
✵ *670 (in 2024)*

PK
Perspektive Kommunismus
seit 2014
Proteste und Demonstrationen
✵ *160 (in 2024)*

RJD
Rote Jugend Deutschland
–
Dachverband kommunistischer Kleingruppen in Dtl.

MLPD
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
seit 1982
Wahlen, Demonstrationen, Publikationen
✵ *2800 (in 2024)*
⊙ *750 (in 2024)*

CFF
Change for Future
(antikap. Plattform von REVO und REBELL [=Jugendorganisation der MLPD] bei FFF)
seit 2019
Proteste, Demonstrationen, „ziviler Ungehorsam“

KPF
Kommunistische Plattform
seit 1989
Arbeit als Bundesarbeitsgemeinschaft in der Partei Die Linke
✵ *1122 (in 2020)*

1

KAPITEL

BEGRIFFS-KLÄRUNGEN UND ABGRENZUNGEN

1.1 DEFINITION DES „LINKSEXTREMISMUS“

Linksextremismus wird hier definiert als Sammelbezeichnung für alle politischen Einstellungen und Handlungen auf Grundlage eines emanzipatorisch-progressiven Selbstverständnisses bei gleichzeitiger Billigung von mit einer konsolidierten konstitutionellen Demokratie inkompatiblen Zielen und/oder Mitteln. Sie beruht auf der Annahme, dass die moderne konstitutionelle Demokratie (synonym: „demokratischer Verfassungsstaat“) „die beste Form umfangreicher sozialer Organisation zu sein [scheint], die unsere Art bislang zustande gebracht hat“ (Pinker 2017, S. 425; vgl. denselben Tenor bei Walter 2023, S. 27f.). Mit der Erforschung von Bestrebungen, deren Handeln sich dagegen richtet, soll für entsprechende Gefährdungen sensibilisiert werden.

Diese Definition bedarf einer kurzen Erläuterung: Erstens, sie stellt nicht auf das Ziel absoluter gesellschaftlicher Gleichheit ab, das Linksextremist:innen immer wieder attestiert wird (vgl. exemplarisch Mannewitz & Thieme 2020, S. 25; Pfahl-Traughber 2020, S. 21–23; Bobbio 1994), sondern auf „progressive“ und „emanzipatorische“ Werte. Denn auf diese berufen sich nicht nur linke Demokrat:innen, sondern auch linke Extremist:innen, wie beispielhaft Burkhard Garwegs (2024) Brief aus dem Untergrund vom Dezember 2024 zeigt, in dem er die Rote Armee Fraktion als Teil der „Geschichte der Kämpfe für menschliche Emanzipation, Freiheit und Selbstbestimmung [!]“ sieht. Im Mittelpunkt des linksextremistischen – aber auch linksdemokratischen – Selbstverständnisses geht es um die Befreiung des Menschen aus repressiven Verhältnissen.

Zweitens: Was linke Extremist:innen von linken Demokrat:innen unterscheidet, ist der Bruch mit den „Spielregeln“ der konstitutionellen Demokratie als – beabsichtigte oder zumindest in Kauf genommene – Folge der eigenen politischen Ambitionen oder der angewendeten Mittel, wie Gewalt (vgl. Mannewitz 2024a).

Linksextremismus bezeichnet politische Einstellungen und Handlungen auf Grundlage eines emanzipatorisch-progressiven Selbstverständnisses und der Billigung von Zielen und Mitteln, die mit einer konstitutionellen Demokratie unvereinbar sind.

Drittens wird hier für den Kernbegriff „Extremismus“ statt für „Antidemokratismus“ plädiert, weil sich das Handeln von (linken) Extremist:innen nicht immer (nur) gegen das demokratische Element unserer freiheitlichen Ordnung richtet, sondern häufig (auch) gegen das konstitutionelle.

Wenn sich linker Extremismus von linkem Demokratismus dadurch abhebt, dass seine Mittel und/oder Ziele mit einer konstitutionellen Demokratie unvereinbar sind, ist es nötig, die Merkmale einer konstitutionellen Demokratie präzise zu bestimmen. Es kann dabei weder darum gehen, Kritik an einer bestimmten Macht- oder Eigentumsstruktur zu brandmarken, noch darum, eine konkrete Verfassung oder gar die „Stabilität eines formalen staatlichen Institutionengefüges“ (Riedl & Micus 2017, S. 19)[2] zu zementieren.

2 Zur Kritik an dieser Position vgl. Manow 2024, S. 172–174.

info

„‚Progressiv‘ heißt, etwas verändern und damit bewusst gestalten zu wollen. Im Progressiven steckt das Bekenntnis für eine selbstbestimmte, vernunftorientierte und optimistische Zukunftsgestaltung. Es ist ein Appell für eine Politik, die die Gesellschaft offenhält und Zukunftsvisionen entwickelt, die eine Verbesserung der Lebenschancen aller Bürgerinnen und Bürger zum Ziel hat“ (Meifort 2020, S. 15). Unter „Emanzipation“ wird hier die Befreiung von Unterdrückung verstanden.

Plädiert wird darum hier für ein aus der politikwissenschaftlichen Systemforschung abgeleitetes Begriffsverständnis konstitutioneller Demokratie (s. Merkel 2004; Merkel 2010, S. 22; Merkel et al. 2003).

info

Kernelemente einer konstitutionellen Demokratie (vgl. im Folgenden Mannewitz 2018):

- eine konkurrierende Willensbildung durch „periodische, freie, allgemeine, gleiche und faire Wahlen", die bedeutsam sein müssen (Merkel 2010, S. 32; vgl. auch Lauth 2016; Beetham 1994, S. 30),
- eine effektive Gewaltenkontrolle gewählter Amtsträger:innen durch relativ autonome Institutionen, insbesondere eine unabhängige und funktionstüchtige Judikative, die exekutive bzw. legislative Akte rechtlich sanktionieren kann (vgl. Merkel 2010, S. 33),
- die Bindung von Gesetzgebung, vollziehender Gewalt und Rechtsprechung an die in Grundrechte gegossenen, universellen Menschenrechte auf individualistischer Grundlage (vgl. Enzmann 2012, S. 86),
- die Geltung umfassender politischer Teilhaberechte für alle Bürger:innen (vgl. Merkel 2010, S. 32),
- die Gewährung formaler Rechtsstaatlichkeit (vgl. Lauth 2004, S. 149),
- eine die Verfassung verbindlich für Legislative, Exekutive und Judikative auslegende Verfassungsgerichtsbarkeit (vgl. Kielmansegg 2013, S. 163; Enzmann 2012, S. 115) sowie
- Staatlichkeit als „Grundbedingung moderner, repräsentativer Demokratie" (Manow 2024, S. 159; vgl. auch Linz & Stepan 1996, S. 7; Brown 2012, S. 63).

Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten liefe – wäre er an der Macht – mithin per definitionem auf das hinaus, was die Forschung als „Autokratisierung“ (vgl. Lührmann & Lindberg 2019, S. 1098–1100) oder als „demokratische Regression“ bzw. „democratic backsliding“ (vgl. Bermeo 2016; Schäfer & Zürn 2022) bezeichnet. Die beträchtliche Herausforderung besteht darin, von der Vielzahl legitimer politischer Positionen und Forderungen solche zu unterscheiden, die in der Konsequenz mit demokratisch-konstitutionellen Prinzipien nicht vereinbar sind (vgl. Mannewitz & Thieme 2020, S. 50–79).

Linker – und auch anderweitiger – Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten liefe – wäre er an der Macht – per definitionem auf eine „Autokratisierung“ hinaus.

Erschwert wird dieses Erfordernis u. a. dadurch, dass sich die Akteur:innen aus Angst vor staatlichen Repressionen oder gesellschaftlicher Marginalisierung vielfach gemäßigter geben, als sie sind. Die Forschung – die sich jedoch mehrheitlich auf Parteien bezieht – hat darum intensiv die Frage erörtert, ob und wie sich eine spätere Autokratisierung durch vorherige Verhaltensweisen der verantwortlichen Akteur:innen in der Opposition voraussagen lässt (vgl. Linz 1978; Levitsky & Ziblatt 2018). Zusammenfassend und unabhängig von der politischen Verortung – links oder rechts – sei die Wahrscheinlichkeit einer Autokratisierung dann besonders hoch, wenn die Akteur:innen zuvor durch Folgendes auffielen (vgl. Medzihorsky & Lindberg 2024):

- eine geringe Bindung an den demokratischen Prozess (erkennbar am Eintreten für ein politisches Regime ohne freie und faire Wahlen oder Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, z. B. eine Theokratie, eine Einparteienherrschaft oder ein revolutionäres Regime),

- die Dämonisierung politischer Gegner (erkennbar an der Entmenschlichung oder Darstellung politischer Gegner als existenzielle Bedrohung bzw. als umstürzlerische, vom Ausland gesteuerte oder kriminelle Akteur:innen),
- die fehlende Ablehnung politischer Gewalt (erkennbar an der ausbleibenden ausdrücklichen Ablehnung von Gewalt gegen politische Gegner),
- die Missachtung grundlegender Minderheitenrechte (erkennbar am Plädoyer für die Durchsetzung der Interessen einer Mehrheit, auch wenn dies die Verletzung universeller Menschenrechte bedeuten würde).

Eine solche „antipluralistische Rhetorik" sei demnach – jenseits der Programmatik – ein effektives Frühwarnsystem für die Gefährdungen der liberalen, konstitutionellen Demokratie. Empirisch überprüft wurde dies anhand von Parteien, die Regierungsverantwortung übernommen haben. Da die Rhetorik hier jedoch als Indikator für Absichten herangezogen wird, die auf eine Missachtung konstitutioneller Demokratie schließen lassen, dürften die Frühwarnzeichen auch für andere Akteur:innen gelten.

1.2 ALTERNATIV-BEGRIFFE: „LINKS-RADIKALISMUS“ UND „LINKE MILITANZ“

Insbesondere **„Linksradikalismus“** und „linke Militanz“ erfreuen sich als Alternativen zum Linksextremismusbegriff einer gewissen Popularität. Darum erscheint es sinnvoll, an dieser Stelle knapp auf sie einzugehen. Ihre konzeptionellen Schwächen sprechen dafür, beim Linksextremismusbegriff zu bleiben.

Ursprünglich und dem Wortsinn nach meint Radikalismus eine politische Haltung, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte „von der Wurzel her“ angehen will (Abay Gaspar 2020). Dabei bleibt allerdings unklar, welche Probleme und Konflikte das genau sind – und ob die demokratisch-konstitutionelle Ordnung davon auch betroffen wäre.

Auf eine andere Begriffsverwendung verweisen die deutschen Verfassungsschutzbehörden. Ihnen zufolge meint Radikalismus „eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise“, ohne dass dadurch aber der demokratische Verfassungsstaat beseitigt werden soll (BfV 2025). Radikalismus stehe somit für „Systemveränderung“, Extremismus für „Systemüberwindung“ (Dienstbühl 2019, S. 80). Ein solches Begriffsverständnis verlangt indes eine doppelte Grenzziehung: nämlich zwischen dem demokratisch-nichtradikalen und demokratisch-radikalen Spektrum einerseits sowie zwischen dem demokratisch-radikalen und extremistischen Spektrum andererseits,

was den Begriff in dieser Weise analytisch wenig brauchbar macht (Mannewitz & Thieme 2020, S. 31).

Schließlich dient „Linksradikalismus“ häufig auch als Sammelbegriff für an den politischen Rändern beheimatete Bestrebungen (synonym zu „extreme“ – nicht „extremistische“! – Linke). Dadurch bleibt der Begriff aber kontextabhängig: Was in einem Land als „radikal“ gilt, kann im nächsten schon politischer Konsens sein. Was gestern radikal war, kann heute Konsens sein. Ein solcher Ansatz hat seine Berechtigung, er blendet aber die hier für zentral gehaltenen Gefährdungen der inneren Sicherheit wie der konstitutionellen Demokratie aus. Im Ergebnis wird aus den genannten Gründen auf den Begriff des Linksradikalismus hier nicht zurückgegriffen.

Der gegen den Extremismusbegriff vor allem in jüngerer Zeit regelmäßig in Stellung gebrachte Alternativbegriff der **„linken Militanz“**[3] wurde insbesondere von der gleichnamigen Bundesfachstelle in Göttingen propagiert. Sie bestimmt linke Militanz als eine „a) kämpferische (aber nicht unbedingt automatisch gewalttätige), b) tatbetonende politische Strategie mit c) radikalen Absichten und Zielen“ (Gmeiner & Micus 2018, S. 32). Das spezifisch „Linksradikale“ innerhalb „linker Militanz“ entzünde sich an der Agitation „gegen Herrschaftsverhältnisse jeder Art“, „gegen Ausbeutung“ und „gegen Diskriminierung“ (Gmeiner & Micus 2018, S. 32).

„Linke Militanz“ und „Linksextremismus“ liegen damit auf unterschiedlichen Ebenen: „Linke Militanz“ beschreibt ein Geflecht aus Gestus, Habitus und Strategie, „Linksextremismus“ betont die inhaltlich-ideologische Dimension. Darum gibt es in der Praxis Überschneidungen. Weil der Militanzbegriff stärker das Selbstverständnis der Akteur:innen, der Extremismusbegriff stärker die Konsequenzen für den demokratischen Verfassungsstaat in den Vordergrund rückt, ergänzen beide Begriffe einander. Vor allem aus pragmatischen Gründen wird auf „linke Militanz“ in der politischen Bildung zurückgegriffen, um Widerstände bei möglichen Zielgruppen zu vermeiden (Flümann 2020, S. 62).

---

3 Geprägt hat den Terminus in der hiesigen Debatte das Deutsche Jugendinstitut; vgl. Schultens & Glaser 2013.

1.3 ANALYTISCHER RAHMEN: IDEOLOGIE – ORGANISATION – STRATEGIE

Die folgende Darstellung orientiert sich an der Identifikation gegenwärtiger ideologischer, organisatorischer und strategischer Debatten, wie sie in den verschiedenen linkextremistischen Szenen der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens derzeit stattfinden. In der Praxis bedingen alle drei Dimensionen häufig einander.

- Ideologie: Hierunter lassen sich „Doktrine, Programmatik und Weltanschauungen von Extremisten erfassen“ (Pfahl-Traughber 2012, S. 12). Es handelt sich um die für die Extremismusforschung zentrale analytische Kategorie, weil die Ideologie Herrschaftsziele definiert, zur Rechtfertigung von Herrschaftsmitteln dient und den Anhängern Orientierung bietet (vgl. Arendt 2015). Programme, Satzungen, Statuten, mündliche wie schriftliche Äußerungen führender Repräsentant:innen (etwa auf Parteiveranstaltungen, in Talkshows, auf Demonstrationen oder in den sozialen Medien) einschließlich der darin zum Ausdruck kommenden stilistischen Mittel (Polemik, Metaphern, Narrative) können etwas verraten über das vorherrschende Weltbild und das Selbstverständnis, instrumentelle und finale politische Ziele, Feindbilder, dominierende Politikfelder, spezifische Begriffsverständnisse (etwa von „Demokratie“ und „Kapitalismus“), das Verhältnis zu etwaigen Vorläuferorganisationen sowie historischen Vorbildern und natürlich – ganz grundlegend – inhaltliche Positionen und eine dadurch zustande kommende Verortung im politischen Raum.

- Organisation: Gefragt wird hier primär nach der Struktur (z. B. Einzelpersonen, Parteien, Vereine, informelle Vereinigungen, Netzwerke) und Zusammensetzung (z. B. Mitgliederzahl, soziodemografische und -kulturelle Zusammensetzung, Präsenz, Größe, Relevanz und Unterschiede einzelner organisationsinterner Strömungen) einer oder mehrerer Bestrebungen, aber etwa auch nach dem Aktivitätsgrad der Mitglieder. Satzungen sowie Statuen, aber auch Eigendarstellungen, behördliche und wissenschaftliche Darstellungen geben über die Organisation einer Bestrebung Auskunft.

- Strategie: Im Vordergrund dieses Kriteriums soll die Frage stehen, durch welche Pläne, Methoden und Mittel eine Bestrebung gedenkt, ihre politischen Fernziele zu erreichen, die in der Regel in der Herstellung politischer Durchsetzungs-, Verhinderungs- oder Deutungsmacht liegen (vgl. Patzelt 2013). Grundlegend lässt sich unterscheiden zwischen parlaments , aktions- und diskursorientierten Strategien (vgl. Jesse 2015, S. 106), wobei weitere strategische Entscheidungen auf einer analytisch tieferen Ebene ansetzen (etwa die nach Protesten und Demonstrationen, Unterwanderung, Entgrenzung). In diesen Bereich fällt auch (aber nicht ausschließlich) die Frage nach der Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele, erkennbar etwa an der Ausübung von Gewalt, der Kooperation mit anderen, gewaltorientierten Bestrebungen und Gewaltdebatten.

info

Forschungslücken:

- Bildung von Indikatoren/Indizes zur Erfassung extremistischer Akteure/zur Prognose extremistischen Verhaltens

2

KAPITEL

NEUE POSITIONEN IM LINKS-EXTREMISMUS

2.1 KAMPF DEM „GRÜNEN KAPITALISMUS“: KLIMASCHUTZ UND LINKSEXTREMISMUS

Seit einigen Jahren machen linksextremistische Gruppierungen im Bundesgebiet durch die Teilnahme an Demonstrationen, Blockaden und Besetzungen (häufig unter dem Label des „zivilen Widerstandes“ etwa im Rahmen der Proteste im Hambacher Forst, gegen den Abriss von Lützerath oder die Rodung des Gremberger Wäldchens), aber auch durch Gewalt gegen Sachen (etwa die Anschläge der „Vulkangruppen“, von GAFFA und „Switch Off!“) auf sich aufmerksam,[4] die auf den ersten Blick eine Ausdehnung der eigenen Handlungsfelder auf den Klimaschutz nahelegen, um diesen aus rein strategischen Motiven für eine Entgrenzung in demokratische Spektren zu instrumentalisieren (vgl. Pfahl-Traughber 2021; Aquilino et al. 2024, S. 4f.).[5] Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) etwa schreibt hierzu: „Mit einem vorgeblichen Engagement für den Klimaschutz versuchen Linksextremisten, demokratische Diskurse zu verschieben, diese um ihre eigenen ideologischen Positionen zu ergänzen, gesellschaftlichen Protest zu radikalisieren sowie den Staat und seine Institutionen zu delegitimieren“ (BMI 2024, S. 162).

Wegen der ausstehenden strafrechtlichen Aufklärung, einer dünnen Forschungslage und nur spärlichen offiziell zugänglichen Informationen zur organisatorischen Zugehörigkeit und Vernetzung der Akteur:innen

4 Vgl. für die Bundesebene Bueb & Zuehlke 2024; vgl. für NRW IM NRW 2024, S. 160, 186.
5 Zur Strategie der Entgrenzung vgl. Kap. 3

beruhen folgende Erkenntnisse lediglich auf medialen, behördlichen und Eigendarstellungen. Diese legen zentrale Akteur:innen frei (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- „Guerilla Activists Fighting For Anarchy“ (GAFFA)
- „Switch off!“
- diverse „Vulkangruppen“
- „Kommando Angry Birds“ (KAB)
- Akteur:innen aus dem postautonomen Spektrum (IL, EG, uG, DISRUPT)
- Parteien des orthodox-kommunistischen Spektrums (Deutsche Kommunistische Partei [DKP], Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands [MLPD], trotzkistisches Spektrum) einschließlich
- assoziierter Gruppierungen
- „Zucker im Tank“ (ZimT)
- die autonome Szene

Es wird zunächst ersichtlich, dass verschiedene Organisationstypen sich des Themas „Klimaschutz“ annehmen: Parteien (DKP, MLPD), heterogenere Bündnisse (IL, EG, uG, DISRUPT), informelle Gruppen unterschiedlicher Größe (GAFFA, ZimT, KAB, „Vulkangruppen“), „Mitmachkampagnen“ (BMI 2024, S. 169) („Switch off“) und ephemere Gruppen einer größeren politischen Szene (Autonome). Die Akteur:innen sind unterschiedlichen ideologischen Lagern zuzuordnen, etwa dem orthodoxen Marxismus-Leninismus und verschiedenen Spielarten des Anarchismus, die hier als „Grüner Anarchismus“ überschrieben werden.

Linksextremistische Akteur:innen im Aktionsfeld „Klimaschutz“ kommen aus unterschiedlichsten ideologischen Lagern.

Das Aufgreifen aktueller gesellschaftlicher Fragen, um neue Anhänger:innen zu rekrutieren und politische Relevanz zu entfalten, ist keineswegs ungewöhnlich. Nur: Steckt dahinter ein rein **strategisch motiviertes „Themen-Hopping“** oder ein glaubwürdiges Interesse an der Bearbeitung aktueller Probleme auf Grundlage der eigenen Weltanschauung? In der Forschung dominiert die erste Deutung (vgl. auch van Hüllen 2023, S. 76–82; Jesse 2023, S. 91f.). Ein Blick auf die Szenen legt allerdings nahe, dass es sich eher um eine Minderheitenposition handeln dürfte,

die etwa von der DKP und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) vertreten wird, welche die Aufrufe zu den weltweiten Klimastreiktagen unterstützten (vgl. Baron 2021, 2024a), obwohl sie dem Thema selbst kaum größere Bedeutung in ihrer Programmatik beimessen.

Deutlich weiter verbreitet ist die **Instrumentalisierung des Klimaschutzthemas bei gleichzeitiger Integration in die eigene Ideologie.** Hierzu zählen die meisten Akteur:innen. Sie flechten ein noch recht neues gesellschaftliches Konfliktthema in ihre bestehende Weltanschauung ein, um Unterstützung für ihre linksextremistischen Ziele zu erhalten. Die eigene Ideologie erfährt dabei keine grundlegende Revision: Um die Klimakrise zu überwinden, müsse der Kapitalismus abgeschafft werden, so das zentrale Narrativ. Eine solche Deutung gilt etwa für die orthodox-kommunistische MLPD und die der trotzkistischen Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM) nahestehende Gruppe „Revolution" (REVO), die innerhalb von Fridays for Future (FFF) 2019 eine „antikapitalistische Plattform" namens „Change for Future" (CFF) ins Leben rief (vgl. Baron 2021, 2024a). Das gilt aber auch für die postautonomen Gruppen uG und IL (vgl. Pfahl-Traughber 2021). Letztgenannte, die maßgeblichen Einfluss auf die Gründung von EG hatte, spricht von einer genuin „kapitalistische[n] Klimazerstörung" (IL 2024, S. 17) und will „eine radikale Linke, die selbstbewusst und sprechfähig in politische Kämpfe eingreift und fähig ist, auch außerhalb ihrer Subkulturen, Kieze und Freiräume zu agieren [...], die [...] immer wieder neue Allianzen sucht [... und] die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates [...] orientiert [ist]" (IL 2014). Sie stehe für „strategische Bündnisse", in denen sie sich für „eine Politik des Bruchs mit dem Kapitalismus" einsetze (IL 2014). Die Klimakrise gilt den genannten Akteur:innen also weithin als Symptom eines zum Scheitern verurteilten Kapitalismus, für dessen Überwindung sie sich stark machen. Der Einsatz für den Klimaschutz entspricht also sowohl strategischen Erwägungen als auch der eigenen politischen Weltanschauung.

Neue gesellschaftliche Konfliktthemen werden in die bestehende Ideologie eingewoben, ohne diese zu verändern.

info

Dem orthodoxen Kommunismus werden hier Organisationen zugeordnet, wenn sie sich (etwa durch ausführliche Darstellungen oder Bezugnahme auf Marx, Engels und Lenin) umfassend und dogmatisch auf den Marxismus-Leninismus als Modell der Gesellschaftsanalyse, der Revolutionstheorie und der angestrebten gesellschaftlichen Ordnung berufen.
Dem Anarchismus werden hier Organisationen zugeordnet, wenn sie sich entweder selbst als anarchistisch bezeichnen und/oder über die Abschaffung des Kapitalismus hinausgehende Forderungen nach weitgehender Herrschaftsfreiheit erheben und jedweder Form von Herrschaft (auch etwa einer Diktatur des Proletariats) ablehnend gegenüberstehen.

Ein analoges Muster scheint es im anarchistischen Spektrum zu geben, das dann freilich nicht den Kapitalismus, sondern die grundlegenden Herrschaftsverhältnisse, die über den Kapitalismus hinausgehen, für die Klimakrise verantwortlich macht. Die Gruppe GAFFA, in deren Name schon der Anarchismus steckt, bekennt etwa: „Unserer überzeugung nach ist Klimagerechtigkeit als rein logisch nur global denkbarer begriff nur in der Anarchie zu verwirklichen“ (GAFFA 2022). Auch für ZimT (o. J.).ist „der Kampf ums Klima zugleich auch ein feministischer, antirassistischer, anti-staatlicher und antikapitalistischer Kampf, ein Klassenkampf und ein Kampf gegen Tierausbeutung und Militarismus [..]. Oder kurz: ein Kampf gegen Herrschaft im Allgemeinen.“

Zugleich gibt es in den Ausführungen der beiden anarchistischen Gruppierungen einen relevanten Unterschied: GAFFA geht es vordringlich um „Klimagerechtigkeit“, im Mittelpunkt der Gruppe steht die Befreiung der Menschheit. ZimT (o.J.) hingegen adressiert auch „die Ausbeutung von nichtmenschlichen Tieren.“ Das spricht für eine spezifische Form des Anarchismus, die im deutschen Linksextremismus bislang kaum eine Rolle spielte: **Öko-Anarchismus**. Diesem geht es um die Verbindung der anarchistischen Prinzipien der Herrschaftslosigkeit mit dem der ökologischen Verantwortung. Eine egalitäre, herrschaftsfreie Gesellschaft gilt hier als Lösung für das Ende der ökologischen

Zerstörung. Öko-anarchistische Argumentationen finden sich in einer Reihe von Bekennerschreiben von ZimT, diversen „Vulkangruppen“ und dem KAB. Dort werden die hauptsächlich von Elon Musk symbolisierte „Ausbeutung und unbeschreibliche[n] Zerstörung des Planeten“ attackiert und ein „Anfang vom Ende einer Welt der Zerstörung“ propagiert (AGUA DE PAU 2024). Die ausweislich ihrer Taten ausschließlich in Nordrhein-Westfalen aktive Gruppe „Kommando Angry Birds“, die bislang (Stand: Januar 2026) 13 Brandanschläge für sich reklamiert, stellt immer wieder den Schutz von Natur, Klima und Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Argumentation: „Wenn man die Industrie wegnähme, wäre die Welt nicht etwas weniger, sondern etwas mehr. Was ist also die Natur? Alles, aber ein gefesseltes und unterdrücktes Alles. Was würde sie ohne die Industrie sein? Alles, aber ein freies und blühendes Alles. Nichts kann ohne sie gehen, vieles würde unendlich viel besser gehen ohne das industrielle System“ (Kommando Angry Birds 2025b).

TABELLE 1: ANSCHLÄGE DES „KOMMANDO ANGRY BIRDS“[6]

Datum Bekennerschreiben	Anschlag	Dominierende Narrative innerhalb des Grünen Anarchismus
5. Januar 2026	Brandanschlag Umspannwerk in Erkrath	Öko-Anarchismus / Anarchoprimitivismus
31. Juli 2025	Brandanschlag Bahn Düsseldorf	Öko-Anarchismus
1. Juni 2025	Brandanschlag an 3 Funkmasten in Langenfeld, Erkrath und Hilden	Öko-Anarchismus / **Anarchoprimitivismus**
25. Januar 2025	Brandanschlag Bahn bei Düsseldorf-Eller	Öko-Anarchismus / **Anarchoprimitivismus**
21. August 2024	Brandanschlag Signalkabel der Bahn im Kreis Mettmann	Öko-Anarchismus
21. Januar 2024	Brandanschlag Bahngleise bei Düsseldorf Eller	Öko-Anarchismus / Anarchoprimitivismus
8. Mai 2023	5 Brandanschläge auf Signalkabel der Bahn im Großraum Düsseldorf	Öko-Anarchismus / Anarchoprimitivismus

Quelle: eigene Zusammenstellung

6 Bei mehreren Narrativen ist das dominierende – sofern es eines gibt – fett gedruckt.

Daneben finden sich vermehrt Narrative, die auf eine Renaissance des Anarchoprimitivismus hindeuten. In dessen Zentrum steht – wie beim klassischen Anarchismus – die Befreiung der Menschheit. Als Ursache allen Übels gilt aber nicht primär die Herrschaft des Menschen oder des Kapitalismus, sondern die Industrialisierung mitsamt dem technischen Fortschritt, wie einer ihrer prominentesten Fürsprecher, der „Una-Bomber" Theodore Kaczynski (2023) in seinem Manifest darlegte. Im Kern zielt die Kritik des Anarchoprimitivismus „auf die Ursprünge, die Entwicklung und den Zustand der Zivilisation"; propagiert wird „eine nicht- bzw. antizivilisatorische Lebensweise [...], die durch De-Industrialisierung, die Abschaffung des Prinzips der Arbeitsteilung und Spezialisierung sowie den Verzicht auf technologische bzw. technische Geräte herbeigeführt werden soll" (Denegro & Anarchistische Föderation Berlin 2014, S. 17f.).

Als Ursache allen Übels gilt nicht mehr die Herrschaft des Menschen oder des Kapitalismus, sondern die Industrialisierung mitsamt dem technischen Fortschritt.

Besonders hervorgetan haben sich in dieser Hinsicht das KAB und – jedenfalls ab etwa 2021 – die Vulkangruppe(n), bei denen in den 2010er Jahren noch ein klassisches Antirepressionsnarrativ im Vordergrund stand (BMI 2019, S. 113–115; Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2020, S. 151f.). In einigen Bekennerschreiben des KAB (etwa zum Anschlag auf die Deutsche Bahn in Düsseldorf Ende Januar 2025) ist von Kapitalismus gar nicht mehr die Rede, sondern nur noch von „der technologischen Eskalation", die mit dem „Entstehen der industriellen Gesellschaft" begann (Kommando Angry Birds 2025a). An anderer Stelle wird für die „vollständige Zerschlagung des technologisch-industriellen Systems" (Switch-Off 2024, S. 42) und die „Idee einer postindustriellen Gesellschaft" (Kommando Angry Birds 2026, S. 4) geworben.

Die „Vulkangruppen“ setzen wiederum den „invasiven technologischen Möglichkeiten unserer Zeit“ (AGUA DE PAU 2024), der „auf Arbeit und Konsum“ reduzierten „Zivilisation“ und dem „Gesellschaftsmodell des ‚zerstörerischen Fortschritts‘“„[i]ndigene Lebensformen“ sowie „[e]manzipatorische, an die Wurzeln gehende Ansätze“ als Gegenmodell entgegen („Vulkangruppe Tesla abschalten!“ 2024). Das jüngste Bekennerschreiben zum Anschlag auf die Berliner Stromversorgung im Januar 2026 geißelt neben der „Klimazerstörung“ ausführlich die Entfremdung des Menschen durch die Digitalisierung (vgl. Vulkangruppe: Den Herrschenden den Saft abdrehen 2026).

Abhängig von der Persistenz und Breitenwirksamkeit dieser Dynamik sind veränderte Gewaltformen zu erwarten. So wird seit dem jüngeren Anschlag der Vulkangruppen in Berlin im Januar 2026 – auch vor dem Hintergrund der Ermittlungen des Generalbundesanwalts – vor einem aufkommenden Linksterrorismus gewarnt, so vom Bundesinnenminister. Daneben zeichnen sich neue Anschlagsziele des Linksextremismus ab, wie die Angriffe des „Kommando Angry Birds“ gegen die Bahn zeigen, die weit über die originären linksextremistischen Feindbilder (Staat, Kapitalismus, Patriarchat) hinausweisen. Schließlich sind neue Vernetzungsbestrebungen, aber auch Konflikte zu erwarten, wie der szeneinterne Streit auf de.indymedia.org um den Anspruch auf die Urheberschaft des Anschlags auf die Berliner Stromversorgung im Januar 2026 und auf das Label „Vulkangruppe“ exemplarisch zeigt.

Denkbar sind darüber hinaus ideologische Verschmelzungen und taktische Bündnisse zu benachbarten Spektren (etwa zum „Ökoextremismus“ – zusammenfassend Bötticher & Mareš 2012, S. 383–392), Vernetzungsversuche zu Teilen der Klimaschutzbewegung (etwa aufgrund der Akzeptanz von Gewalt und struktureller Parallelen in der Argumentation – vgl. Hirndorf 2023; Kraushaar 2023) und Entgrenzungsversuche ins demokratische Spektrum. Die wissenschaftliche Kartografierung der „Klimaschutzlandschaft“ in Deutschland befindet

sich ebenso in einem noch recht frühen Entwicklungsstadium (vgl. auch Aquilino 2024, S. 6) wie die Beschreibung bzw. Erklärung organisatorischer wie strategischer Folgeentwicklungen der ideologischen Ausdifferenzierung (auch im Verhältnis etwa zu „grünen“ Formen des Rechtsextremismus).[7] Umso bedeutsamer sind Projekte wie das von coreNRW geförderte „‚Klima Extrem+‘ Radikaler Protest oder Protest Radikaler? Wahrnehmung der Klimaprotestbewegung aus Perspektive von Adressant:innen“ unter Leitung von Sebastian Kurtenbach, die sich des vielschichtigen Phänomens annehmen.

7 Auf die Schnittmengen unterschiedlicher extremistischer Spektren hinsichtlich einer „Zivilisationsfeindlichkeit“ weist etwa Zúquete (2023) hin. Siehe auch Mareš 2023.

info

Forschungslücken:

- Bedeutung von Fragen des Klima- und Umweltschutzes für Linksextremist:innen (Instrumentalisierung vs. thematische Fokussierung vs. ideologische Weiterentwicklung)
- Legitimation der Aufnahme von unterschiedlichen Themen und Positionen des Klima- und Umweltschutzes durch linksextremistische Bestrebungen
- Folgen der ideologischen Ausdifferenzierung linksextremistischer Bestrebungen hinsichtlich Klima- und Umweltschutz auf Formen und Legitimation von Gewalt, auf sonstige Aktionsformen und auf politische Bündnisse
- Kartografierung des politisch-sozialen Konfliktfeldes zwischen 1) originär linksextremistischen Bestrebungen, 2) linksextremistischen Bestrebungen, die Fragen des Klima- und Umweltschutzes aufwerfen, 3) Ökoextremismus, 4) Anarchoprimitivismus und 5) nicht-extremistischen Klimaschutzbewegungen

2.2 DIE FOLGEN DER POSTMARXISTISCHEN WENDE IM LINKS-EXTREMISMUS

Seit einiger Zeit beobachtet die Sozialwissenschaft das Eindringen postmodernistischer, poststrukturalistischer, antirassistischer und postkolonialistischer Narrative in Kampagnen und Programme linksextremistischer Akteur:innen (vgl. van Hüllen 2019, S. 64–73, 2023, S. 69f., 2025). Das ist angesichts des Bedeutungsgewinns der genannten Theorien in Teilen der Academia und des breiteren intellektuellen Diskurses wenig überraschend. Weil es sich dabei hauptsächlich um Akteur:innen handelt, die an zentralen Bestandteilen des Marxismus festhalten (Antikapitalismus und -imperialismus, Forderung nach einer sozialen Revolution, Befreiungsrhetorik etc.), diese aber an entscheidenden Stellen modifizieren, wäre „postmarxistischer" Linksextremismus ein Vorschlag zur Beschreibung dieser Dynamik.

Zu den inhaltlich-programmatischen Parallelen dieser „neuen" Formen des Linksextremismus gehören:

- eine Ablehnung der Vorstellung historischer Gesetzmäßigkeiten (Historizismus),
- ein grundlegendes Misstrauen gegenüber und eine Infragestellung jedweder (nicht nur der ökonomischen) Machtstruktur in und zwischen Gesellschaften,
- die Ablösung des marxistischen Hauptwiderspruchs zwischen Arbeit und Kapital durch den Fokus auf diverse Gruppenidentitäten (z. B. Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung,

Migrationshintergrund) sowie durch die Betonung einer Vielfalt gesellschaftlicher Widersprüche und Kämpfe, die sich entsprechend auch gegen Kolonialismus, Rassismus, Heteronormativität u. v. m. richten können,
- damit einhergehend eine Auffächerung des revolutionären Subjekts und das Ziel eines Festhaltens an starren Identitätszuschreibungen statt der Überwindung von Klassengegensätzen,
- eine Dichotomisierung gesellschaftlicher Konflikte („Unterdrücker" und „Unterdrückter"),
- eine vorbehaltlose Solidarisierung mit den als unterdrückt apostrophierten sozialen Gruppen (nicht mehr nur dem Proletariat) auf gesellschaftlicher wie globaler Ebene,
- eine Legitimierung von sich gegen Machtstrukturen richtender Gewalt („Widerstand"),
- eine fundamentale Skepsis gegenüber universellen Werten (z. B. Menschenrechte) als angebliches Herrschaftsinstrument „des Westens", der damit seinen globalen Herrschaftsanspruch zementieren wolle und gewissermaßen als Verkörperung der Unterdrückung gilt,
- ein grundlegend partikularistischer statt universalistischer Ansatz (Hansen 2021a, 2021b sowie einführend Mounk 2024).

Beispiele liefern programmatische Texte der Interventionistischen Linken (vgl. Hansen 2021a, 2021b), einer Reihe trotzkistischer Organisationen (z. B. Marx21, Revolutionäre Linke Berlin, Revolutionäre Internationalistische Organisation) und weiterer, dezidiert antiimperialistischer Gruppierungen (z. B. Zora, Young Struggle) (vgl. exemplarisch Hansen 2024; Amadeu Antonio Stiftung 2024; Thikomirova 2023; BfV 2024). Besonders deutlich wird der Einfluss poststrukturalistischer, postkolonialistischer und antirassistischer Theoriefragmente an den Argumentationslinien beim Nahostkonflikt, die sich im Spannungsfeld zwischen Israelfeindschaft, Antizionismus und Antisemitismus bewegen.[8]

8 Vgl. für die generelle Beobachtung eines Zusammenhangs zwischen identitätspolitischen Narrativen und Antisemitismus die Beiträge in Vukadinović 2024 und Elbe 2022, 2024.

Antiimperialistische sowie antirassistische und postkoloniale Narrative werden für Antisemitismus anschlussfähig.

Dabei ist das Aufkommen derartiger Positionen in verschiedenen linkextremistischen Spektren keineswegs neu. So hat die Forschung schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass im orthodox marxistisch-leninistischen Antiimperialismus eine Personalisierung des Kapitalismus eine Schnittstelle zum Antisemitismus bildete (vgl. exemplarisch Pfahl-Traughber 2024, S. 125–127; Neumann 2025, S. 32–35), da „man verschiedene Missstände dem bösartigen Wirken einer zwielichtig-unheilvollen Gruppe – vornehmlich den ‚Juden' –" zuschrieb (Uhlig 2020). „Ein beliebtes Bild ihrer Darstellung ist die Krake, die mit ihren vielen Armen die Geschicke der Welt lenkt und auch immer wieder bei linken Demonstrationen zu sehen ist, wie etwa bei den Anti-G20-Protesten in Hamburg 2017." (Uhlig 2020). Israel wurde und wird wiederum häufig als imperialistischer Staat gelesen. Die Ablehnung eines jüdischen Staates handelte Teilen des v. a. antiimperialistischen Spektrums auch Vorwürfe des Antisemitismus ein – erinnert sei an den Anschlag der Tupamaros Westberlin auf das jüdische Gemeindehaus am 9. November 1967, an die positiven Reaktionen der RAF auf die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972 in München oder die Flugzeugentführung unter Beteiligung der Revolutionären Zellen (RZ) in Entebbe 1976 (vgl. etwa Haury 2002, 2019; Kraushaar 2005, 2013; Pflicke o. J.; Uhlig 2020). Gleichwohl: Die pauschale Negativdarstellung Israels oder die Ablehnung eines jüdischen Staates sind nicht zwingend antisemitisch motiviert.

In einer extremen Form des postmarxistisch inspirierten Linksextremismus wird Israel primär und ausschließlich als rassistischer Kolonialstaat gelesen, wobei in der simplifizierend dualistischen Perspektive eine Parallele zum „klassischen" Antiimperialismus besteht. Eine mögliche Folge der Verabsolutierung postkolonialistischer und antirassistischer Narrative ist die sprachliche **Negierung von Antisemitismus**, weil die in Israel lebenden Juden und Jüdinnen als koloniale, weiße Eindringlinge gelesen werden (vgl. Hänel 2021, S. 14), die ausschließlich als Täter:innen, nie aber als Opfer von Diskriminierung und Unterdrückung in Er-

scheinung treten. Derlei Argumentationen finden sich beispielsweise bei Zora, einer Young Struggle[9] nahestehenden Frauenorganisation, die von einem „zionistischen Kolonialismus und Apartheid“ und vom „anti-palästinensischen Rassismus“ spricht und Antisemitismusvorwürfe pauschal als „bodenlos“ darstellt (vgl. Zora-Blog 2023).

Auch eine **Relativierung des Holocaust** ist bisweilen zu beobachten. Die Erinnerung an diesen, heißt es, diene der Ausblendung der Verbrechen eines (israelischen) Kolonialismus. Dabei weisen die Forderungen von einigen Intellektuellen (vgl. etwa Žižek 2023; Moses 2021), aber auch von linksextremistischen Gruppierungen („Free Palestine from German Guilt!“) (vgl. etwa Ermagan 2023) Parallelen zum im Rechtsextremismus verbreiteten „Schlussstrich“-Narrativ auf, freilich nicht mit der Intention, den Nationalsozialismus zu rehabilitieren, sondern auf die moralisch verwerfliche Unterdrückung der Palästinenser:innen hinzuweisen, die kaum weniger schwer wiege als die von Deutschland gegenüber den Juden und Jüdinnen ausgeübte. In der Konsequenz handelt es sich aber ebenso um eine Relativierung des Holocaust, die bereits bei früheren linksextremistischen Akteur:innen zu beobachten war.[10]

Eine **Dämonisierung** Israels und eine einseitige Kritik an dem Land im Sinne von **Doppelstandards** sind weitere Auffälligkeiten (vgl. auch Pflicke 2025, S. 46–49). Israel gilt ausweislich der Vergleiche mit dem Nationalsozialismus sowie pauschalen Apartheids- und Genozidvorwürfen als Inbegriff des Bösen und alleiniger Schuldiger an der konfliktreichen Lage im Nahen Osten wie an der Situation der Palästinenser:innen. Auch hier weist die Argumentation zahlreicher linksextremistischer Gruppierungen Parallelen zu der einiger Intellektueller auf (vgl. exemplarisch Grosfoguel 2024), wenn sie etwa Israel pauschal den Willen zur „Auslöschung der palästinensischen Nation“ (KO 2023a; vgl. auch Kipka-Anton 2024) und „Apartheid“ (Zora-Blog 2023) vorwerfen.

---

9 Young Struggle ist der Jugendverband der türkischen Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP).

10 Erinnert sei an Dieter Kunzelmann, der den Deutschen in seinem „Brief aus Amman“ von 1969 einen „Judenknax“ attestierte und an anderer Stelle fragte: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“

Forderungen, die auf eine Bedrohung jüdischer Existenz in Israel hinauslaufen („From the river to the sea, Palestine will be free!“) (vgl. Baron 2024b, S. 18), bedeuten eine **Delegitimierung** Israels.

Eine weitere Folge ist die **Solidarisierung mit Islamist:innen und säkulären palästinensischen Extremist:innen**, die als befreiende Kräfte glorifiziert werden.[11] Antisemitismus, Menschenrechtsverletzungen und die extremistische Ideologie auf deren Seite werden de-thematisiert, relativiert oder geleugnet. Aus Sicht der Young Struggle nahestehenden Gruppierung Zora ist der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 „Widerstand“ und „Selbstverteidigung“ von „Befreiungskämpfer:innen“. Damit einher geht eine Leugnung der Hamas oder des sogenannten „Islamischen Staats“ als Terrororganisationen. Schon vor dem 7. Oktober 2023 deutete das trotzkistische Netzwerk Marx21 den Islamismus als ein rassistisches Konstrukt des Westens.[12]

Im Ergebnis wird die Komplexität des Nahostkonflikts vielfach umgedeutet in einen schlichten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen einen rassistischen, kolonialistischen Stellvertreter des westlichen Imperialismus. Die Schwarz-Weiß-Sicht auf die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023 begünstigt in Teilen des Linksextremismus eine antizionistische und israelfeindliche Position und lässt bisweilen Anhaltspunkte für sekundären sowie israelbezogenen Antisemitismus erkennen. Zugleich verbieten sich Pauschalurteile. Nicht jede israelfeindliche bzw. antizionistische Position ist sogleich antisemitisch motiviert. Und nicht jede Forderung, die antisemitische Konsequenzen hat, muss antisemitischen Motiven entspringen (vgl. Pfahl-Traughber 2022). Aus dieser Perspektive erklärt sich u. a. die wohl eher antiimperialistisch motivierte Unterstützung antisemitischer Kampagnen, in Nordrhein-Westfalen etwa von BDS (vgl. Barnett & Karsh 2022; Feuerherdt & Markl 2020; Müller 2020) durch die MLPD (IM NRW 2023, S. 63).

---

11 Ein Beispiel für das Spektrum der Intellektuellen bietet Judith Butler, die die Hamas und die Hizb-Allah als „progressive Kräfte der Linken“ und den Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 als „Akt des bewaffneten Widerstandes“ bezeichnete; vgl. Ermagan 2024. In den sich mit der Hamas und PFLP solidarisierenden Teilen des Linksextremismus ist die Darstellung von deren Handlungen als legitimer Widerstand und Befreiung Konsens.

12 Vgl. Ausgabe 50 der Zeitschrift „Marx21“ von 2017/2018; Marx21 2022.

Die Legitimierung islamistischer Akteur:innen hat auch praktische Konsequenzen: Sie reichen von der **Unterstützung von**[13] über das **Streben nach**[14] bis hin zur **praktizierten Zusammenarbeit mit Extremist:innen anderer Spektren**[15]. In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Bedeutung von Brückennarrativen zwischen verschiedenen ideologischen Spektren hervorgehoben, von denen Antisemitismus eines, aber nicht das einzige ist (vgl. Meiering et al. 2018; Jacobs 2023; van Hüllen 2025; Stein 2017). Dabei ist die Beobachtung einer Annäherung zwischen Linksextremist:innen und Islamist:innen keineswegs neu (vgl. exemplarisch Karagiannis & McCauley 2013; Ackerman et al. 2012; Karagiannis 2012). Die Entwicklungen verweisen allerdings auf wissenschaftliche Leerstellen: So wird zwar der Zusammenhang zwischen den Theorien des Poststrukturalismus und des Postkolonialismus einerseits sowie Israelfeindschaft/Antisemitismus andererseits mittlerweile erforscht. Aber die Ursachen für die Adaptation (und Zurückweisung) postmarxistischer Ideologeme sowie die Konsequenzen ideologischer Transformationen sind untererforscht. Auch die politischen, ideologischen und strategischen Bedingungen einer „Querfront“[16] zwischen unterschiedlichen ideologischen Spektren liegen weithin im Dunkeln.

---

13 Beispiele für die Unterstützung der Hamas auf Bundesebene sind Zora, die KO und die KDP; vgl. Zora-Blog 2023; KO 2023a; DKP 2023. In NRW trat vor allem der im Mai 2024 verbotene Verein „Palästina Solidarität Duisburg“ in Erscheinung; vgl. Shihabi 2024. Gegen dessen Verbot hat sich ein „Komitee gegen das Verbot von Palästina Solidarität Duisburg“ gegründet, das Solidaritätserklärungen und -aktionen erhielt u. a. von Young Struggle, vom Revolutionären Jugendbund Ruhr, von der DKP, von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, von der trotzkistischen Sozialistischen Gleichheitspartei, von der KO, von der SDAJ, von der Revolutionären Jugend Duisburg/Ruhrgebiet, von Zora; vgl. Komitee gegen das Verbot von Palästina Solidarität Duisburg 2024.

14 Ein Beispiel ist der von der Revolutionären Linken Berlin organisierte Vortrag von Hossam el-Hamalawy, einem Vertreter der Ägyptischen Revolutionären Sozialisten, mit dem Titel „Leftists and Islamists working together?!“ im November 2023; vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2024.

15 Ein Beispiel ist die Demonstration am 15. Oktober 2023 in Berlin, bei der u. a. Linksextremist:innen und Hamas-Unterstützer:innen zugegen waren; vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2024. Ähnliches gilt für das Pro-Palästina-Camp in Hamburg im Sommer 2024; vgl. dpa Hamburg/Schleswig-Holstein 2024. Auch das Kufiya-Netzwerk ist ein Beispiel. Darin wirken neben nicht-extremistischen Akteuren und solchen, die der Verfassungsschutz dem „auslandsbezogenen Extremismus“ zuordnet, auch Linksextremist:innen, z. B. von Die Linke.SDS, der DKP, der KO, der RL, der SDAJ, Young Struggle, Zora, der GAM und Revolution Germany, mit; vgl. Siewert 2025.

16 Siehe eine der wenigen Ausnahmen: Pesch 2024, der mit seiner Ausdifferenzierung des Begriffs „Querfront“ zum analytischen Verständnis beiträgt.

info

Forschungslücken:

- Ergründung der Relevanz und Ausformung postmarxistischer Ideologeme für das Weltbild und die Identität linksextremistischer Akteure und Spektren
- Bedeutung ideologischer Transformationen für Konflikte innerhalb des Linksextremismus, für mögliche lagerinterne wie -übergreifende Bündnisse, für Mobilisierungsthemen, für Formen und Legitimationen von Gewalt, für das Auftreten von Antisemitismus und für die Entgrenzung des Linksextremismus
- Mobilisierungs- und Rekrutierungsfähigkeit postmarxistisch inspirierter linksextremistischer Bestrebungen, auch und gerade im Vergleich zu nicht-postmarxistisch argumentierenden Bestrebungen

3

KAPITEL

ENTGRENZUNG

Sicherheitsbehörden und Forschung warnen seit Jahren vor einem Prozess, den sie als „Entgrenzung“ des Extremismus beschreiben – beim Linksextremismus etwa in den Bereichen „Klimaschutz“, „Antifaschismus“ und „Antirassismus“,[17] in Nordrhein-Westfalen jüngst u. a. praktiziert durch die Antikapitalistische Linke (AKL; vgl. IM NRW 2021, S. 162), die MLPD, GAFFA und die (post-)autonome Szene (IM NRW 2024, S. 160, 177, 186; IM NRW 2025, S. 179). In einem gewissen Widerspruch zur Häufigkeit dieser Diagnose steht die begriffliche Unschärfe des Entgrenzungsbegriffs. Laut des LfV Hamburg bezeichnet der Verfassungsschutzverbund den „gezielten Versuch, die Grenze zwischen extremistischem und demokratischem Spektrum aufzulösen, um die eigene antidemokratische Ideologie zu verbreiten, als Entgrenzung“ (Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg 2022, S. 69). Nach Hansen und Arning (2021, S. 392) meint der Begriff wiederum „eine sich auflösende Distanz zwischen extremistischen Organisationen einerseits und sozialen Protestbewegungen, deren Anliegen nicht in Widerspruch zum demokratischen Verfassungsstaat stehen, andererseits.“ Eva Weißbach (2024, S. 73f.) schließlich versteht unter Entgrenzung den Umstand, „dass eine Grenzziehung zwischen Demokraten und Extremisten nicht mehr so leicht möglich ist“, weil eine „Erosion der Abgrenzung von Demokraten gegenüber Extremisten“ stattgefunden habe.

Wissenschaft und Behörden meinen Unterschiedliches, wenn sie von Entgrenzung sprechen.

Kurzum: Vertreter:innen von Wissenschaft und Behörden meinen Unterschiedliches, wenn sie von Entgrenzung sprechen: die Übernahme linksextremistischer Forderungen und Positionen durch demokratische Parteien, die Bagatellisierung linksextremistischer Straftaten, die Solidarisierung mit Linksextremist:innen, Kooperationen zwischen Linksextremist:innen und Demokrat:innen, aber auch schon Versuche von Linksextremist:innen, Anschluss an demokratische Teile der Gesellschaft zu finden.

17 Vgl. etwa Hansen & Hildmann 2022; IM NRW 2021, S. 150–157; Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg 2022, S. 69, 75, 79; Baron 2021; Hansen & Arning 2021.

3.1 ENTGRENZUNG ALS PROZESS

Zunächst scheint Einigkeit darüber zu herrschen, dass unterschieden werden muss zwischen „Entgrenzung als Prozess“ und „Entgrenzung als Strategie“ (vgl. Hansen & Hildmann 2022, S. 4; Hansen & Arning 2021, S. 392; Weißbach 2024, S. 74). In Anerkennung bisheriger Definitionsversuche wird hier dafür plädiert, unter „Entgrenzung als Prozess“ den allgemeinen Vorgang einer Entstigmatisierung verschiedener Formen des Extremismus zu verstehen.

In Anlehnung an Harteveld (2016, S. 22) lässt sich ein „Stigma“ als Hinweis auf eine soziale Norm begreifen, den Menschen aus ihrer sozialen Umwelt ziehen, dass bestimmte Einstellungen und Handlungsweisen – Ideologien, Parteien, Vereine, Zeitschriften – keine akzeptable politische Option darstellen, wobei Zuwiderhandlungen mit sozialen Sanktionen bedroht sind. Gesellschaftlich stigmatisiert zu werden, stellt für politische Akteur:innen mithin einen erheblichen politischen Wettbewerbsnachteil dar, eine Entgrenzung wiederum den Versuch, diesen Nachteil auszugleichen.

„Entgrenzung als Prozess“ meint den allgemeinen Vorgang einer Entstigmatisierung verschiedener Formen des Extremismus.

Die wenigen verfügbaren Studien deuten auf eine im Vergleich zum Rechtsextremismus geringere Stigmatisierung des Linksextremismus hin (Minkenberg 2006, S. 44; Thieme 2018; Treskow & Baier 2020, S. 17; Jämte & Ellefsen 2020a, S. 208f.; Farinelli & Marinone 2021, S. 11f.). Sollte

Linksextremismus also je stigmatisiert gewesen sein, müsste bereits ein **Entgrenzungsprozess** stattgefunden haben. Dieser ließe sich anhand von **zwei Dimensionen** erfassen. Die erste beschreibt die **„Arenen“**, in denen sich Entgrenzung abspielt:

- in der Politik (Ausmaß der Ausgrenzung von linksextremistischen Akteur:innen),
- in den Medien (Art der Berichterstattung über Linksextremismus) oder
- in der Zivilgesellschaft (Einstellungen zu und Ausmaß der Ausgrenzung von Linksextremismus).

Zur Erfassung der zweiten, quantitativen Dimension der **Reichweite der Entgrenzung** muss gefragt werden: Betrifft sie nur einzelne oder mehrere Akteur:innen? Ein ganzes Spektrum? Oder ist sie flächendeckend?

Einen guten Ausgangspunkt für die Erfassung von Entgrenzungsprozessen liefern akteurszentrierte Ansätze zur Erforschung von Demokratiezusammenbrüchen (etwa Linz 1978, S. 32f.). Diese messen Akteur:innen, die selbst zwar nicht extremistisch sind, eindeutigen Anti-System-Akteur:innen aber die Tür zum zentralen politischen Entscheidungssystem öffnen können, eine entscheidende Funktion für die Demokratiestabilität bei (vgl. Capoccia 2005; Kailitz 2015; Linz 1978, S. 38; Bermeo 2003, S. 238–252). Ohne sie könnten Extremist:innen kaum Einfluss auf Gesetze, Verordnungen und Verfassungen nehmen. Als entsprechend wichtig gilt die Fähigkeit demokratischer Akteur:innen, sich von Extremist:innen glaubwürdig, anhaltend und effektiv zu distanzieren. Linz (1978, S. 29-38) sowie Levitsky und Ziblatt (2024, S. 51–55) nennen Akteur:innen, denen diese „distancing capacity“ (Bermeo 2003, S. 238) fehlt, „halbloyale Demokraten“. Ihr zugehöriger Kriterienkatalog nennt vier Verhaltensweisen, die sich als Indikatoren für Entgrenzung in der **„Arena“ der Politik** (Parteien einschließlich Unter- und Vorfeldorganisationen, Legislative, Exekutive) interpretieren lassen.

Eine politische Entgrenzung des Linksextremismus ließe sich demnach feststellen anhand folgender Merkmale, wobei diese natürlich auch auf andere Phänomenbereiche übertragbar sind:

1. **Duldung von Extremist:innen in den eigenen Reihen**

Ein Beispiel hierfür wäre das Wirken der Kommunistischen Plattform (KPF), der Sozialistischen Linken (SL), der AKL und von linksjugend ['solid] als offen extremistische Zusammenschlüsse innerhalb des NRW-Landesverbandes von Die Linke (vgl. IM NRW 2022, S. 146). Die Wahl einer Politikerin, die in der Tradition eines marxistisch-leninistischen Antikapitalismus steht und den Bau der Berliner Mauer rechtfertigte, zur Verfassungsrichterin wäre ein weiteres Beispiel (vgl. Burghardt 2020).

2. **(offene oder verdeckte) Kooperation mit und Unterstützung von Extremist:innen**

Dazu zählen etwa die öffentliche Solidarisierung mit, Spenden für und die Mitgliedschaft in extremistischen Gruppierungen durch demokratische Politiker:innen, aber auch größere Bündnisse unter Beteiligung von Linksxtremist:innen, etwa „Aufstehen gegen Rassismus!", in dem neben der IL eine Vielzahl demokratischer Organisationen mitwirkt, darunter die Grünen und Die Linke (AgR o. J.), oder auch die Unterstützung der Roten Hilfe (RH; vgl. Klenner 2025) und der Autonomenszene (vgl. Grüne Jugend Berlin 2020) durch Vertreter:innen demokratischer Parteien.

3. **Leugnung, Relativierung und Rechtfertigung von politischer Gewalt und anderen antidemokratischen Verhaltens**

Hierfür steht das in Teilen ambivalente Verhältnis demokratischer Parteien und Fraktionen gegenüber dem linksextremistischen Spektrum „der" Antifa, in der Vergangenheit etwa geschehen durch Vertreter:innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (vgl. Mardi 2019; o. A. 2019; Fraktion Die Linke im Bundestag 2019). Gewalt von Linksextremist:innen wiederum erfährt zumindest eine Relativierung, wenn Mitglieder und Funktionäre demokratischer Parteien sich solidarisieren mit Vereinigungen, die wegen Gewaltaufrufen und der

„Verletzung der Menschenwürde, der Missachtung des Schutzes der körperlichen Integrität und des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit“ (BMI 2017, S. 1) verboten wurden, oder mit verurteilten linksextremistischen Straftäter:innen (vgl. Maksaan 2023).

4. **Weigerung, mit demokratischen Gegnern des anderen politischen Spektrums zu kooperieren, um gegen Extremismus vorzugehen**

Hierfür gibt es kaum Beispiele, wohl vor allem deshalb, weil dafür zunächst eine extremistische Bedrohung erforderlich wäre, die ohne eine lagerübergreifende Kooperation etwa in einem Parlament nicht abzuwenden wäre. Nur weil eine linke demokratische Partei im politischen Alltag in Fragen der Bekämpfung des Linksextremismus nicht mit einer rechten demokratischen Partei abstimmt, muss das noch nicht auf eine Entgrenzung hindeuten. Ein häufig zitiertes historisches Beispiel, das jedoch den Rechtsextremismus tangiert, liefert das Agieren von Zentrum, DNVP und DVP in der späten Weimarer Republik, als sie an mehreren Stellen zugunsten der Sicherung der eigenen Macht die Nähe der Nationalsozialisten suchten.

Um Levitskys und Ziblatts Indikatoren semiloyalen Verhaltens für eine **Entgrenzung in Medien** nutzbar zu machen, müssen diese stärker modifiziert werden, weil über die mediale Entgrenzung von (linkem) Extremismus vor allem dessen mediale Darstellung etwas verrät:

1. die Unterstützung von Linksextremist:innen,
2. die Leugnung, Relativierung und Rechtfertigung von politischer Gewalt und anderen antidemokratischen Verhaltens.

Untersucht werden müssten dabei Umfang, Häufigkeit und Tenor (z. B. Relativierung, Legitimierung, Solidarisierung) der Berichterstattung zu Linksextremismus; Art und Weise der Kommentierung linksextremistischer Phänomene (Organisationen, Personen Veranstaltungen, Forderungen etc.); dabei eingesetzte Begriffe, Frames und Narrative. Dafür dürfte der Vergleich zur medialen Darstellung von Rechtsextremismus aufschlussreich sein. Auf eine fortgeschrittene Entgrenzung würden etwa Beiträge hinweisen, in denen linksextremistische Straftäter:innen

anders bewertet werden als rechtsextremistische,[18] in denen linksextremistische Akteur:innen für ihre Ziele und/oder Mittel offenen Zuspruch erhalten[19] oder in denen illegitime Handlungen von Linksextremist:innen relativiert werden.[20] Auch hier wäre danach zu fragen, wie umfassend die Entgrenzung ist.

Entgrenzung in der Zivilgesellschaft schließlich, die Einzelpersonen ebenso umfasst wie Proteste, Demonstrationen, Vereine u. v. m., ließe sich am einfachsten über psychologische Experimente und repräsentative Umfragen erfassen. Daneben könnten folgende Indikatoren Anhaltspunkte liefern:

1. bei zivilgesellschaftlichen Organisationen: Duldung von Extremist:innen in den eigenen Reihen,
2. (offene oder verdeckte) Kooperation mit und Unterstützung von Extremist:innen,
3. Leugnung, Relativierung und Rechtfertigung von politischer Gewalt und anderen antidemokratischen Verhaltens.

Insbesondere für die Kooperation von Demokrat:innen und Linksextremist:innen gibt es Beispiele, etwa die Besetzung von Lützerath (vgl. nur IM NRW 2024, S. 160), das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus!“ (AgR, o. J.) oder antiisraelische Demonstrationen seit dem 7. Oktober 2023, bei denen neben dem demokratischen Spektrum auch linke wie islamistische Extremist:innen auf die Straße gehen (vgl. überblicksartig BfV 2024). Auch bei Demonstrationen „gegen rechts“, wie

18 So deutet die Darstellung von Lina E. – selbst nach dem erstinstanzlichen Urteil durch das Oberlandesgericht Dresden – als „mutmaßliche“ Linksextremistin durch die Tagesschau auf ein milderes Urteil als beim Rechtsextremismus: Der Mörder Walter Lübckes, Stephan Ernst, galt bereits vor dem Revisionsverfahren als Rechtsextremist. Vgl. Lagmöller 2025; Kehlbach & Nordhardt 2022.

19 Vgl. etwa die Darstellung „der“ Antifa durch Leber 2014.

20 So galt der Kronzeuge im „Antifa-Ost-Verfahren“ (Johannes D.) dem MDR lediglich als „linker Aktivist“, der Mann, der einen Angriff auf diesen initiiert haben soll (Mario Müller von der Identitären Bewegung), hingegen als „rechtsextremer Aktivist“; vgl. Correctiv, dpa, & AFP 2024.

zu Beginn des Jahres 2024, sind regelmäßig Demokrat:innen wie Linksextremist:innen zugegen (vgl. etwa LfV Baden-Württemberg 2024; IM NRW 2025, S. 160–163; Hensel & Wehner 2025). Eine systematische Erfassung zivilgesellschaftlicher Entgrenzung über Experimental- und Umfragestudien hätte den Vorteil einer über das dynamische politische Tagesgeschehen hinausgehenden belastbareren Darstellung.

Zu den Forschungsdesideraten gehört nicht nur eine vergleichende Bestandsaufnahme zum Stand der Entgrenzung „des" Linksextremismus in den verschiedenen „Arenen", sondern gehören auch die Entgrenzungsursachen. Es deutet sich eine gewisse Themenabhängigkeit an: Anzeichen einer Entgrenzung ergaben sich unlängst vor allem beim Kampf gegen den Klimawandel und gegen „Faschismus". Dabei verbergen Akteur:innen, die von Entgrenzung profitieren, ihre über eine Wirtschaftsordnung (vgl. exemplarisch EG 2022, S. 139–149; IL 2014, 2024) bzw. Rechtsextremismus hinausgehenden,[21] d. h. extremistischen Ziele selten. Die verschiedenen, eine Entgrenzung vereinfachenden, aber auch hemmenden Faktoren in eine Interaktionsdynamik einzubinden, stellt ein weiteres Desiderat der Forschung dar.

21 Vgl. etwa das Grußwort eines Angeklagten im sog. „Antifa-Ost-Verfahren" unter Weichreite TV 2023 ab 1:30:35 bis 1:38:00.

3.2 ENTGRENZUNG ALS STRATEGIE

Eine wesentliche Ursache für Entgrenzungsprozesse ist die Entgrenzungsstrategie von Linksextremist:innen. Von ihrer Entstigmatisierung profitieren sie insofern, als es diese ihnen erlaubt, neue Anhänger:innen, Sympathisant:innen und Mitglieder zu rekrutieren, die eigenen Positionen zu enttabuisieren, um so politische Deutungsmacht zu erringen sowie Proteste zu radikalisieren: „Konfliktentrepreneure versuchen eine soziale Bewegung zu kapern, indem sie zu Gewalt anstacheln. Zum Teil wollen sie damit einen harten Gegenschlag der Regierung provozieren, zum Teil aber auch Angst und Unsicherheit unter den Protestierern erzeugen, um auch die Gemäßigteren unter ihnen zu radikalisieren. So kommt es, dass sich plötzlich sogar Durchschnittsbürger den Extremisten zuwenden, weil sie sicher sind, dass jene, die friedliche Mittel anwenden, sie nicht mehr schützen können“ (Walter 2023, S. 157; vgl. auch IM NRW 2021, S. 153f.).

„Entgrenzung als Strategie“ meint das gezielte Herstellen von Anschlussfähigkeit an die demokratische Mitte.

Dass linksextremistische Akteur:innen bewusst eine Entgrenzungsstrategie verfolgen,[22] lässt sich bisweilen an ihren programmatischen Äußerungen erkennen. Einer der profiliertesten Akteur:innen dürfte die IL sein, die in ihren programmatischen Schriften immer wieder das Streben nach Diskurshegemonie herausstreicht. So hieß es in einem Interview von 2006: „Aber wir sind da [bei den G8-Protesten in Heiligendamm 2007] ja nicht zufällig eingestiegen. Die Annahme ist vielmehr, dass es eine gesellschaftliche Situation gibt, in der linke Einschätzungen an Zustimmung gewinnen können. Und zwar auf doppelte Weise: Es gibt vielfach eine Bereitschaft, uns zuzuhören, weil der Neoliberalismus so offensichtlich nicht funktioniert. Und es gibt in den einzelnen politischen Spektren und Organisationen eine wachsende

22 Für den europäischen Kontext vgl. Farinelli & Marinone 2021, S. 13f.; Europol 2020, S. 61.

Bedeutung der jeweiligen linkeren Positionen. [...] An dieser gesellschaftlichen Linksverschiebung mitzuarbeiten wäre allerdings ein politisches Projekt“ (IL 2006). Die IL beruft sich dabei regelmäßig auf Antonio Gramsci, den Vordenker des Konzepts der „kulturellen Hegemonie“ (vgl. IL 2018; Zopf 2017), besetzt zu diesem Zweck Themen und Begriffe, die für Demokrat:innen anschlussfähig sind (etwa Klimawandel und Faschismus) und strebt Kooperationen in größeren, themenbezogenen Kampagnen, Bündnissen und Protesten an (vgl. Abschnitt 3.1 und Currle 2020, S. 163–165; Johannsen 2021; Inden 2021, S. 366–370). Insbesondere die Proteste um den Hambacher Forst liefern hierfür ein Beispiel.

Neben der Diskursverschiebung durch gezieltes Framing und die Verwendung anschlussfähiger Begriffe sowie dem Streben nach Bündnissen sind weitere Entgrenzungsmethoden denkbar – etwa die systematische (offene oder verdeckte) Unterwanderung größerer Organisationen, um von innen heraus Einfluss auszuüben,[23] oder eine Polarisierung des Diskurses, die den politische Lagerantagonismus betont und politische Widersprüche innerhalb eines Lagers überdeckt. Jenseits der punktuellen wissenschaftlichen Befassung mit der Diskurs- und Bündnisstrategie des postautonomen Spektrums sind Entgrenzungsstrategien jedoch kaum Gegenstand wissenschaftlicher Studien.

23 Erkennbar etwa an der Infiltration größerer demokratischer Organisationen wie Attac, Jusos und Die Linke durch trotzkistische Gruppierungen; vgl. van Hüllen 2014; Leber 2024.

info

Forschungslücken:

- Qualität, Intensität, Reichweite und Ursachen der Entgrenzung von (verschiedenen Formen des) Linksextremismus, auch und gerade zeitlich wie geografisch vergleichend sowie vis-à-vis anderer Extremismusphänomene in Politik, Medien und Zivilgesellschaft
- Rahmenbedingungen, Merkmale und Ursachen gelingender und erfolgloser Entgrenzungsversuche durch Linksextremist:innen
- Reaktionen und Maßnahmen zur Abwehr linksextremistischer Entgrenzungsversuche
- systematische Erfassung des Erfolgs, der Strategien und Mittel der Entgrenzung unterschiedlicher linksextremistischer Akteure

4

KAPITEL

DAS POST-AUTONOME SPEKTRUM IN DER KRISE

Das Spektrum der Postautonomen, dessen Entstehung sich über mehrere Jahrzehnte ab den frühen 1990er Jahren hinzog, gehörte viele Jahre zu den dynamischsten im Linksextremismus (vgl. exemplarisch Baron 2016; Deycke 2021). Die beiden größten postautonomen Strukturen in Deutschland, die im Vorfeld der G8-Proteste in Heiligendamm 2007 gegründete uG und die IL, sind getragen von einer stark postmarxistisch inspirierten Kritik an der angeblichen „Theorieferne" der Autonomen, von einer dezidierten, auf Entgrenzung zielenden Bündnispolitik, von einer langfristigen Strategie der kleinen Schritte und einem ambivalenten Verhältnis zur Gewalt. Taten sich bei uG anfangs vor allem Antifa-Gruppen mit den Themenschwerpunkten Antikapitalismus, -faschismus und -nationalismus zusammen (s. etwa die von uG initiierte Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative"), ist das Themenspektrum bei der IL breiter, ebenso die Vielfalt an potenziellen Bündnispartnern.

Konnte insbesondere die IL in den 2010er Jahren erhebliche Mobilisierungserfolge verbuchen (z. B. „Castor? Schottern!" ab 2010; „Blockupy" in Frankfurt am Main 2015 mit bis zu 17.000 Teilnehmenden; „Ende Gelände" ab 2015 insb. in Nordrhein-Westfalen; „Bündnis gegen das G20-Treffen" in Hamburg 2017; „Deutsche Wohnen und Co. enteignen" ab 2018), blieben in den letzten Jahren größere Proteste und Kampagnen unter Beteiligung oder Führung der IL weithin aus, auch und gerade in Nordrhein-Westfalen. Die verschiedenen NRW-Verfassungsschutzberichte konstatieren ab 2015 die erfolgreichen Vernetzungs- und Entgrenzungsbestrebungen der IL im Zuge des Widerstands gegen den Tagebau im Rheinischen Braunkohlerevier (Aktionstage von EG, Besetzung des Hambacher Forstes), gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017, gegen die Novellierung des Landespolizeigesetzes 2018 und gegen hohe Mieten 2019. In dieser Hochphase habe die IL in Nordrhein-Westfalen aus sieben Ortsgruppen in fünf Städten (Bielefeld, Düsseldorf, Köln, Münster, Ruhrgebiet) mit insgesamt 70 Mitgliedern sowie ca. 200 Unterstützer:innen bestanden (vgl. IM NRW 2020, S. 182).

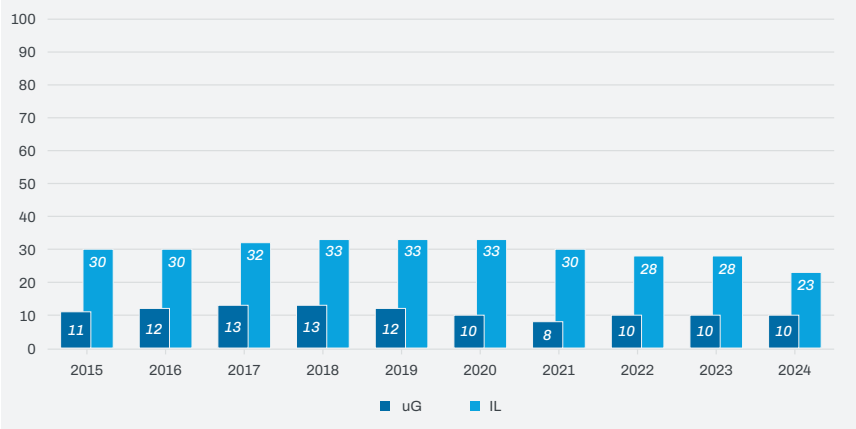
Etwa auf 2019 ist jedoch ein Rückgang der Mobilisierungs- und Rekrutierungsdynamik bei der IL zu datieren, der sich bis in die jüngere

Vergangenheit zieht und mit der Inaktivität ganzer Ortsgruppen, mit auseinandergehenden Themen, divergierenden organisatorischen Vorstellungen und persönlichen Konflikten zu tun hat, die auch zum Austritt von Mitgliedsgruppen führten. 2021 ist von einer manifesten „Organisationskrise“ (vgl. IM NRW 2022, S. 138) die Rede, ausgelöst durch vielstimmige interne Unzufriedenheit: „Vom Fehlen einer politischen Strategie und einer angemessenen Diskussion bis zu bürokratischer Erstarrung und neoliberaler Verformung der Aktionen reichen die Kritikpunkte an der IL“ (Arps & Kempe 2022; vgl. auch Deycke o. J., münster alternativ 2021).

Der IL ist es in den letzten Jahren daher nicht mehr gelungen, bei relevanten Themen Position zu beziehen oder zu mobilisieren (etwa zum Nahostkonflikt oder dem Krieg in der Ukraine) (vgl. BMI 2024, S. 187f., 2025, S. 181). Der Mobilisierungserfolg des Rheinmetall-entwaffnen-Protestcamps in Köln im Sommer 2025, bei dem bis zu 3000 Personen zugegen waren, sticht insofern heraus – zugleich war die IL hier nur eine Akteurin unter vielen. Von einer

Postautonome Gruppen haben an Bedeutung und Zugkraft verloren.

ABBILDUNG 1: ORTSGRUPPEN UG UND IL

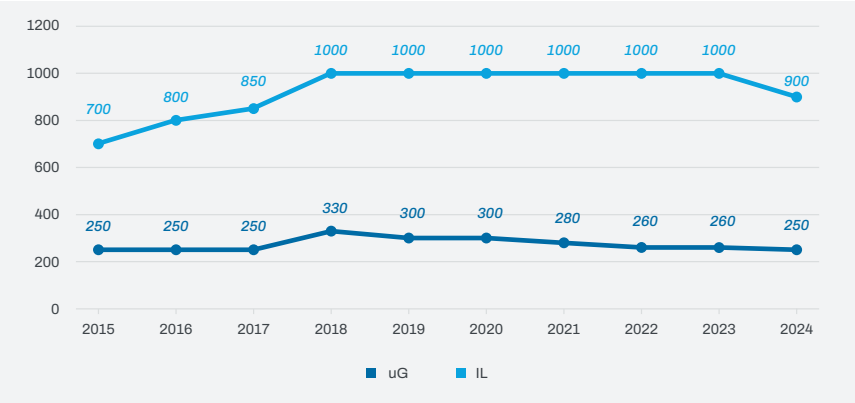


Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes

ähnlichen, jedoch langfristigeren Dynamik scheint auch das deutlich kleinere Bündnis uG betroffen zu sein, das regelmäßig an Kampagnen und Protesten mitwirkt, an denen auch die IL beteiligt ist (z. B. „NoPolG NRW“ 2018; „Mietenwahnsinn stoppen“ 2019; Mobilisierung in Lützerath 2022/23). uG sei „fast völlig in der Versenkung verschwunden“, heißt es (Arps & Kempe 2022).

Trotz unterschiedlicher Größe beider Gruppierungen schwanken ihre Ortsgruppenzahlen beträchtlich, die der IL noch mehr als von uG (vgl. Abb. 1). In Nordrhein-Westfalen ist die uG seit Jahren in Köln („Antifa AK Köln“) und in Münster („Eklat“ – Mitglied seit 2020) aktiv; die IL nur noch in drei Städten („I Furiosi“ in Düsseldorf, „IL Bielefeld“ und „IL Köln“). Die Mitgliederzahlen bei uG gehen seit mehreren Jahren langsam, aber stetig zurück. Bei der IL sind die Mitgliederzahlen nach einer Phase relativer Stabilität erst 2024 eingebrochen (vgl. Abb. 2). Darauf hat die IL jüngst mit einem zweiten Zwischenstandspapier reagiert (s. Interventionistische Linke 2024), dessen Folgen für die derzeitige Krise aber noch nicht absehbar sind. Hinzu kommt, dass EG sich in jüngerer Vergangenheit nicht nur radikalisiert hat, sondern sich auch vom Einfluss durch die IL emanzipiert zu haben scheint (vgl. BMI 2024, S. 165–167, 2025, S. 155–158). Sie überstrahlt diese hinsichtlich Rekrutierungs- und Mobilisierungsfähigkeit, was ein gewisses Konkurrenzverhältnisses nahelegt. Wie uG mit den organisatorischen Herausforderungen umzugehen gedenkt, ist unklar.

ABBILDUNG 2: MITGLIEDERZAHLEN UG UND IL



Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes

Die gesunkene Mobilisierungsfähigkeit beider Gruppierungen trotz anschlussfähiger Kampagnenthemen wirft die Frage nach den Ursachen der aktuellen Krise auf. Da die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung sich beider Phänomene bislang noch nicht angenommen hat, liegen die weiteren Hintergründe der jüngst beträchtlich gesunkenen Mobilisierungsfähigkeit weithin im Dunkeln.

Ähnliches gilt für die organisatorische Kohäsion beider postautonomer Strukturen. Zwar ist linksextremistischen Strukturen, die auf demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip verzichten, seit jeher eine gewisse Mitgliederfluktuation eigen, doch die „Organisationskrise" der IL scheint weiter zu reichen und ist ausweislich der Erläuterungen ausgetretener Ortsgruppen auf ideologische, organisatorische und strategische Spannungen zurückzuführen. Nur: Warum gelingt es dann uG (trotz der ausbleibenden Mobilisierungserfolge), sich einigermaßen stabil zu halten? Ob dafür die im Vergleich zur IL deutlich größere Autonomie der Ortsgruppen verantwortlich ist oder ein Bündel weiterer Faktoren, ist wegen fehlender Forschung kaum zu beantworten.

info

Forschungslücken:

- Ursachen variierenden Mobilisierungs- und Rekrutierungserfolgs im postautonomen Spektrum
- Anschlussfähigkeit gesellschaftlicher Protestthemen
- Beschreibung der Dynamiken innerhalb des postautonomen Spektrums mit Paradigmen der sozialen Bewegungs- und Protestforschung

5

KAPITEL

„ROTE JUGEND-KULTUR“: KOMMUNISTISCHE KLEINGRUPPEN

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen beobachten seit einigen Jahren das **Aufkommen orthodox-kommunistischer Klein(st)organisationen mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung** und häufig regionalem und lokalem Aktionsschwerpunkt bei zum Teil zunehmender bundesweiter Vernetzung. Das LfV NRW rechnet diesem Spektrum die überregional agierenden Gruppierungen Kommunistischer Aufbau (gegr. 2014, inkl. Kommunistische Frauen und Kommunistische Jugend), die DKP-Abspaltung Kommunistische Organisation, Perspektive Kommunismus, die KO-Abspaltung Kommunistische Partei (gegr. 2024) und die Föderation klassenkämpferischer Organisationen (gegr. 2022, inkl. Internationale Jugend, Solidaritätsnetzwerk, Frauenkollektiv und Betriebskampf) zu (vgl. IM NRW 2024, S. 162–165; 2025, S. 170–174). Lokale Schwerpunkte bildeten vor allem die **urbanen Räume** in Nordrhein-Westfalen (v. a. Aachen, Köln, Dortmund, Duisburg/Essen, Düsseldorf, Wuppertal). Einige der Gruppen hatten sich 2023 zum bundesweiten Netzwerk Rote Jugend Deutschland zusammengeschlossen. 2024 wurden dem Spektrum ca. 300 Personen zugerechnet, vor allem **Jugendliche und junge Erwachsene**, an die sich die Gruppierungen mit ihrem Angebot richten.

Hochdogmatische kommunistische Kleingruppen sind eher lokal aktiv, teils gewaltorientiert und ziehen besonders Jugendliche und jungen Erwachsenen an.

Mit den ideologisch ähnlich gelagerten Parteien wie der DKP und der MLPD verbinden die kommunistischen Kleingruppen ein hoher **Dogmatismus**, das Selbstverständnis als revolutionäre Avantgardepartei **(„Partei neuen Typs“)** und das Ziel einer **gewaltsamen Revolution zur Diktatur der Arbeiterklasse** als Zwischenetappe zur kommunistischen Gesellschaftsordnung. Entsprechend ähnelt sich die Ästhetik (z. B. Hammer und Sichel auf rotem Grund, einheitlicher Kleidungsstil), wobei dies mit einer „modernen, **erlebnisorientierten Jugendkultur**“ (IM NRW 2024, S. 162) verbunden werde. Die Gruppen würden auf Demonstrationen in geschlossenen Blöcken auftreten – auch dort, wo üblicherweise das Autonomen-Spektrum vertreten ist, und im Rahmen der Palästinasolidarität. Daneben gebe es eigene Veranstaltungen, die für das eher dogmatisch-kommunistische Spektrum wiederkehrend

von Bedeutung seien, etwa die Friedrich-Engels-Gedenkdemonstration jährlich im August in Wuppertal, die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar in Berlin, der 1. Mai und der Antikriegstag am 1. September. Agitationsschwerpunkte bildeten der antikapitalistische, der antiimperialistische und der antifaschistische Kampf (etwa bei den Demonstrationen gegen den AfD-Parteitag im Juni 2024 in Essen). Die antiimperialistische Grundausrichtung nach Lenin erklärt, warum das Spektrum sich bei eigenen wie größeren Demonstrationen im palästinasolidarischen Lager wiederfindet. Dabei deute der – noch überschaubare, wohl aber steigende – Zuspruch, den die Gruppen unter jungen Menschen gewinnen, auf eine gewisse Attraktivität einer dogmatischen Ideologie und einer klaren Strategie, die sie wiederum vom Spektrum der Autonomen unterscheide. Diese grundlegend autoritäre Grundausrichtung und die antiimperialistisch grundierte Palästinasolidarität deuten zudem auf einen Grundkonflikt mit dem autonomen Linksextremismus.

Das Phänomen hoch dogmatischer Jugendgruppen im Linksextremismus ist keineswegs neu, sondern erfreute sich insbesondere in den 1970er Jahren in Gestalt der maoistisch orientierten K-Gruppen gewisser Popularität. Diese profitierten u. a. vom Zerfall des antiautoritären Lagers am linken Rand, v. a. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Der Rückkehr zu den ideologischen und organisatorischen Fundamenten des orthodoxen Marxismus entsprach zu jener Zeit die „Sehnsucht nach Eindeutigkeit, Planbarkeit und Klarheit“ (Sepp 2023, S. 185). Ob die (kleine) Renaissance „roter Jugendkultur“ in der jüngeren Vergangenheit ebenfalls auf eine wahrgenommene programmatische Orientierungslosigkeit am linken Rand hindeutet, ist aufgrund ausstehender Forschung indes noch nicht zu beurteilen. Auch die weitere Entwicklung (z. B. Art und Dauer von ideologischen wie strategischen Konflikten mit anderen linksextremistischen Spektren, Allianzbildungen) ist daher noch kaum abzuschätzen.

info

Forschungslücken:

- Entstehungshintergründe und Genese dogmatisch-kommunistischer Kleingruppen

6

KAPITEL

DIGITALISIERUNG

Ist die Nutzung „des" Internets durch Rechtsextremist:innen und Islamist:innen gut erforscht, gilt Selbiges für den Linksextremismus nicht (vgl. Farinelli & Marinone 2021, S. 4). Die Bedeutung von Blogs, sozialen Medien, Messengern etc. wird zwar immer wieder hervorgehoben (vgl. überblicksartig Koch 2018, S. 29–33). Die Beobachtungen dazu, zu welchen Zwecken welche digitalen Angebote genutzt werden, gehen aber auseinander: Konstatiert das BfV, Linksextremist:innen würden „szenebekannte Internetportale" und „gängige Social-Media-Portale" nutzen, um begangene Straf- und Gewalttaten zu vermitteln, um politische Gegner:innen (v. a. Rechtsextremist:innen) zu „outen" (vgl. Mannewitz 2013) und um zu Veranstaltungen zu mobilisieren (vgl. BMI 2024, S. 190), hebt Europol die Bedeutung einschlägiger Portale wie „riseup.net", „Espiv" und „Noblogs" als Medienportale, verschlüsselte Messengerdienste wie Signal und Telegram sowie die Nutzung verschlüsselter Anwendungen hervor, die genutzt würden, um Propaganda zu verbreiten (vgl. Europol 2020, S. 62), weniger aber, um neue Mitglieder zu rekrutieren (vgl. Europol 2024, S. 49). Farinelli und Marinone (2021, S. 16) bestätigen den letztgenannten Eindruck: Bei der Werbung neuer Anhänger:innen dominierten nach wie vor persönliche, realweltliche Kontakte. Mittlerweile wird zudem vor der Gefahr von Online-Angriffen durch Linksextremist:innen gewarnt (vgl. Farinelli & Marinone 2021, S. 16; Holt et al. 2021).

Linksextremistische Gruppen nutzen Soziale Medien und digitale Räume auf andere Weise als rechtsextremistische oder islamistische Akteur:innen.

Linksextremist:innen verwenden erstens einer breiteren Öffentlichkeit zugängliche **soziale Medien** wie Facebook, Twitter, Instagram und Tiktok, um ihre Narrative zu verbreiten, jüngst auch Podcasts (vgl. BMI 2024, S. 191, 2025, S. 186f.) – allerdings geschieht dies in deutlich geringerem Ausmaß als in anderen extremistischen Phänomenbereichen (vgl. Farinelli & Marinone 2021, S. 16). Dabei stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Unterschiede wie auch die nach unterschiedlichen

Online-Subkulturen, die etwa im Bereich des rechten Extremismus (z. B. Siege-, Incel- und Attentäter-Fan-Szene) recht gut erforscht sind. Zweitens nutzen sie einschlägige **Szeneportale** wie (im deutschsprachigen Raum) „de.indymedia“, „radikal.news“ und weitere, lokal- und regionalspezifische Seiten. Drittens nutzen sie **E2EE-Anwendungen** (wie Telegram und Signal) sowie technische Lösungen (wie Tor und VPN-Netzwerke), um sich gegenüber Strafverfolgungsbehörden und Rechtsextremist:innen abzuschirmen (vgl. Farinelli & Marinone 2021, S. 16; Europol 2021, S. 62; Kenney & Clarke 2020). Die zunehmende Beliebtheit klandestiner Kommunikation sei dabei auf ein im Vergleich zu anderen Extremismusformen ausgeprägteres Sicherheitsbewusstsein zurückzuführen.

Die hohe Professionalität, die Nutzung verschlüsselter Kommunikation und das Fehlen breitenwirksamer Rekrutierungsversuche erschweren dabei nicht nur die wissenschaftliche Analyse linksextremistischer

info

Forschungslücken:

- Analyse linksextremistischer Nutzungsformen verschiedener digitaler Kommunikationsformen, auch und gerade im Vergleich zu Rechtsextremist:innen und Islamist:innen
- Ursachen für unterschiedliche Nutzungsprofile
- Bedeutung des Internets im Allgemeinen und verschiedener digitaler Kommunikationsformen im Besonderen (soziale Medien, Szeneportale, verschlüsselte Kommunikation) für (De-) Radikalisierung, Rekrutierung und Mobilisierung

Internetaktivitäten (sowie ihrer Bedeutung für die Radikalisierung)[24], sondern auch die Erstellung geeigneter Präventionsmaßnahmen (vgl. Farinelli & Marinone 2021, S. 16). Zu einer solchen Analyse gehört auch die Identifikation der einschlägigen Rhetoriken, Strategien, Allianzen und Feindbildkonstruktionen.[25] Nicht zuletzt sind die – auch ohne vertiefte empirische Analyse ins Auge springenden – Unterschiede im Online-Nutzungsverhalten von Linksextremist:innen im Vergleich etwa zu Rechtsextremist:innen erklärungsbedürftig: das Fehlen einer einschlägigen Online-Sub- und Meme-Kultur sowie von ausstrahlenden Influencer:innen, die geringe Rolle von Online Games und der Gamification von Gewalt, die häufigere Nutzung einschlägiger Szeneportale bei gleichzeitig geringerer relativer Relevanz offener sozialer Medien.

24 Ein jüngerer Forschungsüberblick über die Rolle des Internets bei der Radikalisierung von Extremist:innen spart den Linksextremismus beispielsweise komplett aus; vgl. Dzhekova 2016.

25 Vgl. hierzu wie zu den Herausforderungen der Analyse der Online-Aktivität von Linksextremist:innen Antinori 2023.

7

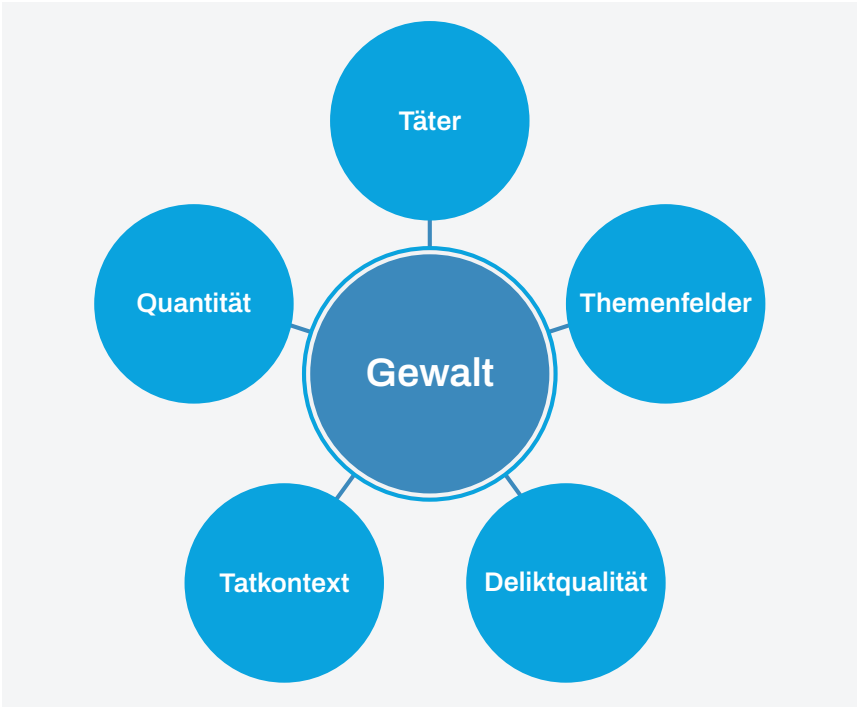
KAPITEL

GEWALT

Gewalt als Mittel der politischen Durchsetzung spielt vor allem für die Autonomen seit jeher eine zentrale Rolle (vgl. statt vieler PfahlTraughber 2020, S. 145–149; Mletzko 2010, 2016, 2025a, 2025b).
Zwar wird Gewalt nicht von allen ausgeübt, aber kennzeichnend ist „ein ungeklärtes, zumindest ambivalentes Verhältnis zur Gewalt" (Imbusch 2021, S. 74). Dahinter verbirgt sich eine militante Grundposition, „eine grundsätzlich feindliche und unversöhnliche Einstellung gegenüber der Gesellschafts- und Staatsordnung" (Pfahl-Traughber 2020, S. 146), die mit Gewalt einhergehen kann, diese aber nicht zwangsläufig nach sich zieht: „Verbindendes Element ist [...] der Konsens über Militanz als Mittel des politischen Konfliktaustrags. Das staatliche Gewaltmonopol wird grundsätzlich abgelehnt. Das Wann, Wie und Wogegen des Gewalteinsatzes ist Gegenstand ausgedehnter Militanzdebatten. Entsprechend spielen Gewalt und der Diskurs zu ihr eine zentrale Rolle" (Mletzko 2010, S. 10). Die Spezifika linksextremistischer Gewalt können anhand verschiedener Dimensionen ausgemacht werden (vgl. Abb. 3).[26] Zusammenfassend stellt sich das Phänomen in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren wie folgt dar: Quantitativ unterliegt linksextremistische Gewalt erheblichen Schwankungen über die Jahre hinweg. Die dominierende Gewaltform ist die Körperverletzung, wobei – gerade im Vergleich zum Rechtsextremismus – eine gewisse Gewaltdosierung zu erkennen ist, die jedoch ausweislich brutaler, personalisierter Überfälle auf Rechtsextremist:innen zumindest in Teilen des linksextremistischen Spektrums aufzuweichen scheint. Bei der Mehrheit der Gewalttäter scheint es sich um junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren zu handeln – wegen der mangelhaften Studienlage sind diese sozialstrukturellen Informationen aber grundsätzlich mit Vorsicht zu genießen. Insgesamt ist die Studienlage als äußert prekär zu bezeichnen: Die wenigen empirischen Arbeiten sind zum Teil älteren Datums oder beziehen sich auf andere Regionen als Nordrhein-Westfalen. Viele der von Sicherheitsbehörden wie Wissenschaft beobachteten jüngeren Trends sind quantitativ nur unzureichend unterfüttert, kausale Zusammenhänge und Dynamiken kaum beleuchtet.

26 Die Spezifika linksextremistischer Gewalttäter werden in Kap. 9 erörtert.

ABBILDUNG 3: GEWALTDIMENSIONEN



Quelle: eigene Darstellung

7.1 QUANTITATIVE ENTWICKLUNG: HOHE VOLATILITÄT BEIM GEWALTAUFKOMMEN, KONTINUIERLICHER ANSTIEG BEIM PERSONENPOTENZIAL

Politisch motivierte Gewalt von links gehört laut Behördenerfassung zur politisch motivierten Gewaltkriminalität, die wiederum eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist (BKA 2024, S. 4f.) Die PMK-Statistik folgt dabei einem engen Gewaltbegriff „im Sinne der zielgerichteten, direkten physischen Schädigung von Menschen durch Menschen“ (Mletzko 2025a, S. 235). **Sachbeschädigungen**, die seit jeher einen erheblichen Anteil der PMK ausmachen, sind dagegen **kein Bestandteil politisch motivierter Gewalt** im Sinne des BKA.

Linksextremistische Gewalt unterliegt dynamischen Schwankungen und ist mehrheitlich ein reaktives, volatiles Phänomen.

Trotz der eingeschränkten Aussagekraft

der PMK-Daten[27] lassen sich vor allem im Längsschnitt Erkenntnisse gewinnen. Zunächst einmal wird erkennbar, dass das **gewaltorientierte[28] linksextremistische Personenpotenzial seit Jahren relativ kontinuierlich zunimmt.** Die Gewaltzahlen sind im Vergleich dazu aber

27 Genannt werden seitens der Forschung u. a.: die Fehleranfälligkeit aufgrund der Erfassung unmittelbar nach Bekanntwerden der Tat und damit vor Abschluss des polizeilichen Ermittlungsverfahrens und der Übergabe an ein Gericht; die Unterschätzung der PMK aufgrund der Erfassung nur der Delikte mit der höchsten Deliktqualität bei mehreren Straftaten; die geringe Vergleichbarkeit der Phänomenbereichszahlen aufgrund der mutmaßlichen phänomenbereichsspezifischen Abhängigkeit vom Anzeigeverhalten der Opfer (z. B. People of Color versus Polizeibeamte); vgl. etwa Bohla o. J.; Thieme 2021.

28 Der Verfassungsschutz erfasst mit dem Spektrum der gewaltorientierten Extremist:innen seit 2014 Personen, die 1. gewalttätig (= bereits erfolgte oder geplante Gewalttat gegen eine Person oder Sachen), 2. gewaltbereit (= Akzeptanz von Gewalt gilt als legitimes politisches Mittel), 3. gewaltunterstützend (= Aktivitäten zur Vorbereitung von Gewalthandeln ohne erkennbare eigene Gewaltabsicht) und 4. gewaltbefürwortend (= appellative Gewaltbefürwortung gegenüber einem tatsächlich oder potenziell gewaltbereiten Adressatenkreis in der Absicht, andere zur Gewaltanwendung zu animieren) sind; vgl. BMI 2015, S. 20.

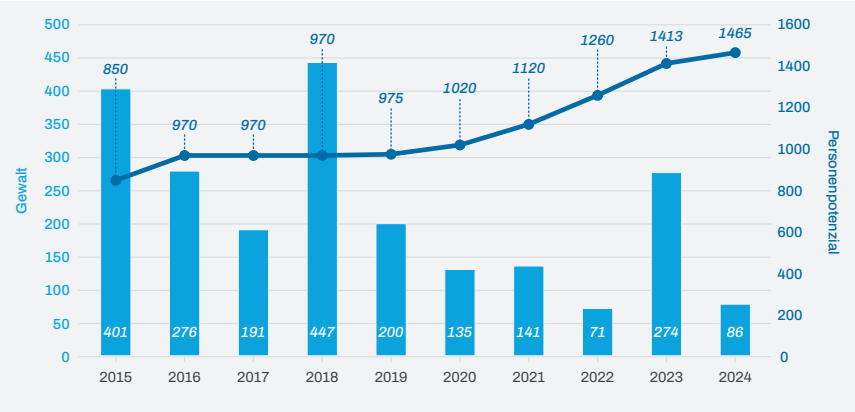
info

Als extremistisch gilt eine Straf- bzw. Gewalttat dann, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, also darauf, einen der [zur fdGO gehörenden] Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen“, wenn Gewalttaten „auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder sich gegen die Völkerverständigung richten“ (BKA 2024, S. 9). In der Praxis machen extremistische Straftaten das Gros politisch motivierter Kriminalität aus, jüngeren Angaben des LfV NRW zufolge um die 95 Prozent.

Die Zuordnung einer Straftat in den Phänomenbereich „links“ erfolgt „nach der Zuordnung zu sogenannten Themenfeldern“ (Bohla o. J.). Dem BKA zufolge muss hierfür eine „linke Orientierung“ ersichtlich werden, die sich in der Annahme einer Gleichheit/Gleichwertigkeit der Menschen“ ausdrückt (BKA 2025a). Zu den Themenfeldern, die hierfür sprechen, gehören u. a. Anarchismus, Antifaschismus, Antiimperialismus (vgl. BKA 2023).

keineswegs proportional mit angestiegen. Vielmehr unterliegt **linke Gewalt** in Nordrhein-Westfalen – wie auch in anderen Bundesländern und im Bundesdurchschnitt – **erheblichen Schwankungen** (vgl. Abb. 4). Im Vergleich zu rechter Gewalt kommt etwa Matthias Mletzko (2025a, S. 237) zu folgender Einschätzung: „Der Gesamtverlauf links ist deutlich dynamischer und an Gelegenheiten wie Großereignissen und zugkräftigen Mobilisierungsthemen [...] gebunden, während rechts kontinuierlicher mit massivem Anstieg während migrationspolitischer Zuspitzungen [...] verläuft." Dem LfV NRW zufolge schwankten die Zahlen in den letzten zehn Jahren zwischen 71 (2022) und 447 (2018). Dabei ist das Gewaltaufkommen in Nordrhein-Westfalen keineswegs besonders hoch oder niedrig. Im Zehnjahresvergleich aller Bundesländer liegt es etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts, gemessen jeweils relativ zur Einwohnerzahl (vgl. Melcher & Thieme 2022, S. 198).[29] Anders als die Stadtstaaten, v. a. Hamburg, und das Bundesland Sachsen ist Nordrhein-Westfalen damit generell keine Hochburg des gewaltförmigen Linksextremismus.

ABBILDUNG 4: LINKSEXTREMISTISCHE GEWALT UND GEWALTORIENTIERTES LINKSEXTREMISTISCHES PERSONENPOTENZIAL (NRW)



Quelle: IM NRW 2025, S. 43

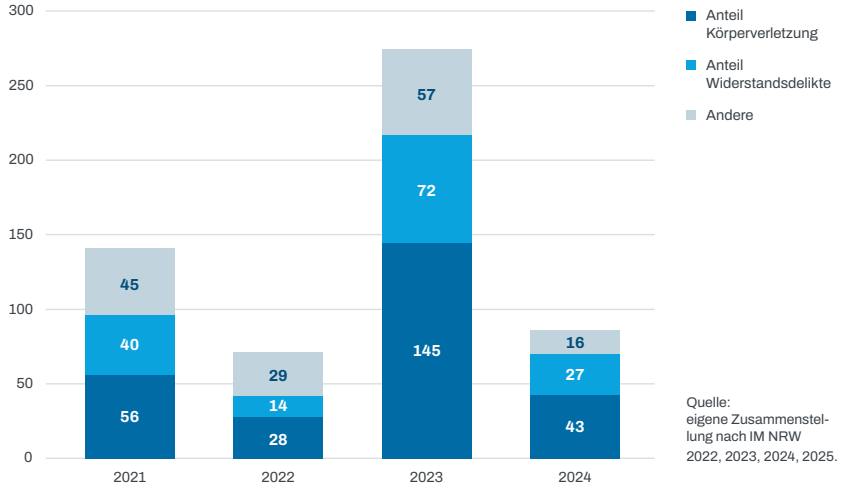
29 Statistiken, die das Gewaltaufkommen nicht in Relation zur Bevölkerungsgröße setzen, führen demgegenüber zu einer verzerrten Wahrnehmung. Auf Nordrhein-Westfalen entfällt seit jeher ein Großteil der Gewalt, es ist aber auch das bevölkerungsreichste Bundesland.

Ob „Ausreißerjahre“ in der Gewaltstatistik auf eine systematisch steigende Gewaltbereitschaft im Linksextremismus deuten (wie die medialen Interpretationen etwa der Ausschreitungen um das Braunkohlerevier oder der „Antifa-Ost“-Gewalt in Ostdeutschland bisweilen suggerieren), lässt sich erst mit größerem zeitlichen Abstand beurteilen. Die Schwankungen deuten auf gewaltbegünstigende, „situative Gelegenheitsstrukturen“ (Melcher & Thieme 2022, S. 204), insbesondere die von externen Themenkonjunkturen abhängige Mobilisierungsfähigkeit der Szene (s. u.). Abgesehen davon sei auffällig, dass linke Gewalt in der Regel nicht dort stattfinde, „wo sie gemäß linker Ideologie eigentlich stattfinden müsste“ (Melcher & Thieme 2022, S. 250), sondern vor allem in Regionen mit relativ hoher (!) sozioökonomischer Gleichheit und wirtschaftlicher Sicherheit.

7.2 DELIKTQUALITÄT: ABNEHMENDE GEWALTDOSIERUNG BEI KÖRPERVERLETZUNGEN?

Die dominierenden Gewaltdelikte im Linksextremismus sind Körperverletzungs- und Widerstandsdelikte sowie gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr/Flugverkehr. Die Bedeutung von **Körperverletzungsdelikten** ist in Relation zu anderen Gewalttaten dabei in jüngerer Vergangenheit sogar gestiegen (vgl. Abb. 5). Im Vergleich zum Rechtsextremismus spielen Körperverletzungen aber nach wie vor eine geringere Rolle im Gewalthandeln. Darauf folgen **Widerstandsdelikte**. Damit unterscheidet sich die Struktur linksextremistischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen kaum von der im gesamten Bundesgebiet, wo Körperverletzungen seit jeher das Gros des Gewaltgeschehens ausmachen.

ABBILDUNG 5: ZENTRALE DELIKTE



Quelle: eigene Zusammenstellung nach IM NRW 2022, 2023, 2024, 2025.

Vollendete wie versuchte **Tötungsdelikte** spielen im Linksextremismus seit jeher eine eher **geringe Rolle**, anders als im Rechtsextremismus. So gab es zwischen 2001 und 2023 bundesweit rechts 123 versuchte und 26 vollendete Tötungsdelikte (mit ungleich höherer Opferzahl), links hingegen im selben Zeitraum 73 versuchte und zwei vollendete Delikte (vgl. Mletzko 2025b, S. 35).[30] Das spiegelt auch die Ergebnisse der internationalen Forschung wider, der zufolge selbst terroristische Gewalt von Linksextremist:innen deutlich seltener tödlich endet als die von Rechtsextremist:innen und Islamist:innen (vgl. Jasko et al. 2022). Dies deutet auf eine gewisse „Gewaltdosierung" hinsichtlich der Tatschwere (vgl. Mletzko 2010, S. 15; Backes, Mletzko & Stoye 2010). Die dominierende Gewaltform ist der Stein- und Flaschenwurf aus der Distanz (zumeist gegen Polizist:innen und Rechtsextremist:innen), bei dem die Gefahr einer akuten Lebensbedrohung geringer ist als bei Face-to-face-Gewalt, die wiederum im Rechtsextremismus dominiert (vgl. Mletzko 2010, S. 16).

30 Die NRW-Verfassungsschutzberichte weisen (versuchte) Tötungsdelikte nicht aus.

Eine quantitative Zunahme von Gewalttaten lässt keinen Rückschluss auf gestiegene Radikalisierung oder allgemein wachsende Brutalität zu.

Die PMK-Statistik beschränkt sich allerdings hinsichtlich der Erfassung der Deliktqualität „auf die bloße Rechtsnormzuordnung (Tötungsdelikte, Körperverletzungen) und bietet keine weiteren Einblicke in Tatintensitäten“ (Mletzko 2025b, S. 35). Der Anteil lebensbedrohlicher Fälle wird beispielsweise nicht ausgewiesen. Aufgrund von derlei Lücken in der Datenerfassung ist es kaum möglich, von einzelnen Anzeichen einer zunehmenden Brutalität (vgl. etwa BfV 2020, 2021; Jokinen 2024; BMI 2025, S. 143–148) – etwa bei der „Antifa Ost“ oder dem Brandanschlag auf den Rheinmetall-Chef im Frühjahr 2024 (vgl. Maier 2024) – auf eine grundsätzlich gestiegene Gewaltenthemmung des Spektrums zu schließen.[31]

Zudem mangelt es „an systematischen tat- und gruppenanalytischen Darstellungen, mit denen Veränderungen von Tatmustern (so etwa exzessiver Gewalteinsatz, Überfall/Hinterhalt, Ausspähung) im zeitlichen Verlauf und im Verhältnis zum gesamten linken Gewaltaufkommen aufgezeigt und quantifiziert werden können“ (Mletzko 2025b, S. 37). Was es demnach bräuchte, wäre eine längsschnittliche, systematische Erfassung derjenigen Deliktqualitäten linksextremistischer Gewalt, die auf eine gesteigerte Brutalität bzw. Radikalisierung schließen ließen. „Eine zunehmende Radikalisierung in der gewaltorientierten linksextremistischen Szene lässt sich nicht mit einem rein quantitativen Anstieg der in der Statistik PMK-links erfassten, sehr heterogenen Vorfälle und Feststellungen begründen“ (BfV 2020, S. 4).

31 Vgl. zur Interpretation eines nur eine Minderheit betreffenden Phänomens Pfahl-Traughber 2023.

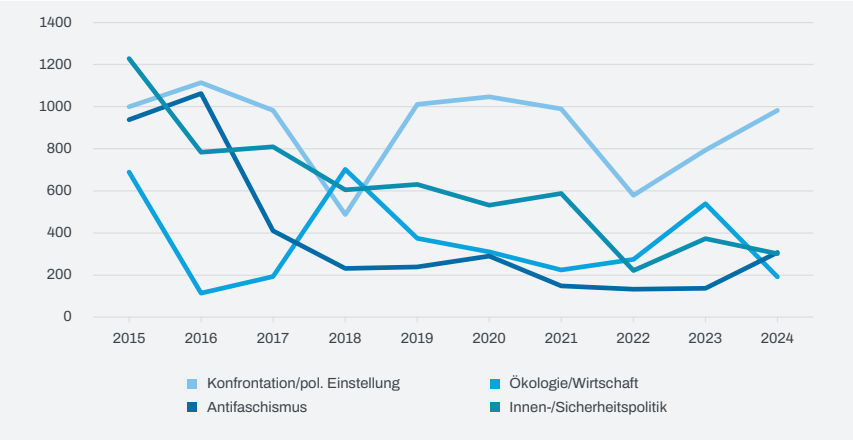
7.3 THEMENFELDER: KONFRONTATIONS-GEWALT UND PROTEST-KONJUNKTUREN

Linksextremistische Gewalt bedeutet zu einem Großteil und seit Jahren **Konfrontationsgewalt** gegenüber dem Staat und (vermeintlichen) Rechtsextremist:innen (vgl. Abb. 6) (vgl. Backes, Mletzko & Stoye 2010; Schroeder & Deutz-Schroeder 2019, S. 249–254). Im Jahr 2024 etwa entfallen beispielsweise 983 von 1187 Straftaten (83 Prozent) auf das Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung". Leider führt das LfV NRW die einschlägigen Themenfelder nur für das Gesamtstraftatenaufkommen (PMK) an, nicht aber für die Gewalt. Auf Bundesebene dominiert das Themenfeld allerdings auch das Gewaltgeschehen. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es sich in Nordrhein-Westfalen anders verhält. So wurden im Jahr 2024 in Deutschland von 532 linksextremistischen Gewaltstraftaten 233 gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden verübt, 231 gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole, 280 gegen (vermeintliche) Rechtsextremist:innen (BMI 2025, S. 36). Somit dominieren seit Jahren zwei Feind- bzw. Handlungsfelder das Gewalthandeln von Linksextremisten: **„Bullen"** und **„Nazis"** (vgl. auch Thieme 2019, 2021; Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2015, S. 5155). Das zeigt sich auch an den szeneinternen und recht gut erforschten Militanzdebatten, die hauptsächlich um diese beiden Feindbilder kreisen.[32]

32 Vgl. etwa Sirseloudi & Reinke de Buitrago 2016, S. 75–90; Imbusch 2021, S. 75–78; Schroeder & Deutz-Schroeder 2019, S. 205–242; Haunss 2013, S. 36f.; Backes & Haase 2017, S. 120–124; Mletzko 2025a, S. 232–235.

Die Bedeutung der anderen Themenfelder unterliegt dagegen stärkeren Schwankungen: „Ökologie/Wirtschaft“, worunter hauptsächlich Straftaten im Kontext der Proteste um das Rheinische Braunkohlerevier (Lützerath/Hambacher Forst) fallen dürften, spielt 2015, 2018 und 2023 eine große Rolle, „Antifaschismus“ vor allem 2015 und 2016, „Innen-/Sicherheitspolitik“ (z. B. Kriminalität im Umfeld von Wahlen, gegen Polizei und Sicherheitsbehörden) hat hingegen an Bedeutung verloren.

ABBILDUNG 6: SCHWERPUNKTTHEMENFELDER PMK-LINKS IN NRW 2021–2024



Quelle: Verfassungsschutzberichte NRW 2021–2024

Dass das Straf- und Gewaltaufkommen damit zu einem wesentlichen Teil von der linksextremistischen Mobilisierungsfähigkeit auf einzelnen Themenfeldern abhängt, erklärt dessen Volatilität. Das zeigen exemplarisch für Nordrhein-Westfalen die Proteste um das Rheinische Braunkohlerevier (Themenfeld „Ökologie/Wirtschaft“) und das Erstarken der AfD (Themenfeld „Antifaschismus“ bzw. „Konfrontation/politische Einstellung“). Rasch kommen so bei einzelnen Ereignissen mehrere Gewalttaten zusammen – etwa bei der Gegenmobilisierung gegen den AfD-Bundesparteitag Ende Juni 2024 in Aachen unter Beteiligung mehrerer hundert Gewaltbereiter (vgl. albu/boot/felt 2024) und gegen

ein Treffen der Jungen Alternative durch 40 Gewaltbereite drei Monate später (O. A. 2024). Zugleich: Dass bestimmte Themenfelder sich für linksextremistische Mobilisierung (und Gewalt) eignen, mag eine notwendige Voraussetzung zumindest für im Rahmen von „Massenmilitanz“ ausgeübter Gewalt sein, erklärt aber noch nicht, warum Gewalt sich bei einigen Themenfeldern zu einem nennenswerten Phänomen ausweitet, in anderen aber nicht. Hierzu bedarf es weiterer Forschung.[33]

Linksextremistische Konfrontationsgewalt entsteht vor allem entlang der Protestkonjunkturen bestimmter Themenfelder.

Dass die Konfrontationsgewalt gegen rechts maßgeblich auf externe Mobilisierungsfaktoren zurückgeht, bestätigt eine etwas ältere Studie von Backes, Mletzko und Stoye (2010, S. 52; s. auch Backes 2011 und Mletzko 2025b). Es handelt sich um die bis heute umfangreichste Analyse politisch motivierter Gewalt von links und rechts anhand einer Aktenauswertung in Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Autoren stellen einen Zusammenhang linksextremistischer Konfrontationsgewalt a) mit rechtsextremistischer Konfrontationsgewalt und b) mit medialen Erregungswellen gegenüber dem Thema „Rechtsextremismus“ fest. Melcher und Thieme (2022, S. 249), die den Zusammenhang auf Bundesebene mittels quantitativer Methodik belegen konnten, sprechen von „extremistischer Konkurrenz“. Insgesamt gehe linksextremistische Gewalt vor allem auf die Wahrnehmung von „Mobilisierungsbemühungen rechtsextremer Parteien, der Medienöffentlichkeit, [des] Präventions- und Repressionsverhalten[s] des Staates wie der Bürgergesellschaft und [der] militanten rechtsextremen Szenen“ (Backes 2011, S. 66) zurück. Und in der Tat ist eine Häufung linksextremistischer Konfrontationsgewalt in Jahren auffällig, in denen Rechtsextremismus sich als virulentes gesellschaftliches Problem darstellt(e) – etwa im Zuge der rassistischen

33 Im Rahmen des MOTRA-Projekts verantwortet das Wissenschaftszentrum Berlin noch bis 2027 den Aufbau eines Protestmonitorings (https://www.wzb.eu/de/forschung/migration-und-diversitaet/migration-integration-transnationalisierung/projekte/politischer-protest-und-radikalisierung-protest-monitoring), dessen Nutzbarkeit für die erwähnten Fragestellungen aber noch unter Beweis zu stellen wäre.

Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre, bei den NPD-Wahlerfolgen in Sachsen (2004/2009) und Mecklenburg-Vorpommern (2006/2011) oder während der Hochphase der „Flüchtlingskrise“ 2015.[34] Dabei hat Konfrontationsgewalt „links gegen rechts“ nicht nur seit jeher eine größere Bedeutung als die „rechts gegen links“ (Backes 2011, S. 55; Mletzko 2025b, S. 35f.), sondern sie provoziert ihrerseits wiederum Gegenreaktionen „von rechts“ und damit eine Spirale der Co-Radikalisierung.[35]

Zwischen Links- und Rechtsextremismus besteht ein komplexes Interaktionsgefüge der Co-Radikalisierung.

Deren Dynamiken, Interdependenzen und Mobilisierungs- wie Bestimmungsfaktoren sind indes nur unzureichend beschrieben. Das gilt insbesondere für den Zeitraum ab den 2010er Jahren. Denkbar wären – in Anlehnung an die Studie von Backes, Mletzko und Stoye – Einflüsse durch Wahlen, Wahlergebnisse, rechtsextremistisches Gewalthandeln, die mediale und die politische Aufmerksamkeit sowie lokale Interaktionen mit gewaltbereiten rechtsextremistischen Akteur:innen unter Einbeziehung von Mehrebeneneffekten.

Die Gewalt gegen die Polizei lässt sich vor dem Hintergrund von Demonstrationen erklären, in deren Kontext es immer wieder zu Konfrontationen mit staatlichen Ordnungskräften kommt. Zugleich findet seit einiger Zeit – zumindest teilweise – eine Verschmelzung des Feindbildes „Bulle“ und „Nazi“ statt. Die Absicherung rechter Demonstration gilt in der linken Szene „als Beleg für den rechtsautoritären Charakter des Staates“ sowie die „rechte Gesinnung“ von Polizist:innen und Sicherheitsbehörden (Thieme 2021; vgl. auch Schröder 2020; Mletzko 2025b, S. 232–235).

---

34 Vgl. für diesen Befund der Interaktion zwischen rechtsextremistischen Entwicklungen einerseits und linksextremistischer Konfrontationsgewalt Backes 2011, S. 55–59; Bohla o. J.; Melcher & Thieme 2022, S. 249; Mletzko 2024a, 2025b.

35 Vgl. Siewert 2019, S. 5f.; Farinelli & Marinone 2021, S. 15; Dzhekova et al. 2016, S. 65; Marinone et al. 2022, S. 176f.

Exemplarische Aussagen aus der Szene, die diese **Feindbildverschmelzung** unter dem „Antifa“-Label belegen, gibt es zuhauf: Hierfür mag die Äußerung eines Angeklagten im sog. „Antifa-Ost-Prozess“ stehen, der sich nach der Urteilsverkündung im Frühsommer 2023 an Demonstrant:innen vor dem Oberlandesgericht Dresden richtete:

> „Ziel und Funktion von Behörden wie der Bundesanwaltschaft oder des BKA ist die Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung dieses Staates. Wie alle staatlichen Repressionsbehörden sind sie keine neutralen Instanzen und waren es auch nie. [...] Die ideologischen Wurzeln dürfen niemals vor den Erzählungen angeblicher Einzelfälle und Einzeltäter*innen in Vergessenheit geraten. Es gab nie den Punkt, dass deutscher Faschismus der Vergangenheit angehörte und wir uns allein dem Gedenken widmen könnten. [...] Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach Gewaltfreiheit zynisch und geschichtsvergessen und lebensfern. [...] Die Konsequenz daraus ist, dass sich Gewalt auch gegen Personen und Institutionen richten muss, die diese Unterdrückung ausüben. Antifaschistisches Engagement geht daher nicht nur gegen Nazis, sondern zwangsläufig gegen den Staat mit einer emanzipierten revolutionären Perspektive“ (Weichreite TV 2023 ab 1:30:35 bis 1:38:00).

Faschismus und staatliche Institutionen werden zu einem Feindbild verschmolzen.

Und auch an anderen Stellen wird betont, dass es Linksextremist:innen beim Kampf gegen „Faschismus“ nicht nur um die (militante) Bekämpfung von Rechtsextremismus geht, sondern auch um die Bekämpfung des Staates bzw. des Kapitalismus, der als Gesellschaftsstruktur verstanden wird, die den Staat miteinschließt. So schreibt die A.L.I. (2014), Antifa bedeute „[...] immer auch eine

anti-staatliche Haltung. […] Der Gesamtansatz der Antifa begreift die aktuellen Bedrohungen durch imperialistische Regierungspolitiken sowie durch Neonazis mit der Brille des (historischen) Antifaschismus. Dies erlaubt es, die Gegner auf den verschiedensten gesellschaftlichen und thematischen Ebenen zu identifizieren, fundiert zu analysieren und eigenverantwortlich anzugreifen.“ Und das Offene Antifaschistische Treffen Heidelberg (2025) kritisiert, man dürfe nicht bloß die AfD bekämpfen, sondern müsse „die gesellschaftlichen Umstände, die den Aufstieg der Rechten begünstigen“, ebenso ins Visier nehmen – nämlich die „Demokratie des Kapitals“.

Zu beobachten ist mithin eine zumindest punktuelle Entgrenzung des Faschismusbegriffs, in dessen Folge zwei Feindbilder amalgamieren. Derartige Argumentationen deuten darauf hin, dass Gewalt gegen den Staat (zunehmend) auch mit militantem Antifaschismus legitimiert wird. Ob es sich dabei um Ausnahmeerscheinungen oder ein flächendeckendes Phänomen handelt, müssten Interviewstudien, Inhalts- und Diskursanalysen ans Licht bringen.

7.4 TATKONTEXT: MASSEN- UND KLANDESTINE MILITANZ

Linksextremistische Gewalt geschieht hauptsächlich im Demonstrationszusammenhang als sog. **„Massenmilitanz“** mit Gewaltmitteln unterhalb der Schwelle des Einsatzes von Schusswaffen (vgl. Schroeder & Deutz-Schroeder 2019, S. 159–204; Imbusch 2021, S. 75; Backes 2011, S. 52; Mletzko 2010, S. 12). In Nordrhein-Westfalen dominierte in den letzten Jahren die Bedeutung der Proteste um das Rheinische Braunkohlerevier, die die Straftaten 2023 um 158,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen ließen: „Der Anstieg ist auf die Räumung der Ortschaft Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier im Januar 2023 zurückzuführen“, hält das LfV NRW (2024, S. 41) fest. 2024 sei die Bedeutung der Klimaproteste jedoch zurückgegangen. Auch hier zeigt sich mithin die starke Abhängigkeit linksextremistischer Mobilisierungsfähigkeit und Gewalt von externen Themenkonjunkturen (vgl. hierzu auch Bohla o. J.).

Ist die Massenmilitanz seit jeher für das Gros linksextremistischer Gewaltstraftaten verantwortlich, machen **klandestine Angriffe** länger schon einen festen – wenn auch relativ kleinen – Bestandteil linksextremistischer Gewalt aus (z. B. Brandanschläge auf „Luxuskarossen“, auf Behörden und Einrichtungen der Infrastruktur) (vgl. etwa Mletzko 2010, S. 12; Jesse 2011, S. 77, 81). Neu ist den Sicherheitsbehörden zufolge der **Bedeutungsgewinn** dieser Gewaltform. So finde seit einigen Jahren „bundesweit ein Wechsel der Aktionsformen von der

Massenmilitanz hin zu klandestinen Kleingruppenaktionen [statt]. [...] Dies deutet darauf hin, dass gewaltbereite Linksextremisten weniger spontan aus der Situation von Demonstrationen heraus Gewalttaten und Angriffe begehen, sondern die Taten im Vorfeld mit Blick auf die Auswahl des Opfers und des Tathergangs genauer und gezielter planen. Bei der Zielauswahl ist erkennbar, dass sich die Taten immer häufiger von einer institutionellen auf eine persönliche Ebene verschieben. [...] Opfer werden gezielt ausgesucht und in ihrem persönlichen Rückzugsraum angegriffen." (BfV 2020, S. 4f., vgl. BfV 2021).

Klandestine Gewalt gegen einzelne Personen ist nicht neu, gewinnt aber an Bedeutung.

Neu ist den Sicherheitsbehörden zufolge also nicht das Phänomen klandestiner Gewalt per se, sondern deren Bedeutungsgewinn, Personalisierung und Enthemmung (vgl. BfV 2021, S. 5), besonders im Feld des „Antifaschismus" (vgl. Logvinov & Böhme 2024). Ob dies aber Ausdruck radikalisierter Einstellungen oder spezifischer Gruppendynamiken ist (vgl. hierzu McCauley & Moskalenko 2017), müsste weitere Forschung erörtern. Dass bereits vor über einem Jahrzehnt von „Kontinuitäten von Tötungsbereitschaften" (Mletzko 2010, S. 16) im Bereich der Konfrontationsgewalt gesprochen wird, spricht für eine Radikalisierung auf Handlungs-, weniger auf Einstellungsebene.

info

Forschungslücken:

- (längsschnittliche) Analyse der Sozialstruktur linksextremistischer Gewalttäter
- kontinuierliches und systematisches Monitoring (links-)extremistischer Gewalt (z. B. Gewaltformen, Tatschwere, Themenfelder, Personalisierung, Face-to-face-Gewalt, Opfergruppen, Tatkontexte)
- Mobilisierungsfaktoren linksextremistischer Konfrontationsgewalt
- Bestimmungsfaktoren und Dynamiken der Co-Radikalisierung links- und rechtsextremistischer Gewalt
- Dynamiken feindbildbezogener Legitimationsnarrative

8

KAPITEL

REPRESSION

8.1 HARD REPRESSION: DIE RELEVANZ VON POLIZEIHANDELN

Linksextremistische Gewalt gegenüber Polizeikräften ist keineswegs nur Ausdruck szenetypischer Feindbilder. Vielmehr hat die Polizei selbst auch einen beträchtlichen Einfluss auf die Radikalisierung von Gruppen und die Eskalation situativer Dynamiken. Della Porta und Reiter (1998) wiesen vor einiger Zeit darauf hin, dass das Agieren der Polizei auf Protesten zu jenen Gelegenheitsstrukturen gehört, welche die Auswahl strategischer Handlungsoptionen beeinflussen. **Massive Repression** (z. B. Zwangsmaßnahmen und Schusswaffengebrauch statt Überzeugungsarbeit und diskreter Sammlung personenbezogener Daten) befördere die **Radikalisierung hin zur Gewalt**, weil sie bei Protesten moderate Kräfte zum Rückzug bewegt (was den radikalen Kräften mehr Raum gibt) und weil insbesondere wahllos erscheinende staatliche Gewalt auch moderate Kräfte radikalisiere, indem diese bei ihnen das Gefühl der Ungerechtigkeit stärke (vgl. della Porta 2013, S. 67; Dzhekova et al. 2016, S. 65; Farinelli & Marinone 2021, S. 15). Ellefsen (2021, S. 96–99) wiederum wies auf einen zweiten Mechanismus hin. Demzufolge könne Escalated Policing im Sinne eines übermäßig repressiven Vorgehens bei Demonstrationen gewaltfreie Demonstrant:innen dazu veranlassen, auf gewaltsame Strategien auszuweichen, weil aus ihrer Sicht gewaltfreier, bedeutungsvoller Protest durch die Behörden erschwert werde.

Die Effekte harter Repression wurden bislang in vergleichenden, oft historischen Einzelfallstudien (etwa zum deutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre) untersucht (vgl. aber jünger: Behrendes 2020). Zwar

wird immer wieder die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen zwischen Polizei und den Demonstrant:innen, kontinuierlicher Weiterbildungsmaßnahmen bei der Polizei und maßvollen Agierens bei Protesten betont. Neuere empirische Studien, auch und gerade unter Einbeziehung aktueller linksextremistischer Gewalt und ihrer Interaktion mit Polizeihandeln in Deutschland, stehen aber aus. Unklar ist einerseits, welche konkreten polizeilichen Strategien, Taktiken und Maßnahmen in den sich dynamisch wandelnden politischen und technologischen Umwelten des 21. Jahrhunderts die Gefahr eskalierender Gewalt bannen können. Andererseits weist della Porta selbst darauf hin, dass auch der Eindruck der Straflosigkeit gewaltsamen Handelns Gewalt befördern kann, weil er die Akteur:innen in ihrem Handeln bestätigt (vgl. della Porta 2013, S. 67). Die Studienlage ist mithin lückenhaft und zum Teil widersprüchlich.

info

Forschungslücken:

- Interaktionsdynamiken zwischen dem Staat (insb. der Polizei) und der Radikalisierung von Protesten sowie (gewaltorientierten) Linksextremist:innen
- Effekte verschiedener polizeilicher Strategien und Maßnahmen auf Handlungsstrategien und Gewaltlegitimationen von Linksextremist:innen

8.2 SOFT REPRESSION: FOLGEN DER (STAATLICHEN) STIGMATISIERUNG

Die bundesdeutsche Demokratie begegnet politischem Extremismus zuvörderst auf zwei Ebenen: auf der strafrechtlichen Ebene, wenn es etwa um Gewalt geht, und auf der Ebene der streitbaren Demokratie, die vor der Strafbarkeitsgrenze greift. Zu den Instrumentarien gehören u. a. die Möglichkeit eines Parteiverbots, Vereinsverbote und schließlich auch die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden. Mit der letztgenannten soll, so die zwar nicht im Gesetz formulierte, aber politisch durchaus gewollte Intention, vor Extremist:innen gewarnt, sollen diese stigmatisiert werden.[36]

Eine jüngere Studie von Jämte und Ellefsen (2020b) zur „sanften Repression" vier linksautonomer schwedischer Bestrebungen hat darauf hingewiesen, dass deren öffentliche Stigmatisierung unterschiedliche und auch unintendierte Effekte zeitigen kann (vgl. Abb. 7): Auf individueller Ebene führt sie zu verschärften Sicherheitsvorkehrungen und der Angst vor sozialen Sanktionen. Die weiteren Reaktionen fallen aber unterschiedlich aus. Dabei stehen self-policing und self-silencing am einen Ende des Spektrums (turning inwards), während das verstärkte Vertrauen in zwischenmenschliche Beziehungen und

36 Vgl. exemplarisch Warg 2010, S. 43; Murswiek 2020, S. 19, 70–72, 124; Backes 2023, S. 463; BVerfG 2005, Rn. 58.

bewusste Bemühungen um den Aufbau eines kollektiven Bewusstseins und einer kollektiven Widerstandsfähigkeit gegenüber Unterdrückung am anderen Ende des Spektrums (turning outwards) angesiedelt sind. Zumindest die Kumulation von turning-inwards-Strategien dürfte sich dabei negativ auf das Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial der Gruppe auswirken, weil so deren öffentliche Sichtbarkeit abnimmt.

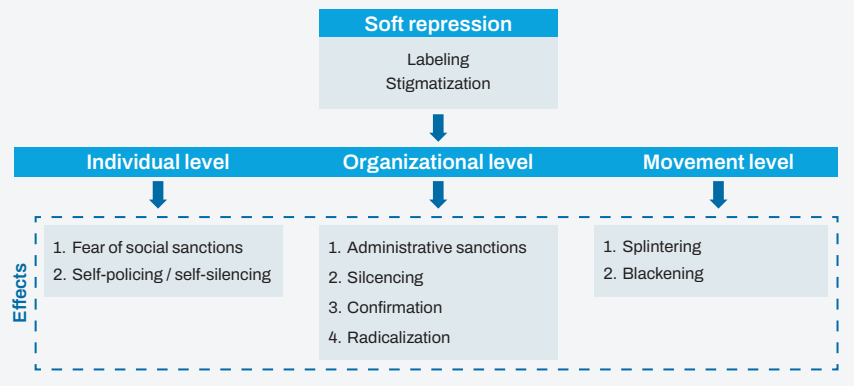
Auf organisatorischer Ebene hängen die Konsequenzen öffentlich betriebener Stigmatisierung erheblich vom Charakter der jeweiligen Bestrebung ab: Gruppen, die statt auf Gewalt auf organisatorische Offenheit und breite Mobilisierung setzen, litten unter ihrer Stigmatisierung besonders: Sei es, weil sie moralisch gleichgesetzt würden mit Neonazis und Dschihadist:innen, weil sich aus der Stigmatisierung Verwaltungssanktionen ergeben (keine öffentliche Förderung, keine Möglichkeit, Räume anzumieten), weil die Medien negativ oder gar nicht über sie berichten, weil die breitere Bewegung gespalten wird oder weil individuelle soziale Sanktionen drohen. Klandestine, abgeschottete und gewaltorientierte Gruppierungen wiederum zeigten sich meist wenig beeindruckt von öffentlicher Stigmatisierung. Bei manchen führte der Vorgang gar zu einem backfire effect: Sie fühlen sich bestätigt in ihrer Wahrnehmung eines repressiven Staatsapparates, fahren ihre Sicherheitsmaßnahmen hoch und kapseln sich gegenüber anderen Gruppen desselben Spektrums ein. Das Ergebnis sei eine verstärkte Radikalisierung. Die Resultate sprechen für ein differenziertes Vorgehen bei soft repression. Zugleich könnten Maßnahmen der sanften Repression solche der harten Repression vorbereiten und so deren generelle gesellschaftliche Akzeptanz steigern.

Repressive Maßnahmen sind zwar wirksam, können jedoch unter Umständen gegenteilige Effekte erzielen und zu einer Stärkung der Gruppen führen.

Die Folgen der Stigmatisierung von Extremist:innen in Deutschland sind bislang wenig erforscht – eine jüngere, phänomenbereichsübergreifende Studie bestätigt prima facie die unterschiedlichen Wirkungen der Stigmatisierung von Akteur:innen etwa durch die Nennung in Verfassungsschutzberichten, den Entzug der Gemeinnützigkeit oder öffentlich geführte Verbotsdiskussionen (vgl. Mannewitz 2024b).

Jedenfalls im Rechtsextremismus wirkten derlei Maßnahmen auf organisatorischer Ebene in der von Jämte und Ellefsen beschriebenen Weise: Die besonders radikalen, militanten Gruppierungen igeln sich ein, sehen das staatliche Vorgehen bisweilen gar als „Ritterschlag", während weniger radikale Bestrebungen unter der Stigmatisierung eher leiden.

ABBILDUNG 7: DIE EFFEKTE „SANFTER REPRESSION"



Quelle: Jämte & Ellefsen 2020b, S. 398

Was den Linksextremismus angeht, deuten beispielsweise die Reaktionen auf die Verbotsdiskussion zur RH, die Nennung der „jungen Welt" im Verfassungsschutzbericht und der Entzug der Gemeinnützigkeit der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) durchgängig auf den von Jämte und Ellefsen angeführten backfire effect, aber in einer von den Autoren bislang nicht beschriebenen Weise, denn sie führten allesamt zu einer breiteren Welle der Solidarisierung im linken Milieu (turning outwards). Ein jüngeres Beispiel liefert eine Petition in Reaktion auf die Einstufung von Ende Gelände als Verdachtsfall durch das BfV im Jahr 2024. Der Petition, die sich gegen die „Kriminalisierung" von EG wendet, schlossen sich mehr als 5000 Personen an, zu den Erstunterzeichnern gehören uG, die Letzte

Generation, einige Ortsgruppen von linksjugend ['solid], von Extinction Rebellion und von Fridays for Future, aber auch Attac Deutschland, die Jusos sowie das Komitee für Grundrechte und Demokratie (vgl. Ende Gelände 2024). Die Reaktionen sprechen für Solidarisierung – ein Effekt, der von Jämte und Ellefsen so noch nicht beschrieben wurde, jedenfalls nicht auf der Ebene des breiteren politischen Lagers, aus dem eine stigmatisierte Gruppierung stammt. Ob es sich bei der bereits zwei Jahre zuvor einsetzenden Radikalisierung von EG[37] um eine Vorwegnahme der Verdachtsfalleinstufung angesichts eines als zunehmend repressiv vorgehenden Staates handelt, ist mangels Forschung nicht auszumachen. Jedenfalls sind die Folgen sanfter Repression in Deutschland, wie sie unter anderem durch die Verfassungsschutzbehörden vorgenommen wird, auf verschiedene – nicht nur linke – extremistische Akteur:innen untererforscht. Eine schlichte Übertragbarkeit wird dabei nicht nur von den oben genannten Mechanismen infrage gestellt, sondern auch von Jämte und Ellefsen selbst: „We expect that who the activists are, their aims, and how their movement is positioned in relation to mainstream society will impact the way they perceive and experience repression" (Jämte & Ellefsen 2020b, S. 400).

37 Das BfV macht die Radikalisierung u. a. an zwei Grundlagentexten fest: „We shut shit down" und „Überall Polizei, nirgendwo Sicherheit – Kritik der Polizei"; vgl. BMI 2024, S. 165f.

info

Forschungslücken:

- Maßnahmen sanfter Repression durch verschiedene Akteure (Staat, Parteien, Medien, Zivilgesellschaft etc.)
- Folgen von und Reaktionen auf unterschiedliche Maßnahmen sanfter Repression durch verschiedene linksextremistische Akteure (auch phänomenbereichsübergreifend)

9

KAPITEL

RADIKALISIERUNG

Welche Faktoren führen zu einer linksextremistischen Radikalisierung und welche sozialen Gruppen konstituieren typischerweise das linksextremistische Milieu? Die internationale Studienlage hierzu ist als ausnehmend schlecht zu bezeichnen. Schuurmans Überblick über die zwischen 2007 und 2016 erschienene Terrorismusforschung enthüllt etwa, dass lediglich 7,6 Prozent davon sich mit der linken Variante beschäftigen.[38] Dabei erklären die wenigen verfügbaren Studien höchst Unterschiedliches – von der Radikalisierung in den Linksterrorismus bis hin zur Radikalisierung in den nicht-gewaltorientierten Linksextremismus, jeweils auf Individual- wie auf Gruppenebene. Die meisten Studien basieren auf Tiefeninterviews mit (ehemaligen) Linksextremist:innen sowie auf (historischen) Fallstudien (vgl. Krüsselmann & Weggemans 2023, S. 66).

Mit Blick auf die Sozialstruktur **linksextremistischer Gewalttäter** ist (noch) relativ wenig bekannt. Das LfV NRW gibt zwar seit einigen Jahren bisweilen die Geschlechter- und Alterszusammensetzung bei der PMK an,[39] nicht aber bei der politisch motivierten Gewalt. Zwei der wenigen bekannten behördlichen Überblicke stammen aus Berlin und sind schon etwas älter (vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2009, 2015). Der jüngere von beiden bezieht sich auf den Zeitraum 2009–2013 und zeichnet ein recht klares sozialstrukturelles Profil. Demnach ist die überwiegende Mehrheit der Tatverdächtigen männlich (84,4 Prozent), weniger sind es bei Widerstandsdelikten, mehr bei Landfriedensbrüchen. Knapp drei Viertel der Tatverdächtigen waren **zwischen 18 und 29 Jahren** alt, allein ein Drittel zwischen 21 und 24 Jahre, 91 Prozent waren – dem jungen Alter entsprechend wenig überraschend – ledig, 92 Prozent **lebten noch bei ihren Eltern**. 38 Prozent hatten einen Realschulabschluss, 29 Prozent Abitur, 17 Prozent einen Hauptschul-, 16 Prozent (noch) keinen Abschluss. Etwa ein Drittel der Tatverdächtigen war arbeitslos (34 Prozent), bei mehr als einem Viertel (27 Prozent) handelte es sich um Schüler:innen oder Studierende.

38 Vgl. Schuurman 2019. Für einen ähnlichen Befund mit Blick auf Deutschland vgl. Kemmesies, Heimerl & Simon 2025, S. 325.

39 Seit 2021 machen Männer rund zwei Drittel der Tatverdächtigen aus; unter den Altersgruppen dominieren 25- bis 29-Jährige.

41 Prozent waren bereits **zuvor straffällig** geworden, 30 Prozent mit einem politischen Delikt.

Das bislang umfassendste Radikalisierungsmodell entstammt einer quantitativen (n = 370), phänomenübergreifenden Analyse Michaela Pfundmairs (2024) (vgl. Abb. 8). Es geht von einem Zusammenspiel individueller Voraussetzungen, bedürfnisorientierter, gruppenbezogener und disinhibitorischer Faktoren aus, um Radikalisierung zu erklären und dient hier als theoretischer Rahmen. Die empirischen Ergebnisse sind noch nicht vollständig publiziert, decken sich aber vielfach mit vorherigen Erkenntnissen der Forschung. Die Studie ist die bislang umfangreichste zur Radikalisierung, die auch Linksextremismus erfasst. Unterschiede zu den Befunden anderer empirischer Studien (s. u.) dürften auch mit variierenden zu erklärenden Outcomes zusammenhängen (Gewaltbefürwortung, -absicht und -anwendung, Ausübung terroristischer Straftaten, Mitgliedschaft in einer gewaltorientierten oder terroristischen Gruppe etc.).

Auf Basis ihrer Vorarbeiten zur Radikalisierung geht Pfundmair zunächst davon aus, „dass gewisse individuelle Bedingungen Menschen für einen Radikalisierungsprozess vulnerabel machen können“ (Pfundmair & Hartings 2019, S. 13). Ihre Studie bestätigt den Eindruck, dass es sich bei gewaltorientierten Linksextremist:innen vornehmlich um Jugendliche und junge Erwachsene handelt, die einen **überdurchschnittlichen Bildungshintergrund** aufweisen. Daten weiterer Studien legen nahe, der Einstieg in die linksextremistische Szene erfolge in einem etwas höheren Alter als in den Islamismus

info

Radikalisierung ist ein „gradueller Prozess, der eine Sozialisation in ein extremistisches Glaubenssystem mit sich bringt, die eine Person für Gewalt bereit macht, obwohl Gewalt nicht zwangsläufig angewandt wird“ (Pfundmair 2024a, S. 3; vgl. Hafez & Mullins 2015).

oder Rechtsextremismus (vgl. Allington, McAndrew & Hirsh 2019), während der **Männerüberhang wiederum deutlich geringer ist als in anderen Phänomenbereichen** (vgl. Köhler 2023b; Jugl & Köhler 2023; Jugl-Kuntzsch & Köhler 2024). Weitere Radikalisierungsfaktoren auf individueller Ebene, die jedoch für alle Phänomenbereiche gälten, seien **fehlende soziale Anbindung, psychische Auffälligkeiten, kritische Lebensereignisse**[40] und eine **kriminelle Vorgeschichte** (insb. Gewaltdelikte), zudem ein verstärktes Maß an **Autoritarismus** und s**ozialer Dominanzorientierung**. Auch Lützinger (2012, S. 94) weist auf **Brüche in der Bildungsbiografie** und **prekäre Familienverhältnisse** hin (n=9), Berthold (2022, S. 172–174) auf heterogene Bildungshintergründe, **Betäubungsmittelkonsum** und die generelle Delinquenzneigung (n=9). Weitere soziodemografische, biografische und Persönlichkeitsfaktoren spielen der Studie zufolge keine entscheidende Rolle (anders als in den übrigen Phänomenbereichen) (vgl. Treskow & Baier 2020, S. 60).

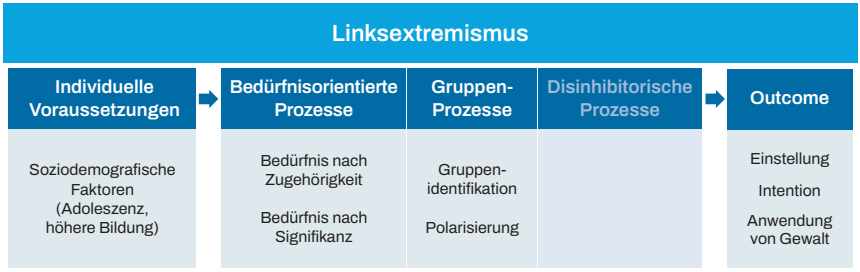
Eine Interviewstudie (n=144) von Jugl, Bender und Lösel (2021) identifizierte sowohl Risiko- als auch Schutzfaktoren linksextremistischer Radikalisierung im Sinne politisch motivierter Gewalt gegen Personen oder Sachen. Zu den **Risikofaktoren** zählten die Integration in ein gewaltbereites **extremistisches Netzwerk** (was die unten erörterte Bedeutung von Gruppenprozessen unterstreicht) und eine persönliche **kriminelle Vorgeschichte**; zu den **Schutzfaktoren** gehörten **Wahrnehmungen von prozeduraler Gerechtigkeit** und Legitimität, u. a. von Polizeihandeln.[41] Auch Beelmann (2019, S. 197–200) weist darauf hin, dass beispielsweise Intelligenz, stabile soziale Beziehungen, die Bindung an demokratische Werte, die Anerkennung von Recht und Gesetz, eine positive Grundhaltung zur Gesellschaft, **hohe Selbstkontrolle und Empathie**, nicht-deviante soziale Bezugsgruppen und eine gute Schulbildung die Wahrscheinlichkeit einer Radikalisierung senken (vgl. auch Lösel et al. 2018).

---

40 Zur bedeutsamen Rolle von belastenden Erfahrungen in der Kindheit für die spätere Radikalisierung in den Linksextremismus vgl. Logan, Windisch & Simi 2024.

41 Die Befunde spiegeln sich auch in weiteren Studien wider; vgl. den Forschungsüberblick von Marinone et al. 2022, S. 174.

ABBILDUNG 8: PFUNDMAIRS MODELL LINKSEXTREMISTISCHER RADIKALISIERUNG



Quelle: Pfundmair 2024, S. 7

Unter den bedürfnisorientierten Prozessen stechen bei linksextremistischer Radikalisierung das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und nach Signifikanz heraus: Radikalisierte Linksextremist:innen suchen – etwa aufgrund sozialer Exklusion (vgl. Hales, Wood & Williams 2024; Pfundmair 2024b) – Anschluss an eine Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen können; und sie streben nach Signifikanz: „Gemeint ist hier der fundamentale Wunsch, eine Rolle zu spielen, jemand Bedeutsames zu sein und Respekt seitens Dritter zu erleben. Dieses Bedürfnis ist immer dann eine wichtige motivationale Kraft für Radikalisierung, wenn Menschen den Terrorismus als geeignetes Mittel auserkoren haben, um persönliche Signifikanz zu erreichen“ (Pfundmair & Hartings 2019, S. 10).

Zu den radikalisierenden Gruppenprozessen wiederum zählt Pfundmair **Gruppenidentifikation** und Polarisierung. Die Berücksichtigung von Gruppenprozessen trägt dem Umstand Rechnung, dass zumal in diesem Phänomenbereich „Extremismus und Terror von Gruppen aus[gehen]“ (Zick 2020, S. 270; vgl. auch Jugl, Bender & Lösel 2021). Linksextremistische Gruppen wiederum rekrutieren Individuen, die sich in einer politisch-sozialen Such- und Findungsphase befinden (vgl. Lützinger 2020, S. 95). Dazu scheinen primär generell linksorientierte Jugendliche zu gehören, ferner bereits radikalisierte junge Menschen, die den Wunsch verspüren, von einer Gruppe zu einer anderen zu wechseln, sowie Jugendliche, die zwar keiner extremistischen Ideologie anhängen, aber schon ein gewisses Maß an Radikalität an den Tag legen und Anschluss an eine Gruppe suchen (vgl. Radicalisation Awareness Network 2017, S. 3). Als ausschlaggebend für den

Einstieg in eine Szene bzw. Gruppe gilt weniger eine überzeugende Ideologie – diese verfestige sich vielmehr erst im Laufe der weiteren Zugehörigkeit (vgl. Lützinger 2020, S. 95). Stattdessen adressieren extremistische Gruppierungen gleich zu Beginn vor allem individuelle und soziale Bedürfnisse – etwa durch die Unterbreitung von identitätsstiftenden Erzählungen, durch das Angebot von Anschluss, Zugehörigkeit und Bedeutsamkeit des politischen Kampfes (vgl. etwa Treskow & Baier 2020, S. 44f.). Die Rekrutierung finde weniger im Internet, dafür hauptsächlich im Umfeld von Schulen und Universitäten statt, weil im Bildungsbereich und in der Intellektuellenszene traditionell größere Offenheit für linke Ideen herrscht, ebenso in der Arbeiter- und Gewerkschaftsszene, wo Anwerbeversuche üblicherweise am Arbeitsplatz stattfänden (vgl. Radicalisation Awareness Network 2017, S. 5).

„Keine Gruppe, keine Radikalisierung“

Die Forschung betont immer wieder, dass besonders die Fusion der individuellen mit der kollektiven Identität nachvollzogen werden müsse, um linksextremistische Radikalisierung zu verstehen (vgl. die Übersicht bei Marinone et al. 2022, S. 175). Die Identifikation mit der Gruppe wird gestärkt durch geteilte Normen, Werte und eine gemeinsame Ideologie, die wiederum bestimmte Verhaltens- und Kommunikationsregeln, Gruppenziele sowie ein Gemeinschaftsgefühl in Abgrenzung zum Außen hervorbringen (vgl. Zick 2020, S. 283–288). Studien zur Identitätsbildung in einschlägigen Gruppen betonten dabei die Herausbildung einer Identität, die stark auf der Abgrenzung zu „den Herrschenden“ und anderen Bewegungen (gerade durch die eigene Militanz) beruht (vgl. Golova 2013; Haunss 2013). Der Prozess der **Gruppenpolarisierung** wiederum beschreibt das auf alle extremistischen Erscheinungsformen zutreffende Phänomen, dass infolge der Gruppeninteraktion die Meinung der Gesamtgruppe radikaler ist als die vorherige Meinung jedes Individuums – durch normative und informative Einflüsse, dem Streben nach sozialer Harmonie und sozialer Akzeptanz. Dass linksextremistische Gewalt vor allem in Gruppen verübt wird (vgl. Treskow & Baier 2020, S. 45), lässt sich auf diese Dynamiken zurückführen.

Pfundmairs Radikalisierungsmodell stellt bislang das empirisch gesättigste im Bereich der Linksextremismusforschung dar. Es bestätigt eine Reihe der von bisherigen Studien identifizierten

Radikalisierungsfaktoren, widerlegt aber andere, und zu einigen bisher analysierten Faktoren äußert es sich gar nicht (vgl. die Studienübersicht bei Treskow & Baier 2020, S. 61). Die Studienlage ist demnach hinsichtlich einer Reihe von Radikalisierungsfaktoren widersprüchlich. Viel spräche darum dafür, künftig nicht nur die Datenbasis zu vergrößern, sondern auch weitere Faktoren zu einem ganzheitlichen Radikalisierungsansatz zu überführen und diesen dann empirisch zu testen.[42] Dabei sind die unterschiedlichen zu erklärenden Outcomes zu berücksichtigen: Pfundmair selbst weist darauf hin, dass relevante Differenzen zwischen jenen bestehen, die Gewalt bereits ausgeübt haben, und jenen, die Gewalt prinzipiell befürworten bzw. anstreben; zudem gebe es relevante Diskrepanzen in der Radikalisierung von Anführer:innen und Sympathisant:innen/Mitgliedern (Pfundmair 2024a, S. 8f.). Krüsselmann und Weggemans (2023, S. 59–65) kommen wiederum zu leicht abweichenden Radikalisierungsfaktoren, wenn es um gewaltlose (!) Radikalisierung geht.

Kurzum: Radikalisierung ist nicht gleich Radikalisierung. Entscheidend ist erstens, was Radikalisierung konkret bedeuten soll: Einstellungen (vgl. hierzu Lehmann, Goede & Schröder 2020) oder bestimmte Verhaltensweisen. Allein bei den Verhaltensweisen reicht das Spektrum von der Gewaltausübung über die Mitgliedschaft in einer nicht-gewaltorientierten bis zum Eintritt in eine terroristische Gruppierung. Zweitens

42 Vgl. etwa den entwicklungsorientierten Ansatz bei Beelmann 2019.

info

Mit disinhibitorischen Prozessen sind Prozesse gemeint, die normbedingte Hemmnisse von Gewaltausübung abschwächen. Diese sind in Pfundmairs Studie vermehrt bei Akteur:innen aufgetreten, die selbst bereits Gewalt verübt haben (statt sie nur zu befürworten oder anzustreben). Vorurteile, Verachtung, Dehumanisierung und Desensibilisierung seien demnach Faktoren, die in einer relativ späten Phase der Radikalisierung greifen und die Akzeptanz von Gewalt steigern.

ist zu klären, wessen Radikalisierung erklärt werden soll: die von Individuen, kleineren Gruppen, Szenen oder Protestbewegungen (vgl. hierzu McCauley & Moskalenko 2008), um nur einige Möglichkeiten aufzuzählen. Zugleich spricht viel für einen breiteren Methodenmix, der der möglichen Äquifinalität von Radikalisierungsprozessen Rechnung trägt. Integriert die bisherige Forschung zwar mittlerweile wie selbstverständlich multikausale Erklärungsansätze, scheint bisweilen immer noch die Vorstellung zu dominieren, es gebe für ein und dasselbe Outcome nur den einen Radikalisierungspfad.[43]

Im Ergebnis hat die **Forschung zu linksextremistischer Radikalisierung** in den letzten Jahren erhebliche **Fortschritte** gemacht. Es gilt jedoch, diese Ansätze auf individueller wie sozialer Ebene zu ganzheitlichen, multikausalen und äquifinalen **Radikalisierungsmodellen** auszubauen und diese regelmäßiger **empirischer Überprüfung** zu unterziehen. Die Psychologie, die Sozialpsychologie, die Soziologie (v. a. in Gestalt der sozialen Bewegungsforschung) und die Politikwissenschaft sind hier gefragt, auch um die Grundlagen für entsprechende Präventionsangebote zu legen. Erschwert werden solche Bemühungen indes durch das „Forschungsobjekt" selbst: „Das liegt einerseits an der beträchtlichen Abschottung der linksextremen Milieus gegenüber den Sicherheitsorganen und der Wissenschaft, andererseits an der beträchtlichen sozialen Kohäsion dieser Milieus, in die man von außen kaum eindringen kann" (Imbusch 2021, S. 73).

43 Siehe aber eine der Ausnahmen: Ellefsen 2021.

info

Forschungslücken:

- Entwicklung und breite empirische Testung von Radikalisierungsmodellen für verschiedene Radikalisierungsoutcomes und -subjekte, auch unter Berücksichtigung der Gender-Perspektive
- Dynamiken von Risiko- und Schutzfaktoren linksextremistischer Radikalisierung
- Entwicklung ganzheitlicher Radikalisierungsmodelle

10

KAPITEL

PRÄVENTION

10.1 PRÄVENTIONS-LANDSCHAFT

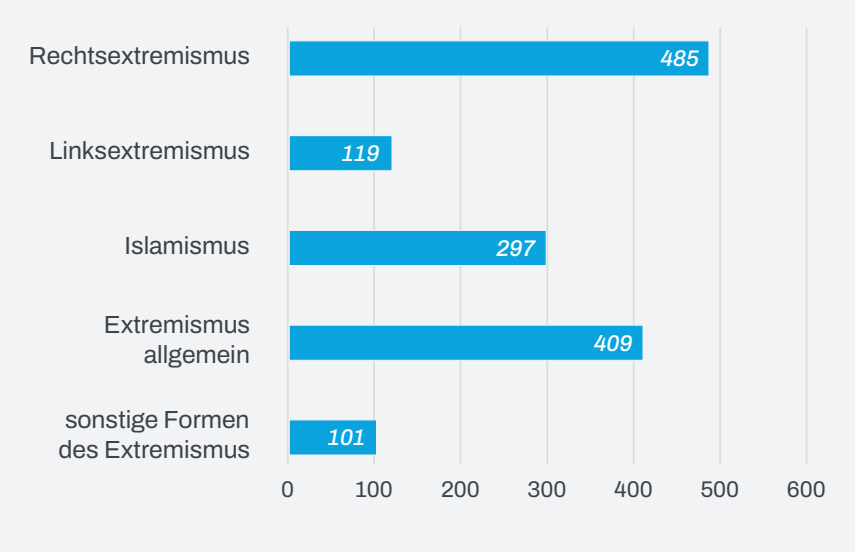
Eine übergreifende vollständige Datenbank für Extremismus-Präventionsprojekte existiert nicht. In der Vergangenheit wurden allerdings mehrfach Versuche unternommen, hier Abhilfe zu schaffen. Den wohl umfassendsten Datenbestand stellt der Extremismuspräventionsatlas (EPA) des MOTRA-Forschungsverbundes dar, der sich in bislang zwei Wellen (2018, 2021) an einer „fortlaufende[n] Datenerfassung der deutschen Präventionspraxis" (Michaelis & Kemmesies 2022, S. 391) versucht. Das Monitoring beruht auf den Eigendarstellungen der Präventionsangebote im Internet und Informationen der Trägerprogramme. Die Aussagekraft des EPA ist deswegen, aber auch wegen der Unterschätzung kommunaler sowie kleinerer ehrenamtlicher wie privater Projekte mit ihren oft deutlich kürzeren Laufzeiten limitiert, auch wenn das „mittel- und langfristige, meist von Bund und Ländern geförderte Angebot" wohl „recht umfänglich und zuverlässig" abgebildet wird (Michaelis & Kemmesies 2022, S. 393).

Es fehlt eine übergreifende, vollständige und objektive Übersicht über Präventionsprojekte.

info

Grundsätzlich wird Prävention in Abhängigkeit von ihrer Zielgruppe danach unterschieden, ob sie sich unspezifisch an die Allgemeinbevölkerung (universelle Prävention), an besonders vulnerable Gruppen mit manifesten Risikofaktoren (selektive Prävention) oder an bereits radikalisierte Personen (indizierte Prävention) richtet. In der indizierten Prävention wiederum kann es darum gehen, den Ausstieg einer Person aus einer extremistischen Gruppe (*disengagement*) oder ihre Deradikalisierung im Sinne eines Ablegens extremistischer Einstellungen (*de-radicalisation*) zu fördern, wobei ein Ausstieg mit einer Deradikalisierung einhergehen kann, aber nicht muss (vgl. Groeger-Roth et al. 2020, S. 455f.).

ABBILDUNG 9: EXTREMISMUSPRÄVENTIONSLANDSCHAFT NRW 2025



Quelle: BKA 2025b (Stand: 4. Juni 2025)

Zwar habe der Anteil an Linksextremismus-Präventionsprogrammen im Bundesgebiet zwischen den beiden bisherigen Erhebungswellen zugenommen, dies lässt sich aber „nahezu ausschließlich auf das phänomenübergreifende Programm ‚Respekt Coaches' zurückführen" (Michaelis & Kemmesies 2022, S. 397). Präventionsangebote im selektiven und indizierten Bereich seien nach wie vor rar gesät. Seither hat sich, wie ein Blick in den aktuellen EPA (Stand: Juni 2025) verdeutlicht (vgl. BKA 2025b), wenig getan. Demnach gibt es derzeit 437 Linksextremismuspräventionsangebote in Deutschland: 425 (2021: 421) im Bereich universeller, 73 (2021: 72) im Bereich selektiver und 58 (2021: 60) im Bereich indizierter Prävention.

Abb. 9 verdeutlicht die Situation in Nordrhein-Westfalen. Die Mehrheit der 801 Präventionsangebote setzt sich mit Rechtsextremismus bzw. Extremismus allgemein auseinander. Es gibt demgegenüber **lediglich**

119 Linksextremismuspräventionsangebote.[44] Bei 62 der 119 Angebote handelt es sich um bundesweite, bei drei um landesweite und bei 54 um lokale Projekte. 112 lassen sich der universellen, 33 der selektiven und 31 der indizierten Prävention zurechnen.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Präventionsangebot sowohl Projekte umfasst, die sich ausschließlich dem Linksextremismus widmen, als auch solche, die sich mehreren Phänomenbereichen widmen und darum im Kern auch einen universellen Ansatz verfolgen. Daraus ergibt sich eine gewisse Schieflage in der Präventionslandschaft. So gibt es rund ein Drittel mehr Rechts- als Linksextremist:innen in Nordrhein-Westfalen, rund ein Viertel mehr gewaltorientierte Rechts- als Linksextremist:innen und rund 80 Prozent mehr rechts- als linksextremistische Gewalt – aber rund viermal mehr Präventionsangebote.[45] Das Ungleichgewicht verschärft sich noch, wenn ausschließlich phänomenspezifische Linksextremismusprävention**sangebote** in den Blick genommen werden (s. u.).

---

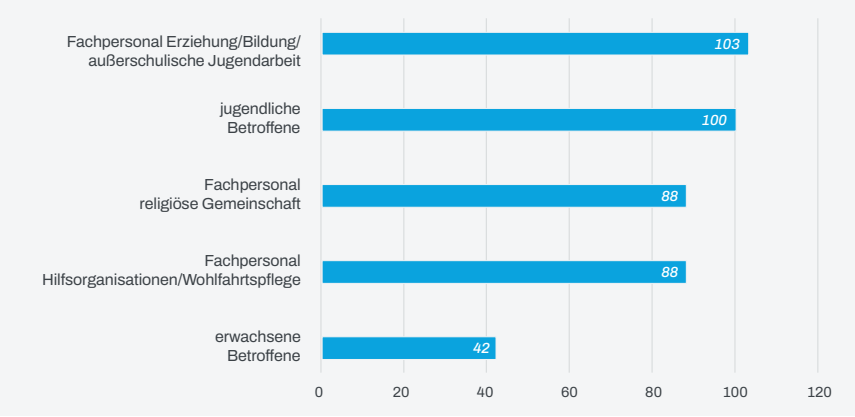
44 Dass sich die Summe der phänomenbereichsspezifischen Präventionsangebote in Abb. 9 nicht zu 801 summiert, hängt damit zusammen, dass es Präventionsangebote gibt, die sich mehreren Phänomenbereichen widmen.

45 Das Verhältnis des links- (3015) und rechtsextremistischen (4010) Personenpotenzials liegt bei 1 zu 1,33, das des gewaltorientierten Personenpotenzials bei 1 zu 1,25 (links: 1465 Personen; rechts: 1840 Personen) und das der Gewalt bei 1 zu 1,79 (links: 86 Gewalttaten; rechts: 154 Gewalttaten); vgl. IM NRW 2025, S. 32, 41, 43.

info

„Respekt Coaches“ sind „pädagogische Fachkräfte, die Schüler*innen dabei unterstützen, den eigenen Blickwinkel zu erweitern sowie unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen“ (Jugendmigrationsdienste 2024, S. 4). Derzeit sind bundesweit 415 Respekt Coaches unterwegs, die sich u. a. der politischen „Bildung zu Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, der „Stärkung einer demokratischen Grundhaltung“, der „Sensibilisierung für gesellschaftliche Vielfalt und ungleiche Verhältnisse“ und der „Förderung der Ambiguitätstoleranz“ widmen (Jugendmigrationsdienste 2024, S. 10).

ABBILDUNG 10: DOMINIERENDE ZIELGRUPPEN DER LINKSEXTREMISMUSPRÄVENTION IN NRW 2025



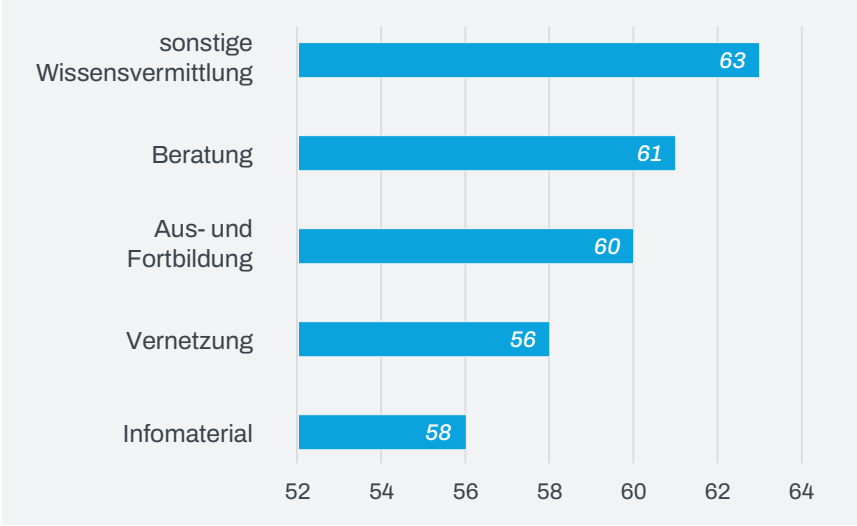
Quelle: BKA 2025b (Stand: 4. Juni 2025)

Die Mehrheit der Projekte richtet sich an mehrere **Zielgruppen**, wobei der EPA auf einer abstrakten Ebene zwischen direkt Betroffenen, dem privaten Umfeld von Betroffenen und Fachpersonal unterscheidet. Abb. 10 gibt die fünf am häufigsten adressierten Zielgruppen wider. Demnach ist die Mehrheit der Angebote für jugendliche (100) und erwachsene **Betroffene** (42) sowie für **Fachpersonal** aus Bildung (103), Religionsgemeinschaften (88) und Hilfsorganisationen wie THW und Feuerwehr (88).

So heterogen die Zielgruppen der Präventionsangebote sind, so sehr unterscheiden sich die **Angebotsformen** (vgl. Abb. 11). 63 von 119 Angeboten sind **keiner spezifischen Form der Wissensvermittlung** zuzuordnen. Dazu gehören etwa Projekttage an Schulen, die Erstellung von Online-Videos und Ausstellungen. 61 Angebote sind der **Beratung** der jeweiligen Zielgruppe gewidmet (also mehrheitlich direkt

Betroffenen und Fachpersonal in verschiedenen Bereichen). 60 Maßnahmen gehören zur **Aus-, Fort- und Weiterbildung**, z. B. Lehrkräftefortbildungen, Sensibilisierungskurse und Peer-to-peer-Ausbildungen von Jugendlichen. 58 von 119 Projekten sollen die jeweiligen Zielgruppen etwa durch überregionalen Austausch vernetzen und 56 stellen **Infomaterial** für die Zielgruppen bereit.

ABBILDUNG 11: DOMINIERENDE ANGEBOTSFORMEN DER LINKSEXTREMISMUSPRÄVENTION IN NRW 2025



Quelle: BKA 2025b (Stand: 4. Juni 2025)

Bemerkenswerterweise gibt es in **Nordrhein-Westfalen** damit lediglich **drei Angebote**, die der **Ausstiegshilfe** zuzuordnen sind: das Projekt „Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus (DNE)“ des in Berlin ansässigen Trägers ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH und die zwei Aussteigerprogramme des BfV und des LfV NRW. Zudem liegt für nicht einmal die Hälfte (48 von 119) der Präventionsangebote eine veröffentlichte Evaluation vor.

Die Arbeit gegen Linksextremismus ist vornehmlich primärpräventiv ausgerichtet. Selektive und indizierte Angebote für Betroffene sind unzureichend.

Ein Blick auf jene Präventionsangebote in Nordrhein-Westfalen, die sich 1) spezifisch und primär der Prävention von Linksextremismus widmen und 2) über die Publikation von Broschüren, Infomaterial und sonstigen Medien hinausgehen, verdeutlicht diesen Eindruck. Schon nach Abzug der „Respekt Coach“-Angebote schmilzt das linksextremismuspräventive Angebot von 119 auf 71. Unter den verbleibenden Angeboten konnte lediglich eine Handvoll ausgemacht werden, die sich erkennbar phänomenspezifisch Linksextremismus widmen und dabei über die reine Wissensvermittlung über Handreichungen u. ä. hinausgehen:

- Aufgeklärt statt Autonom – Hessische Aufklärungskampagne zur Prävention von Linksextremismus für die Schulen (Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V. – Stiftung Jugend und Bildung)
- Aussteigerprogramm Linksextremismus (BfV)
- left – Aussteigerprogramm Linksextremismus des Landes Nordrhein-Westfalen (LfV NRW)
- Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart: Linken Extremismus überzeugend kontern können (Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)
- Veranstaltungen mit Aussteiger:innen aus extremistischen Gruppen und Experten (Widerschein ibbm)

Fazit: Linksextremismusprävention in Nordrhein-Westfalen bedeutet hauptsächlich primärpräventive Arbeit, die sich mit einem universellen Ansatz an jugendliche Betroffene und Fachpersonal richtet, häufig mit dem Ziel der Aufklärung, Sensibilisierung und Wissensvermittlung und mehrheitlich ohne öffentlich einsehbare Evaluation (vgl. auch Michaelis & Kemmesies 2022). Dies deutet in Verbindung mit dem im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen geringen Angebot darauf hin, dass im Bund wie in Nordrhein-Westfalen „das **linksgerichtete Personenpotenzial mit den vorhandenen Präventionsangeboten kaum abgedeckt bzw. erreicht**" (Lützinger, Gruber & Hedayat 2020, S. 612)[46] und „einer politisch links motivierten Gewaltkriminalität [...] kaum begegnet wird" (Michaelis & Kemmesies 2022, S. 405). Es fehle einerseits „an der Vermittlung konkreter Handlungshilfen" (Lützinger 2020, S. 100) für das Umfeld (etwa Lehrkräfte), andererseits an „direkte[n] Beratungskontakte[n] mit Betroffenen" (Lützinger, Gruber & Hedayat 2020, S. 612). Mangels geeigneter Unterstützungsangebote würden vor allem Lehrkräfte die gezielte Auseinandersetzung mit Schüler:innen bei dem Thema meiden, sich direkt an die Sicherheitsbehörden wenden, linksextremistische Tendenzen vielfach nicht erkennen oder keine Notwendigkeit der Intervention sehen (vgl. Lützinger & Gruber 2017, S. 14, 21). Umgekehrt fehlt es an Strukturen für „einzelfallorientierte Arbeit" (Lützinger, Gruber & Hedayat 2020, S. 610).

46 Vgl. für den – recht geringen – Zusammenhang zwischen lokalen Präventionsangeboten und der PMK Michaelis & Kemmesies 2022, S. 414.

10.2 CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Der **primärpräventive Bereich** ist somit als **gut ausgebaut** zu bezeichnen (gerade unter Berücksichtigung der Maßnahmen, die sich gegen alle Formen des Extremismus richten).[47] Die „Türöffnerfunktion" prinzipieller Gewaltbefürwortung (erkennbar an Einstellungen und frühen Gewaltstraftaten) für den Einstieg in die linksextremistische Szene bekräftigt hier die **Relevanz gewaltpräventiver Angebote** (vgl. auch Treskow & Baier 2020, S. 55; Lützinger 2020, S. 97). Ähnliches gilt für die **Polizeiarbeit**, die durch eigene Präventionsanstrengungen, Community Policing, Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote sowie vertrauensbildende Maßnahmen vor Ort dazu beitragen kann, linksextremistischer Radikalisierung vorzubeugen, aber nicht unbedingt genuiner Bestandteil der Präventionslandschaft sein muss (vgl. Lützinger & Gruber 2017, S. 24, 29f.; Treskow & Baier 2020, S. 54f.). Auch die Forschung zu individuellen Risiko- und Schutzfaktoren linksextremistischer Radikalisierung weist immer wieder darauf hin, dass die größte primärpräventive Wirkung von einer demokratieförderlichen Sozialisation und der Integration in eine intakte soziale Umwelt (Familie, Schule, Peers) ausgehen dürfte, mithin von Faktoren, die sich außerhalb bzw. zeitlich vor der Extremismusprävention konstituieren.

Dagegen sind insbesondere die **selektive und die indizierte Prävention spezifisch linksextremistischer Radikalisierung ausbaufähig**. Das ist misslich, weil rein phänomenübergreifende Angebote Gefahr laufen,

47 Vgl. zu diesem Befund auch Farinelli & Marinone 2021, S. 18.

„szenespezifische Radikalisierungsursachen aus dem Blick zu verlieren." (Kober 2019, S. 25). Die Forschung weist dabei auf verschiedene **Herausforderungen** im Bereich linkspräventiver Arbeit hin. So wird immer wieder vor der Gefahr des **Labelings** durch die Verwendung des Linksextremismusbegriffs oder das frühe **Einschalten der Sicherheitsbehörden** gewarnt (vgl. Aquilino et al. 2024, S. 4f.; Lehmann & Jukschat 2019). Die dadurch bewirkte Stigmatisierung stehe einer wirksamen Ansprache entgegen. Als besondere Herausforderung gilt zudem die in einigen Teilen der Gesellschaft verbreitete **Toleranz gegenüber Linksextremismus**, wodurch es bisweilen unter Präventionspraktiker:innen an Sensibilität für das Thema bzw. an Zugangsmöglichkeiten zur Diskussion fehlt;[48] sei es wegen der im Vergleich zu den 1970er/1980er Jahren geringeren Gewaltintensität der Szene, des geringeren Personenpotenzials im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen, der geringeren öffentlichen Sichtbarkeit der szenetypischen Gewalt oder der Nähe zu einigen der von Linksextremist:innen geteilten Werte (Farinelli & Marinone 2021, S. 11). Die geringe Sensibilität für die Gefahren eines linksextremistischen Milieus unter Fachkräften der Praxis kann dazu führen, dass Gefährdungen übersehen werden. All das unterstreicht, wie wichtig es ist, in der Gesellschaft im Allgemeinen und unter Präventionspraktiker:innen im Besonderen **für die von Linksextremismus ausgehenden Gefahren zu sensibilisieren, aufzuklären und Akzeptanz für einschlägige Präventionsprogramme herzustellen.**

Was die Erreichung der Kernzielgruppen angeht, kommt die Wissenschaft zu unterschiedlichen Befunden. Einerseits heißt es, die relative Offenheit linksextremistischer Szenen (im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen) sei eine Chance, weil so leichter „alternative Umfelder bzw. Angebote (im Sinne funktionaler Äquivalente)" (Lützinger 2020, S. 97) unterbreitet werden können. Andere Studien betonen wiederum, die Zielgruppen seien nur schwer zu erreichen (vgl. Treskow & Baier 2020, S. 56; Kober 2019, S. 26; Farinelli & Marinone 2021, S. 16). Ob die auseinandergehenden Befunde auf den konkreten untersuchten

48 Vgl. Lützinger 2020, S. 97; Treskow & Baier 2020, S. 44; Jämte & Ellefsen 2020a, S. 216; Farinelli & Marinone 2021, S. 25; Marinone et al. 2022, S. 185.

Präventionsansatz (universell, selektiv, indiziert), das Radikalisierungsstadium oder weitere Faktoren zurückzuführen sind, ist wegen fehlender Forschung unklar.

Die Erreichung der Zielgruppe stellt eine zentrale Herausforderung für selektive Prävention dar.

Die größte Herausforderung besteht allerdings darin, dass **es kaum selektive Linksextremismusprävention** und deswegen auch kaum Forschung zu selektiver Linksextremismusprävention gibt, während die Übertragbarkeit von in anderen Phänomenbereichen bewährten Präventionsansätzen auf den Linksextremismus als äußerst unwahrscheinlich gilt (vgl. Glaser, Müller & Taubert 2020, S. 474). Es ließe sich ergänzen: Auch im Bereich der **indizierten Prävention fehlt es vielfach an Praxis** – und deswegen auch an Forschung.

Es ergeben sich allerdings auch **Chancen**: So wird vielfach auf eine stärkere **Einbindung von Schulen** und den dort beschäftigten Multiplikator:innen – Lehrkräften, Psycholog:innen, Sozialarbeitenden – gedrungen, weil sich dort nahezu alle Jugendlichen erreichen lassen (vgl. Lützinger 2020, S. 101; Lützinger & Gruber 2017, S. 27; Farinelli & Marinone 2021, S. 23f.). Diese seien in einem regelstrukturellen Angebot (Schulungen und Trainings) in der beruflichen Aus- und Fortbildung so auszubilden, dass sie Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkennen und darauf angemessen reagieren können (vgl. Treskow & Baier 2020, S. 56). Die an vielen Stellen angesprochene Hilflosigkeit von Multiplikator:innen verweist zusammenfassend erstens auf die Notwendigkeit der Förderung geeigneter Strukturen an Schulen (Schulsozialarbeitende, Schulpsycholog:innen, Schulen als Treffpunkt in den Ferien, außerschulische Jugendarbeit im Hort), zweitens auf die Notwendigkeit kontinuierlicher Qualifikation (auch der Lehrkräfte) (vgl. Lützinger & Gruber 2017, S. 23, 29).

Ein Desiderat, das die gesamte Linksextremismusprävention tangiert, ist das ausgeprägte wissenschaftliche **Evaluationsdefizit** (vgl. Kober 2019; Lützinger, Gruber & Hedayat 2020, S. 614f.; Michaelis & Kemmesies 2022, S. 403). Wissenschaftliche Begleitforschung wäre aber für die Projekte selbst, die Öffentlichkeit und die Wissenschaft von größter

Relevanz. Erst durch Evaluationen können bewährte Instrumente und Ansätze, aber auch Fehlentwicklungen, ungeeignete Konzepte oder unintendierte Folgen identifiziert und optimiert werden, was ihrer Legitimitätssteigerung diente. Zudem böten öffentlich einsehbare Evaluationen Mittelgebern einen transparenten Maßstab, um bewährte Projekte fortzuführen. Und schließlich stellt das Fehlen flächendeckender Evaluation eine Hürde für die Erforschung von Linksextremismusprävention dar, die wiederum die Grundlage bieten könnte für erfolgversprechende, evidenzbasierte Ansätze.

„Wie kann auch der Beweis geführt werden, dass sich jemand ohne Teilhabe bzw. aktive Teilnahme an einem Präventionsprojekt anders entwickelt hätte."

Kritisch angemerkt wird zudem, dass existierende Evaluationen vielfach nicht die Wirksamkeit der Maßnahmen beleuchten, auch weil häufig keine klaren Präventionsziele genannt würden (vgl. statt vieler Kober 2019, S. 24). Derartiger Kritik hält die Praxis entgegen, dass die Frage nach der Effektivität von Präventionsmaßnahmen auf individueller Ebene kaum zu beantworten ist (vgl. Lützinger, Gruber & Hedayat 2020, S. 614). Auch die Aussagekraft und die Durchführbarkeit von Evaluationen werden zum Teil kritisch gesehen – etwa wegen der befürchteten Reduktion der eigenen Präventionsarbeit auf bloße Zahlen im Sinne eines Kontrollinstruments, wegen der unklaren Messung von Präventionserfolg, wegen fehlender eigener Ressourcen zur Evaluationsdurchführung oder wegen des Eindrucks von Gefälligkeitsgutachten durch Dritte (vgl. Lützinger & Gruber 2017, S. 18–20). Auch von wissenschaftlicher Seite wird das von vielen Seiten vorgebrachte Interesse an Wirkevaluationen bisweilen kritisch gesehen (vgl. etwa Möller, Buschbom & Pfeiffer 2020, S. 398–400).

Die Argumente verweisen auf einige grundlegende Herausforderungen. Für manche davon bestehen allerdings bereits Lösungsvorschläge, etwa epidemiologische Ansätze, multiperspektivische Analysen und/oder qualitative Erhebungen (vgl. Michaelis & Kemmesies 2022, S. 415; Möller, Buschbom & Pfeiffer 2020, S. 399). All dies würde jedoch elaborierte Evaluationsstudien im Sinne wissenschaftlicher Begleitforschung über einen längeren Zeitraum erforderlich machen (vgl. auch Köhler 2017; Köhler 2018).

10.3 JÜNGERE FORSCHUNGS-BEFUNDE

Die Forschung zum Ausstieg aus dem Linksextremismus ist unlängst zu einigen bemerkenswerten Einsichten gelangt, die auch für die selektive wie indizierte Prävention von Nutzen sein können. In einer Studie, die auf einer Literaturübersicht und praktischen Präventionserfahrungen in Deutschland beruht, fasste Köhler (2023a) gruppeninterne (Push-) und externe (Pull-)Ausstiegsfaktoren zusammen. Tabelle 2 gibt die wesentlichen Einsichten wieder.

Drei Erkenntnisse der Studie sind besonders aufschlussreich: Erstens trugen in allen berücksichtigten Studien vor allem Push-Faktoren zum Ausstieg bei: Linksextremist:innen werden zu einem Ausstieg aus ihrer Gruppe vor allem durch gruppeninterne Konflikte und Probleme motiviert.

Zweitens kommt die Forschung hinsichtlich der Ausstiegshürden zu unklaren Befunden: Dokumentierte ein Teil der Studien erhebliche, vor allem von der Gruppe selbst ausgehende Hindernisse (etwa die Angst vor Bestrafung durch die Gruppe), kommt ein anderer Teil zum Ergebnis, derartige Hürden bestünden praktisch überhaupt nicht (vgl. etwa Adrian, Garbers & Gerigk 2020; Berg 2017, S. 51–54; Farinelli & Marinone 2021), nach dem Motto: „Ich hab nicht gesagt: ‚Ihr seid mir zu radikal, ich hör jetzt auf', ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen" (Lützinger 2020, S. 91). Die uneinheitliche Studienlage verweist auf weiteren Forschungsbedarf – auch hinsichtlich der Konsequenzen für die Präventionsarbeit.

Die Forschung zu Ausstiegsfaktoren im Linksextremismus ist veraltet und lässt sich nicht auf die neuen Strukturen und Gruppen übertragen.

Drittens scheinen Männer stärker dazu zu neigen, sich von linksextremistischen Gruppen zu distanzieren als Frauen, für die wiederum grassierender Sexismus, Machismo und sexueller Missbrauch als geschlechtsspezifische Push-Faktoren Gründe für einen Ausstieg sein können.

Vielfach bestätigen die Befunde die Forschung zu den Ausstiegen aus anderen Phänomenbereichen (Zick 2020, S. 299f.). Allerdings ist die Studienlage im Bereich Linksextremismus äußerst dünn – sie konzentrierte sich in der Vergangenheit vor allem auf hochgradig organisierte und strukturierte Gruppierungen der 1970er bis 1990er Jahre. Die Übertragbarkeit auf heutige Gruppierungen, die vielfach stärker subkulturell geprägt sind, steht demnach infrage (vgl. Köhler 2023a, S. 2112).

TABELLE 2: FAKTOREN DES AUSSTIEGS AUS DEM LINKSEXTREMISMUS

Push-Faktoren	Pull-Faktoren	Ausstiegshürden
■ Enttäuschung über die Strategie oder die Aktionen der Gruppe, insb. mangelhafte Fähigkeiten der Gruppe und ihrer Mitglieder (z. B. defizitäre Planung von Aktionen) ■ interne Machtkämpfe und Konflikte ■ autoritäre Gruppenstruktur sowie unzureichende Solidarität und soziale Bindung in der Gruppe ■ Entfremdung von der Gruppe infolge exzessiver Gewalt und Kriminalität ■ Meinungsverschiedenheiten mit Anführer:innen und Mitgliedern ■ Mangel an moralischer Integrität (z. B. Heuchelei) ■ Unzufriedenheit mit den alltäglichen Aufgaben ■ Burnout ■ unerfüllte Erwartungen ■ Verlust von persönlichen Beziehungen	■ Schutz und Entgegenkommen durch den Staat im Fall von Verhaftung und Inhaftierung (z. B. Kronzeugenregelung) ■ Erhöhung des individuellen sozioökonomischen Status ■ positive soziale Beziehungen ■ Elternschaft	■ Positive Gruppenerfahrungen (z. B. Aufregung, Freundschaft, Kameradschaft) und hohes Maß an Integration in die Gruppe ■ Angst vor Ausgrenzung, Stigmatisierung („Verrat“) und gewalttätigen Reaktionen der Gruppe ■ drohender Verlust des Schutzes vor Feinden ■ Angst vor Inhaftierung ■ Mangel an Perspektiven außerhalb der Gruppe ■ Mangel an alternativen sozialen Netzen ■ Verlust von Lebenszielen oder Lebenssinn ■ Gefühl der Gruppenloyalität

Quelle: eigene Darstellung nach Köhler 2023a

Die dünne Forschungslage verlangt nach einer Stärkung der Analyse von linksextremistischen Gruppen-, Ausstiegs- und Deradikalisierungsprozessen. Insbesondere die Einsichten zur „Ansprachefähigkeit“ von radikalisierten Linksextremist:innen durch indizierte Präventionsangebote gehen weit auseinander. Hier wären die entsprechenden Einflussfaktoren zu identifizieren. Auch die genderspezifischen Dynamiken und Ursachen von Radikalisierung, Ausstieg und Deradikalisierung sind noch unzureichend beleuchtet, was angesichts des hohen Frauenanteils im Linksextremismus auch für die (Präventions-)Praxis ein relevantes Desiderat darstellt (vgl. Köhler 2023b; Jugl & Köhler 2023; Jugl-Kuntzsch & Köhler 2024). Schließlich gehen die Befunde dazu auseinander, welchen gruppenbezogenen Austrittsbarrieren sich potenziell Ausstiegswillige gegenübersehen. Sie reichen von „keinerlei Sanktionen“ über „Angst vor Stigmatisierung“ bis hin zu „befürchteter physischer Gewalt“. Trotz allem ließen sich nach Köhler einige Schlussfolgerungen für die Praxis ziehen (vgl. Köhler 2023a, S. 2112f.):

1) Zumindest einige Bereiche linksterroristischer Milieus dürften auf eine Konfrontation mit entschlossenen Strafverfolgungsbehörden und der Justiz in einer Weise reagieren, die zu vermehrten Ausstiegen und zur Zusammenarbeit mit den Behörden führt: Während hochradikalisierte, lang und stark eingebundene Mitglieder sich durch solch einen Ansatz wohl eher in ihrer Sache bestärkt fühlen dürften, deutet die Forschungslage darauf hin, dass „Noviz:innen“ geeignetere Zielgruppen sein könnten. Ausweislich bisheriger Erfahrungen dürfte dabei vor allem die Konfrontation mit der von der Gruppe verübten Gewalt und Kriminalität Ausstiegsüberlegungen bekräftigen (vgl. hierzu auch Zick 2020, S. 300).

2) Angesichts der augenscheinlich zwischen verschiedenen Gruppen variierenden Offenheit für indizierte Präventionsangebote sind eine zielgruppenadäquate Kommunikation und vertrauensbildende Maßnahmen Schlüsselfaktoren für gelingende indizierte Prävention.

3) Da sozioökonomische Motive zumindest in der Vergangenheit häufig einen Szeneausstieg begünstigten, spricht viel dafür, diesem

Aspekt bei Präventionsangeboten eine hohe Priorität einzuräumen und Unterstützung zu leisten – etwa beim Nachholen eines Schulabschlusses, beim Finden eines Arbeitsplatzes oder bei der Bewältigung des Familienlebens.

4) Der im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen hohe Anteil von Frauen im Linksextremismus und die im Vergleich zu Männern variierenden Beitrittsfaktoren dürften auch für die Prävention von Belang sein – dafür müssten genderspezifische Faktoren der Radikalisierung, des Ausstiegs und der Deradikalisierung allerdings auf breiterer und aktueller Datenbasis ergründet werden als bisher.

5) Als zentrale Hürde für den Ausstieg gelten eine starke soziale Integration in die Gruppe und das moralische Verpflichtungsgefühl für die Gruppenziele. Der Schwerpunkt der Ausstiegsunterstützung sollte darum darauf liegen, glaubwürdige Alternativen zu Gewalt anzubieten, um Ziele zu erreichen, die einigen der Grundanliegen von Linksextremist:innen (z. B. soziale Gerechtigkeit) nahestehen. Begleitend sollten psychotherapeutische Betreuungsangebote dabei unterstützen, die emotionalen Folgen des Ausstiegs zu bewältigen und einen Abschluss zu finden.

info

Forschungslücken:

- wissenschaftliche Begleitforschung im Sinne kontinuierlicher, transparenter prozess- und ergebnisbezogener Evaluation von universellen, selektiven und indizierten Präventionsangeboten
- Erforschung von linksextremistischen Gruppen-, Ausstiegs- und Deradikalisierungsprozessen, auch unter Berücksichtigung der Gender-Perspektive
- Erforschung der Ausstiegsbarrieren aus linksextremistischen Gruppierungen
- Erforschung der den Präventionszugang zu den Zielgruppen determinierenden Faktoren im universellen, selektiven und indizierten Bereich

11

KAPITEL

FAZIT

Die unterschiedlichen Szenen und Spektren des Linksextremismus – in Nordrhein-Westfalen wie bundesweit – haben in den vergangenen Jahren einige grundlegende Veränderungen durchlaufen und sind durch einige Besonderheiten gekennzeichnet, die sie von anderen Phänomenbereichen, mit denen sie wiederum je eigene Interaktionsdynamiken verbinden, grundlegend unterscheiden. Die nachfolgenden Punkte fassen die zentralen Einsichten in die aktuellen Trends und Charakteristika zusammen:

1) Hohe Anpassungsfähigkeit bei großer Abhängigkeit von gesellschaftlichen Protestkonjunkturen

Die verschiedenen Spektren des Linksextremismus erweisen sich als ideologisch und strategisch äußerst anpassungsfähig. Zu den jüngeren Entwicklungen gehören die Besetzung des Klimaschutz-Themas einerseits, die Palästinasolidarität andererseits. Die Folgen dieser ideologischen Ausdifferenzierung für die Bündnisfähigkeit, lagerinterne Konflikte und Handlungsmodi zeichnen sich in ersten Ansätzen ab. Deren Dauerhaftigkeit ist allerdings nicht abzusehen. Das Ausbleiben stabiler lagerübergreifender „Querfronten“ in der Vergangenheit mahnt etwa zur Skepsis, während die jüngst aktualisierten Brüche zwischen dem eher antiimperialistischen und antideutschen Lager auf eine lange Tradition blicken. Bei all dem haben Linksextremist:innen ihre Fähigkeit, mobilisierungsaffine Themen zu erkennen und zu nutzen, erfolgreich nachgewiesen. Um nicht in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken, brauchen die Akteur:innen auch diese Fähigkeit, weil sie weniger eine eigene öffentlich wahrnehmbare Agenda setzen, als vielmehr auf gesellschaftliche wie politische Konflikte und Stimmungen reagieren.

2) Organisatorische Volatilität

In die szeneinterne ideologische, strategische und organisatorische Ausdifferenzierung fällt auch das Aufkommen stets neuer Abspaltungen, Neugründungen und Fusionen. Einige der Gruppierungen entwickeln einen dauerhaften Charakter, einigen ist nur eine kurze Halbwertszeit vergönnt. Jüngster Ausfluss dieser organisatorischen Volatilität ist das Aufkommen bundesweiter, auch in Nordrhein-Westfalen aktiver, orthodox-kommunistischer Kleingruppen, die hinsichtlich

ihres ideologischen Dogmatismus und ihrer Sozialstruktur Parallelen zu den K-Gruppen der 1970er Jahre aufweisen. Auch die weitere Zukunft der beiden postautonomen Gruppierungen uG und IL ist kaum vorhersehbar. Sie scheinen ihre Hochphase bereits hinter sich zu haben. EG als Produkt von IL hat deren Einflussbereich längst verlassen und sie an Einfluss wohl auch überflügelt. Die Konkurrenzintensität in den verschiedenen linksextremistischen Soziotopen ist darum beträchtlich und wird bisweilen nur von der Regionalität der Aktionsschwerpunkte gemildert.

3) Multiple Entgrenzungsbestrebungen bei unklarem Entgrenzungserfolg

Eine der anhaltend problematischen Herausforderungen der demokratischen Zivilgesellschaft stellen Entgrenzungsversuche von Linksextremist:innen dar. Deren Treiben in Medien, Politik und Zivilgesellschaft entfaltet kaum akute Wirkungen, unterminiert aber langfristig den Cordon sanitaire, der von Wissenschaft und Sicherheitsbehörden immer wieder als Ausweis demokratischer Stabilität beschworen wird. Schon eine bloß kursorische Recherche nach Belegen für eine Entgrenzung des Linksextremismus stößt rasch auf entsprechende Indizien. Zur Wahrheit gehört aber auch: Mangels methodisch ausreichend belastbarer Instrumente und systematischer Analysen beruhen bisherige Erkenntnisse über Versuche und Gelingen einer (linken) extremistischen Entgrenzung auf anekdotischer Evidenz.

4) Im Internet: Propaganda, Mobilisierung, Outing, aber keine Rekrutierung (?)

Zwar ist bekannt, dass Linksextremist:innen einschlägige Foren und Websites etwa für Propaganda, Outings und Taterklärungen nutzen (in Deutschland allen voran de.indymedia.org), die darüber hinausgehenden Nutzungsformen digitaler Angebote liegen mangels Forschung aber weitgehend im Dunkeln, anders als beim Rechtsextremismus und Islamismus. Dabei sind Unterschiede zwischen den Phänomenbereichen augenfällig: das Fehlen einflussreicher Influencer:innen, die (augenscheinlich) geringe Rolle von Imageboards und Online-Gaming, die geringere Bedeutung sozialer Medien und das Fehlen

anschlussfähiger und eigener Online-Subkulturen etwa. Die Funktionen verschiedener digitaler Formate für Radikalisierung, Rekrutierung und Mobilisierung liegen – nicht zuletzt wegen des klandestinen Verhaltens der Szene – weithin im Dunkeln.

5) Volatile Gewalt, hauptsächlich gegen Polizei und Rechtsextremist:innen

Linksextremistische Gewalt richtet sich hauptsächlich gegen (tatsächliche wie vermeintliche) Rechtsextremist:innen und gegen Vertreter:innen der staatlichen Sicherheitsbehörden; sie entfaltet sich meist als Gewalt aus der Distanz in der größeren Masse im Demonstrationsgeschehen und wird wohl mehrheitlich von jungen Männern verübt. Gleichwohl werden jedenfalls bei Teilen des Linksextremismus ein Bedeutungsgewinn, eine zunehmende Intensität und eine stärkere Personalisierung klandestiner Gewalt beobachtet, gerade im Bereich „Antifaschismus". Es handelt sich nicht um ein flächendeckendes, wohl aber anhaltendes Phänomen. Abgesehen davon spiegelt das Auf und Ab der Gewaltstatistiken den generellen Aktivitätsgrad und die Mobilisierungsfähigkeit in Reaktion auf generelle gesellschaftliche Entwicklungen wider: Es gibt mehr (Gewalt-)Straftaten, wenn es mehr linksextremistische Mobilisierung gibt. Und mehr linksextremistische Mobilisierung gibt es, wenn es eine anschlussfähige gesellschaftliche Proteststimmung (etwa gegen die Klimakrise, den Aufstieg der AfD) gibt.

6) Der Staat als Referenzpunkt

Die Bedeutung des Staates für Linksextremist:innen ist kaum zu überschätzen. Er stellt ein zentrales Feindbild und Aktionsfeld („Antirepression") dar. Und mit ihm geraten Linksextremist:innen regelmäßig in Kontakt, etwa bei Demonstrationen. Dabei wird von der Forschung immer wieder darauf hingewiesen, welch großen Einfluss polizeiliche Strategien, Taktiken und Maßnahmen auf Verlauf und Ende von Protesten unter Beteiligung von Linksextremist:innen haben. Gewarnt wird wegen der Gefahr der Radikalisierung des Protestgeschehens vor übertriebener Härte, vor undifferenzierten Maßnahmen und unzureichender Kommunikation. Auf empirischer Ebene sind die Effekte konkreter

polizeilicher Maßnahmen auf Handlungsstrategien und Gewaltlegitimationen von Linksextremist:innen in jüngerer Vergangenheit allerdings untererforscht. Das Gleiche gilt spiegelbildlich für Maßnahmen der „sanften Repression", zu denen u. a. die Arbeit des Verfassungsschutzes zählt. Mehrheitlich entsteht bei entsprechenden Akten der „sanften Repression" der Eindruck eines übergreifenden Solidarisierungseffekts, wenn linksextremistische Akteur:innen das Narrativ prägen können, der Staat wolle sie (z. B. durch Nennung im Verfassungsschutzbericht, den Entzug der Gemeinnützigkeit oder eine Verbotsdiskussion) marginalisieren. Eine systematische Erforschung der Folgen „sanfter Repression" für die beteiligten Personen, die Organisationen und die sie umgebenden sozialen Umfelder steht im Bereich Linksextremismus allerdings ebenso noch aus wie die Ableitung entsprechend alternativer Reaktionsformen für die Praxis.

7) Radikalisierung in Gruppen

Die Forschung zu linksextremistischer Radikalisierung hat zwar unlängst größere Fortschritte erzielen können, ist aber im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen nach wie vor als lückenhaft zu bezeichnen. Die wenigen empirischen Studien legen ein Zusammenspiel aus individuellen Schutz- und Risikofaktoren für Radikalisierung nahe. Der typische radikalisierte Linksextremist hat demnach einen höheren formalen Bildungsabschluss, befindet sich im jugendlichen Alter, weist defizitäre soziale Beziehungen im Privatleben, psychische Auffälligkeiten, Probleme mit kritischen Lebensereignissen und eine kriminelle Vorgeschichte, zudem ein verstärktes Maß an Autoritarismus und sozialer Dominanzorientierung auf. Seine Mitgliedschaft in einer linksextremistischen Clique geht auf seine aktive Suche nach Zugehörigkeit und nach Signifikanz zurück. In der Gruppe nimmt er Stück für Stück deren Normen, Werte und Ideologie, gemeinsame Verhaltens- wie Kommunikationsregeln an. Sein Verhältnis zu politischer Gewalt ist geprägt von der sozialen Dynamik innerhalb der Gruppe wie auch von deren Identität, in deren Mittelpunkt die Abgrenzung zum „System" und die eigene Militanz stehen.

8) Prävention in den Kinderschuhen

Die Präventionslandschaft im Bereich Linksextremismus hat einige Stärken, vor allem aber Schwächen. Das gilt für Deutschland im Allgemeinen, für Nordrhein-Westfalen im Besonderen. Zu den Stärken gehört die Angebotsvielfalt im Bereich der universellen Prävention, in der die Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen, Gewaltprävention sowie die allgemeine Sensibilisierung für Linksextremismus im Vordergrund stehen. Größere Defizite hingegen bestehen bei der selektiven und indizierten Prävention. Das Hauptproblem liegt der Forschung zufolge darin, dass es kaum Angebote gibt, die phänomenspezifische Prävention betreiben. Nicht weniger schwer wiegt das Evaluationsdefizit: Wegen vielfach fehlender öffentlich einsehbarer Evaluationen, die zudem nur selten auf die präventiven Effekte der einschlägigen Angebote eingehen, sind die Möglichkeiten zur fachlichen Optimierung, Legitimitätssteigerung, wissenschaftlichen Erforschung und an transparenten Maßstäben erfolgenden finanziellen Förderung von Linksextremismusprävention stark limitiert.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Phänomenspezifische Linksextremismusprävention steht vor einer Reihe von Zugangshürden, von denen die Prävention anderer Extremismusformen nur in geringerem Maße betroffen zu sein scheint:

- die verbreitete Stigmatisierungsgefahr als Zugangshemmnis (Label „Linksextremismus“),
- die partiell geringe Sensibilität für die von Linksextremismus ausgehenden Gefahren in Teilen der Gesellschaft,
- teilweise grundsätzliche Vorbehalte gegenüber Linksextremismuspräventionsprojekten bei Multiplikator:innen,
- die Kooperationsverweigerung bei Betroffenen.

Die wenigen verfügbaren aktuellen Studien zum Ausstieg aus linksextremistischen Szenen verweisen auf die starke Bedeutung von Push-Faktoren, die das Individuum aus der Gruppe heraustreiben. Gehen die Befunde bei der grundsätzlichen „Ansprachefähigkeit“ und der Wirkung von gruppeninternen Austrittsbarrieren auseinander, weisen die Studien bei anderen Faktoren in eine einheitliche Richtung (zentrale Rolle der sozialen Integration in die Gruppe, Bedeutsamkeit vertrauensbildender Maßnahmen, Förderung sozioökonomischer Austrittsmotive). Bei wiederum anderen ist der Wissensstand höchst lückenhaft: etwa bei genderspezifischen (De-)Radikalisierungs- und Ausstiegsfaktoren.

Grundsätzlich ist der Forschungsbedarf im Bereich der Prävention vergleichbar hoch wie bei anderen Aspekten des Phänomenbereichs. Und wie bei den anderen Bereichen haben die wissenschaftlichen Leerstellen Konsequenzen nicht nur für die Sozialforschung selbst, sondern auch für die Praxis.

12

KAPITEL

EMPFEHLUNGEN

Wer sich mit der Forschung zu den verschiedenen Facetten des Linksextremismus auseinandersetzt, dem ist die Klage über ein eklatantes Forschungsdefizit vertraut. Nun gehört die Forderung nach weiterer Forschung zum wissenschaftlichen Selbstverständnis, die Forschungsdesiderate beim Linksextremismus springen aber ins Auge, wenn die wissenschaftliche Publikationstätigkeit – und auch die Präventionsangebote – auf diesem Gebiet mit denen zum Rechtsextremismus oder Islamismus verglichen werden. Welche weiteren Empfehlungen für Fördergeber und Präventionspraxis lassen sich aus den jüngeren Entwicklungsdynamiken ableiten, wo liegen die größten Forschungsdefizite?

12.1 FORSCHUNG

Die Forschungsdesiderate im Bereich Linksextremismus sind nach wie vor Legion, auch wenn hier – im Vergleich zur Rechtsextremismus- und Islamismusforschung – der einst eklatante Kenntnisrückstand geschrumpft ist. Defizite bestehen im qualitativen wie quantitativen Bereich der Grundlagenforschung (z. B. Radikalisierung, Co-Radikalisierung, internationale Vergleichsstudien zu linksextremistischen Szenen, ideologische wie strategische Dynamiken), im Bereich des Monitorings sozialer, ideologischer, strategischer und organisatorischer Entwicklungen im Linksextremismus (z. B. Gewaltspiralen und eskalationen, Protestdynamiken, Kampagnen, Zusammensetzung und Interaktionsdynamiken des Phänomenbereichs) und der wissenschaftlichen Begleitevaluation von Linksextremismusprävention. Folgende Desiderate werden von verschiedenen Stellen jüngst primär beklagt:

- **Erforschung von Radikalisierungsprozessen:** Entwicklung und empirische Prüfung differenzierter, ganzheitlicher Radikalisierungsmodelle für Individuen, Gruppen und Szenen unter Einbeziehung von Gender-Perspektiven und verschiedenen Radikalisierungs-Outcomes

- **Digitalisierung und Kommunikation:** Erforschung der Online-Aktivitäten von linksextremistischen Akteur:innen und der Rolle unterschiedlicher digitaler Medien bei Rekrutierung, Mobilisierung, Radikalisierung sowie Gewaltplanung und -ausübung, auch im Vergleich zu anderen Extremismusformen

- **Soziale Dynamiken, Gruppenmechanismen und Ausstiegsprozesse in linksextremistischen Milieus:** Studien zu Zugehörigkeiten, Gruppennormen, sozialer Kontrolle und moralischer

Verpflichtung innerhalb linksextremistischer Gruppen, Ausstiegsbarrieren und der Bedeutung von Gruppenzugehörigkeit sowie der moralischen Verpflichtung gegenüber Gruppenzielen

- **Netzwerkanalysen:** Analyse phänomenspezifischer und -übergreifender Kooperationen und Beziehungen im lokalen, regionalen, bundesweiten und transnationalen Raum

- **Begleitforschung und Evaluation:** Einrichtung kontinuierlicher, transparenter Evaluationen aller Präventionsformen (universell, selektiv, indiziert)

- **gesellschaftliche Wahrnehmung von Linksextremismus:** Analyse der Ausbreitung der Akzeptanz von Linksextremismus in verschiedenen Bereichen (Politik, Medien, Zivilgesellschaft etc.) und deren Auswirkungen auf Präventionsbereitschaft und -wirkung

- **Rezeption und Wirkung staatlicher Maßnahmen:** Untersuchung der Effekte von Repression, polizeilicher Taktik und Labeling auf Radikalisierung und Mobilisierung

- **Erhebung zur Wirkung staatlicher Stigmatisierung:** systematische Forschung zu den sozialen und psychologischen Folgen der (staatlichen) Markierung als „linksextremistisch“

- **Ursachen, Dynamiken und Konsequenzen der Co-Radikalisierung:** Untersuchung der wechselseitigen Radikalisierung von Linksextremismus und Rechtsextremismus sowie ggf. anderen Phänomenbereichen

- **Gewalt-Monitoring:** Erforschung linksextremistischer (Gewalt-) Straftaten im Längsschnitt in quantitativer und qualitativer (z. B. Deliktqualität und sonstige Tatumstände) Hinsicht inkl. Täterforschung und transparenter Gefahrenanalyse

- **Internationale Vergleichsstudien:** Untersuchung der Einflüsse transnationaler Netzwerke auf lokale Radikalisierungsdynamiken

12.2 FÖRDERGEBER

Da sowohl die Erforschung als auch die Prävention von Linksextremismus im Vergleich zu anderen extremistischen Phänomenbereichen als relativ schwach entwickelt gelten, wäre die Förderung von Maßnahmen, die diesen Defiziten entgegenwirken, wünschenswert. Neben der Förderung einzelner wissenschaftlicher Projekte und Präventionsmaßnahmen (s. u.) im Themengebiet wäre wegen weithin fehlender struktureller Verankerung und Vernetzung der Linksextremismusforschung ganz grundsätzlich auch an eine Förderung institutionalisierter und vernetzter Forschung etwa in Gestalt von Forschungsstellen und -zentren, Instituten, Wissensallianzen, Forschungsverbünden und Kompetenzzentren zu denken, die der Kompetenzbündelung und der interdisziplinären Plattformbildung dienen. So gibt es im Bereich der Rechtsextremismusforschung einen großen – und wachsenden – Bestand an Institutionen und Verbünden, die sich dem Thema widmen,[49] im Bereich Linksextremismusforschung aber kaum.[50]

- **Förderung phänomenspezifischer (Grundlagen-)Forschung:** spezifische, langfristige Mittelvergabe für Forschung zu Linksextremismus, insbesondere in unterbelichteten Bereichen wie Gender, Gruppenmechanismen, ideologischen, organisatorischen wie strategischen Dynamiken und digitalen Strategien (s. o.)

---

49 Z. B.: Institut für Rechtsextremismusforschung (Universität Tübingen), Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung (Universität Leipzig), Else-Frenkel-Brunswik-Institut (Universität Leipzig), Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Jena), Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Universität Bielefeld), Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung, Verbund der Forschungszentren für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung.

50 Die Bundesfachstelle Linke Militanz wird mit dem Ende der zweiten Förderperiode von „Demokratie leben!“ nicht weitergeführt.

- **Förderung dezentraler Praxis-Forschungs-Kooperation:** Aufbau regionaler Forschungs- und Praxisnetzwerke zur Kontextualisierung von Präventionsmaßnahmen

- **Mittelbindung an Präventionsevaluation:** Fördergelder sollten an öffentlich einsehbare Evaluationen gekoppelt werden, um fachliche Optimierung, Legitimierung, wissenschaftliche Erforschung und Weiterförderung aufgrund transparenter Maßstäbe zu ermöglichen

- **Stärkung selektiver und indizierter Präventionsangebote:** gezielte Finanzierung von Maßnahmen, die über die allgemeine Demokratieförderung und phänomenunspezifische Extremismusprävention hinausgehen und sich an gefährdete oder bereits radikalisierte Personen richten und dabei den Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen herstellen können

- **Sicherstellen von Anschlussförderung:** Verstetigung erfolgreicher Präventionsprojekte durch langfristige Finanzierungsperspektiven und auf Grundlage einschlägiger Evaluation

- **Förderung niedrigschwelliger Ansprache- und Unterstützungsangebote:** besonders an Schulen, Jugendzentren und bei zivilgesellschaftlichen Trägern

12.3 PRÄVENTION

Die Präventionslandschaft ist im Vergleich zu anderen Phänomenbereichen schwach ausgebildet. Gerade im Bereich der phänomenspezifischen, selektiven und indizierten Prävention besteht Nachholbedarf. Das Erreichen der entsprechenden Zielgruppen stellt dabei eine zentrale Hürde dar. Durch wissenschaftliche Evaluationen begleitet, die Best-Practice-Ansätze eruieren, bestünde hier die Möglichkeit, die Präventionsarbeit kontinuierlich zu optimieren. Folgende Empfehlungen ergeben sich im Einzelnen aus bereits identifizierten Defiziten der gegenwärtigen Prävention und der Präventionsforschung (vgl. auch Farinelli & Marinone 2021, S. 27, 29, 31):

- **Stärkung von Multiplikator:innen und Bildungseinrichtungen als Akteur:innen der Prävention:** Förderung strukturierter Angebote wie Schulpsycholog:innen, Ferienbetreuung und außerschulischer Jugendarbeit; Ausbau von Schulungsprogrammen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeitende und andere pädagogische Fachkräfte, um phänomenspezifische Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und adäquat zu reagieren

- **Stärkung der Einzelfallarbeit:** flächendeckende Strukturen für direkte Beratung und Begleitung vulnerabler Jugendlicher in kritischen Phasen (z. B. nach Schulabbrüchen oder Verhaftungen) schaffen

- **Handlungshilfen für das soziale Umfeld:** Entwicklung und Verbreitung praxisrelevanter und erprobter Materialien für Multiplikator:innen, Eltern und Jugendbetreuende zum Umgang mit linksextremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen

- **Verbesserung der Sichtbarkeit und Akzeptanz von Präventionsarbeit:** Entstigmatisierung des Linksextremismusbegriffs bzw. Verwendung alternativer Begriffe, um Hürden bei der Ansprache von Zielgruppen abzubauen und das Vertrauen in Maßnahmen zu stärken

- **Zugang zu Zielgruppen schaffen/verbessern:** forschungsgeleitete Entwicklung von Zugangsstrategien für schwer erreichbare Gruppen im Szenekontext

- **Aufbau zielgruppenspezifischer Angebote:** Entwicklung von Formaten, die auf spezifisch linksextremistische Ideologieelemente, Szenestrukturen und Akteursrollen zugeschnitten sind – unter Einbezug alternativer Identifikationsangebote und Exit-Strategien

- **gendersensible Prävention:** Entwicklung genderspezifischer Präventions- und Ausstiegsprogramme unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rollen und Motivlagen

- **Berücksichtigung sozioökonomischer Faktoren:** Unterstützung bei Schulabschluss, beruflicher Integration und beim Aufbau stabiler sozialer Beziehungen als flankierende Maßnahmen zum Ausstieg aus linksextremistischen Milieus

- **Vertrauensbildung und Schaffung alternativer Lebensentwürfe:** Aufbau glaubwürdiger, nicht-extremistischer Bezugsgruppen und Identifikationsangebote

- **wissenschaftliche Begleitevaluation:** kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung, um Best-Practice-Ansätze identifizieren und dergestalt die Präventionsarbeit optimieren zu können

Ganz grundsätzlich steht die wissenschaftliche, sicherheitsbehördliche und präventive Beschäftigung mit Linksextremismus vor einer Reihe von Herausforderungen, die auch immer wieder von empirischen Studien angeführt werden und in ihrer Kombination einzigartig für den Phänomenbereich sind: die z. T. gering ausgeprägte Sensibilität in der Gesellschaft im Allgemeinen, in der Präventionspraxis im Besonderen für die von Linksextremismus ausgehende Gefahr, die Akzeptanz einiger im Linksextremismus vorherrschender Grundpositionen in Teilen der Gesellschaft (z. B. Gleichheit, Solidarität, Kapitalismuskritik), die beträchtliche Explorations- und Kooperationsverweigerung der Szene. Aufklärung über und Sensibilisierung für verschiedene linksextremistische Herausforderungen können von Wissenschaft, Fördergebern und Präventionsakteur:innen allerdings nicht in ausreichendem Maße geleistet werden. Hier sind Politik, Schule und politische Bildung gefragt.

ABKÜRZUNGS-VERZEICHNIS

AfD	Alternative für Deutschland
AgR	Aufstehen gegen Rassismus!
AKL	Antikapitalistische Linke
A.L.I.	Antifaschistische Linke International (Göttingen)
BDS	Boycott, Divestment, and Sanctions
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BKA	Bundeskriminalamt
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CFF	Change for Future (antikapitalistische Plattform innerhalb von FFF)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EG	Ende Gelände
EPA	Extremismusprävention satlas
FFF	Fridays for Future
GAFFA	Guerilla Activists Fighting For Anarchy
GAM	Gruppe ArbeiterInnenmacht (trotzkistisch)
IL	Interventionistische Linke
IM NRW	Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen
KAB	Komando Angry Birds
KO	Kommunistische Organisation
KPF	Kommunistische Plattform
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz

MLKP	Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (türk. Linksextremismus)
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
RAF	Rote Armee Fraktion
REVO	Revolution (der GAM nahestehende Jugendorganisation)
RH	Rote Hilfe e. V.
RZ	Revolutionäre Zellen
R.O.S.A.	Revolutionäre Organisation für einen Sozialistischen Aufbruch
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (Jugendorganisation der DKP)
SL	Sozialistische Linke
uG	... ums Ganze!
ZimT	Zucker im Tank

QUELLEN- UND LITERATUR-VERZEICHNIS

Quellen

AGUA DE PAU (2014, 5. März). *Vulkangruppe Tesla abschalten!: Anschlag auf Stromversorgung*. de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/node/344525 (zuletzt gelesen am 28. Januar 2025).

albu/boot/felt (2024, 30. Juni). *28 Beamte durch Demonstranten verletzt – Polizei fahndet mit Fotos*. Rheinische Post. https://rp-online.de/nrw/panorama/afd-parteitag-in-essen-28-beamte-verletzt-polizei-fahndet-mit-fotos_aid-115325011 (zuletzt gelesen am 14. Mai 2025).

A.L.I., Antifaschistische Linke International (2014, im Dezember). Antifa heißt Weitermachen. Von der Notwendigkeit des Antifa-Ansatzes. Inventati. https://www.inventati.org/ali/index.php/ueber-uns.html?id=1986:antifaschismus-als-hauptansatzpunkt (zuletzt gelesen am 19. September 2025).

A.L.I., Antifaschistische Linke International (2021, im Dezember). *Die A.L.I. trennt sich – unser Neustart im Jahr 2021*. Inventati. https://www.inventati.org/ali/pictures/2021/Neustart/Neustart.pdf (zuletzt gelesen am 14. April 2025).

Arps, Jan Ole, & Lene Kempe (2022, 16. August). *Wo sind die Revolutionär*innen?* Analyse & Kritik. https://www.akweb.de/ausgaben/684/streit-in-der-interventionistischen-linken-wo-sind-die-revolutionaer-innen/ (zuletzt gelesen am 14. April 2025).

AgR, Aufstehen gegen Rassismus! (o. J.). *Erklärung zur Nennung von Aufstehen gegen Rassismus in Verfassungsschutzberichten*. Aufstehen gegen Rassismus. https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktuelles/erklaerung-zur-nennung-von-aufstehen-gegen-rassismus-in-verfassungsschutzberichten/ (zuletzt gelesen am 4. April 2025).

Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg (2022). *Verfassungsschutzbericht 2021*. Hamburg.

Bueb, Rahel, & Christina Zühlke (2024, 25. April). *Wie gefährlich ist die Vulkangruppe*. ZDF. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/vulkangruppe-linksextremismus-tesla-100.html (zuletzt gelesen am 22. Januar 2025).

BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2024). *Lagebild Antisemitismus 2022/23*. Köln. https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/allgemein/2024-05-lagebild-antisemitismus.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (zuletzt gelesen am 25. März 2025).

BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2025). *Glossar: Extremismus*. https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678586 (zuletzt gelesen am 14. Januar 2025).

BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2020, 22. Juli). *Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus. Analyse*. Innenministerkonferenz. https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2020-06-17_19/analyse.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt gelesen am 13. Mai 2025).

BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2021, 21. April). *Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus. Analyse (Fortschreibung 2)*. Innenministerkonferenz. https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/20210616-18/analyse.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt gelesen am 13. Mai 2025).

BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2024). *Palästinasolidarität im dogmatischen Linksextremismus*. Verfassungsschutz. https://www.ver-

fassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/linksextremismus/palaestina-solidaritaet-im-dogmatischen-linksextremismus.html (zuletzt gelesen am 1. April 2025).

BfV, Bundesamt für Verfassungsschutz (2025), *Glossar. Extremismus*. https://www.verfassungsschutz.de/DE/service/glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=678586 (zuletzt gelesen am 10. Juni 2025).

BKA, Bundeskriminalamt (2023, 17. Oktober). *Themenfeldkatalog zur Kriminaltaktischen Anfrage in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KTA-PMK)*. https://polizei.thueringen.de/fileadmin/tlka/statistik/PMK/Anlage_06_Themenfeldkatalog_zur_KTA-PMK.pdf (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

BKA, Bundeskriminalamt (2024, 26. November). *Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/definitionssystem-pmk.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

BKA, Bundeskriminalamt (2025a). *Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -links-*. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKlinks/PMKlinks_node.html (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

BKA, Bundeskriminalamt (2025b). *Extremismusprävention satlas*. https://www.handbuch-extremismuspraevention.de/HEX/DE/Angebote/Angebote_suchen/angebote_suchen_node.html (zuletzt gelesen am 4. Juni 2025)

BMI, Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.) (2015). *Verfassungsschutzbericht 2014*. Berlin.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und für Heimat (2017). *Fragen und Antworten zum Verbot gegen „linksunten.indymedia“*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2017/vereinsverbot-fragen-und-antworten.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (zuletzt gelesen am 4. April 2025).

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und für Heimat (Hg.) (2019). *Verfassungsschutzbericht 2018*. Berlin.

BMI, Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.) (2023). *Verfassungsschutzbericht 2022*. Berlin.

BMI, Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hg.) (2024). *Verfassungsschutzbericht 2023*. Berlin.

BMI, Bundesministerium des Innern (Hg.) (2025). *Verfassungsschutzbericht 2024*. Berlin.

Bundesverfassungsgericht (2005). *Beschluss vom 24.05.2005 – 1 BvR 1072/01*. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2005/05/rs20050524_1bvr107201.html (zuletzt gelesen am 20.8.2025).

Burghardt, Peter (2020, 22. Mai). *Antikapitalistin wird Verfassungsrichterin*. Süddeutsche Zeitung. https://www.sueddeutsche.de/politik/meckenburg-vorpommern-verfassungsgericht-barbara-borchardt-1.4913932 (zuletzt gelesen am 4. April 2025).

Correctiv/dpa/AFP (2024, 18. Januar). *AfD-Mitarbeiter soll Schläger auf Kronzeugen im Fall „Lina E." angesetzt haben*. Mitteldeutscher Rundfunk. https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/correctiv-potsdam-treffen-afd-mitarbeiter-gewaltbereit-lina-e-100.html (zuletzt gelesen am 31. März 2025).

Denegro, Marcos, & Anarchistische Föderation Berlin (afb) (2014). *Anarchistisches Wörterbuch. Eine Orientierungshilfe durch den Begriffsdschungel anarchistischer und emanzipatorischer Bewegungen*. Münster.

Deutsche Kommunistische Partei (2023, 9. Oktober). *Kriminelle Besatzungspolitik ist Ursache – eine politische Lösung ist notwendig. Erklärung der DKP zur Eskalation der Gewalt zwischen Israel und Palästina*. uz blog. https://www.unsere-zeit.de/kriminelle-besatzungspolitik-ist-ursache-eine-politische-loesung-ist-notwendig-4784352/ (zuletzt gelesen am 25. März 2025).

dpa Hamburg/Schleswig-Holstein (2024, 17. August). *Verfassungsschutz: Linksextreme nutzen Pro-Palästina-Camp*. https://www.zeit.de/news/2024-08/17/verfassungsschutz-linksextreme-nutzen-pro-palaestina-camp (zuletzt gelesen am 10. Juni 2025).

EG, Ende Gelände (2024, 17. Juli). *Ende Gelände ist Teil der Klimabewegung: Gegen die Kriminalisierung legitimen Protests!* WeAct Campact. https://weact.campact.de/s/erstunterzeichnerinnen-der-weact-petition-ende-gelande-ist-teil-der-klimabewegung-gegen-die-kriminalisierung-legitimen-protests (zuletzt gelesen am 7. Mai 2025).

Europol (2020). *European Union Terrorism Situation and Trend Report 2020*. https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/european_union_terrorism_situation_and_trend_report_tesat_2020_0.pdf (zuletzt gelesen am 6. Mai 2025).

Europol (2024). *European Union Terrorism Situation and Trend Report 2024*. https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/TE-SAT%202024.pdf (zuletzt gelesen am 6. Mai 2025).

Ermagan, Ninve (2023, 22. Dezember). *„Viele Juden haben Angst": Uni in der Kritik*. ZDF. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/antisemitismus-freie-universitaet-berlin-gaza-krieg-juden-studenten-100.html (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Ermagan, Ninve (2024, 8. März). *Butler über Hamas: „Bewaffneter Widerstand"*. ZDF. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/us-feministin-judith-butler-terror-hamas-israel-100.html (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Fraktion Die Linke im Bundestag (2019, 26. September). *Martina Renner, DIE LINKE: Danke, Antifa!* https://www.youtube.com/watch?v=XsiK68TWHzA (zuletzt gesehen am 4. April 2025).

Grosfoguel, Ramón (2024). Gaza: The Warsaw Ghetto of the 21st Century. *The Long View, 6*(1), 7–9. https://www.ihrc.org.uk/gaza-the-warsaw-ghetto-of-the-21st-century/

Grüne Jugend Berlin (2020, 22. September*). Linke Freiräume erhalten – Räumungen verhindern!* Grüne Jugend Berlin. https://gj-berlin.de/2020/linke-freiraeume-erhalten-raeumungen-verhindern/ (zuletzt gelesen am 29. April 2025).

Guerilla Activists Fighting For Anarchy (2022, 7. Dezember). *Aufschlag: Die grenzen des ertragbaren. Wenn pazifismus gewalt wird. GAFFA stellt sich vor*. de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/node/242673 (zuletzt gelesen am 23. Januar 2025).

IL, Interventionistische Linke (2006, 14. September). *Offener Prozess. Ein Gespräch mit der Interventionistischen Linken*. https://interventionistische-linke.org/beitrag/offener-prozess (zuletzt gelesen am 7. April 2025).

IL, Interventionistische Linke (2014, 11. Oktober). *IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier*. https://interventionistische-linke.org/print/book/export/html/153 (zuletzt gelesen am 23. Januar 2025).

IL, Interventionistische Linke (2018). *INTRO-Seminar: Hegemonie*. https://interventionistische-linke.org/termin/intro-seminar-hegemonie (zuletzt gelesen am 7. April 2025).

IL, Interventionistische Linke (2024). *Gegenmacht aufbauen, Gelegenheiten ergreifen. IL im Umbruch (Zwischenstandspapier #2)*. https://interventionistische-linke.org/sites/default/files/il_zwischenstand_2024_interaktiv.pdf (zuletzt gelesen am 23. Januar 2025).

IM NRW, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2020). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2019*. Düsseldorf.

IM NRW, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2021). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2020*. Düsseldorf.

IM NRW, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2022). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2021*. Düsseldorf.

IM NRW, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2023). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2022*. Düsseldorf.

IM NRW, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2024). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2023*. Düsseldorf.

IM NRW, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2025). *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2024*. Düsseldorf.

Jugendmigrationsdienste (2024). *Reden bringt Respekt. Erkenntnisse aus dem Bundesprogramm Respekt Coaches.* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. https://www.bmfsfj.de/resource/blob/253314/5b705e04415e55be4bb301c28ad18b31/lass-uns-reden-reden-bringt-respekt-bundesprogramm-respekt-coaches-data.pdf (zuletzt gelesen am 4. Juni 2025).

Kaczynski, Theodore (2023). *Das Unabomber Manifest. „Die industrielle Gesellschaft und ihre Zukunft"*. Rotterdam.

Kehlbach, Christoph, & Michael-Matthias Nordhardt (2022, 6. April). *Vom NSU bis zum Anschlag in Hanau*. Tagesschau. https://www.tagesschau.de/inland/chronologie-rechter-terror-101.html (zuletzt gelesen am 28. März 2025).

Kipka-Anton, Daniel (2024, 16. Oktober). *Die Ökonomie von Besatzung und Genozid*. Marx21. https://www.marx21.de/die-oekonomie-von-besatzung-und-genozid/ (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Klenner, Stephan (2025, 3. April). *Wenn Abgeordnete Linksextremen helfen*. Frankfurter Allgemeine Zeitung. https://www.faz.net/einspruch/rote-hilfe-wenn-abgeordnete-linksextremen-helfen-110395240.html (Bezahlschranke).

Komitee gegen das Verbot von Palästina Solidarität Duisburg (2024, 24. Juli). *Solidaritätserklärungen und aktionen*. https://www.psdu-verbot.info/blog/solidaritatserklarungenundaktionen (zuletzt gelesen am 16. Juni 2025).

Kommando Angry Birds (2025a, 25. Januar). *SWITCH OFF Deutsche Bahn – Bekennerschreiben Nr. 4*. de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/node/486019 (zuletzt gelesen am 6. Februar 2025).

Kommando Angry Birds (2025b, 31. Juli). *Bahnsabotage – Bekennerschreiben Nr. 6*. de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/node/529178 (zuletzt gelesen am 16. September 2025).

Kommando Angry Birds (2026, 5. Januar). *Move Fast and Break Things. Perspektive und Organisation von Sabotagenetzwerken*. de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/sites/default/files/2026/01/MFBT.pdf (zuletzt gelesen am 12. Januar 2026).

Kommunistische Organisation (2023a, 15. Oktober). *Resolution des Kommunismus Kongresses 2023/Communism Congress 2023*. Kommunistische Organisation. https://kommunistische-organisation.de/kommunismus-kongress/resolution-des-kommunismus-kongress-2023-communism-congress-resolution-2023/ (zuletzt gelesen am 25. März 2025).

Kommunistische Organisation (2023b, 12. Oktober). *Steht auf gegen das Verbot von Samidoun! Schande über den Verrat der „Roten Hilfe“.* https://kommunistische-organisation.de/artikel/steht-auf-gegen-das-verbot-von-samidoun-schande-ueber-den-verrat-der-roten-hilfe-stand-up-against-the-ban-on-samidoun-shame-on-the-betrayal-of-red-aid/ (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Lagmöller, Alena (2025, 6. Februar). *BGH prüft Urteil gegen Lina E*. Tagesschau. https://www.tagesschau.de/inland/lina-e-bundesgerichtshof-100.html (zuletzt gelesen am 28. März 2025).

LfV, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2024, 1. März). *Linksextremistische Szene versucht die aktuellen Proteste „gegen rechts“ zu beeinflussen*. https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite/Meldungen+und+Archiv/Linksextremistische+Einflussnahme+auf+Demonstrationen (zuletzt gelesen am 1. April 2025).

Leber, Sebastian (2014, 24. *Januar). Chaoten oder Heilsbringer?: Danke, liebe Antifa!* Tagesspiegel. https://www.tagesspiegel.de/berlin/danke-liebe-antifa-6642415.html (zuletzt gelesen am 28. März 2025).

Leber, Sebastian (2024, 26. November). *Antisemitismus-Streit in der Berliner Linken: Wie die Politsekte „Marx 21" die Partei unterwandert hat*. Tagesspiegel. https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-streit-in-der-berliner-linken-wie-die-politsekte-marx-21-die-partei-unterwandert-hat--besonders-in-neukolln-12720005.html (zuletzt gelesen am 7. April 2025).

Litschko, Konrad (2024, 20. Dezember). *Meldung aus dem Untergrund*. TAZ. https://taz.de/Exklusiv-RAF-Verdaechtiger-Garweg/!6057896/ (zuletzt gelesen am 22. Januar 2025).

Maier, Lucas (2024, 30. April). *Brandanschlag auf Rheinmetall-Chef: Bekennerschreiben*.
t-online. https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/id_100396934/
niedersachsen-celle-brandanschlag-auf-gartenlaube-von-rheinmetall-vorstand.html (zuletzt gelesen am 13. Mai 2025).

Maksaan, Oliver (2023, 31. Mai). *Lina E. und der verharmloste Linksextremismus: Deutschlands linke Parteien messen Antidemokraten mit zweierlei Mass.* Neue Zürcher Zeitung. https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/der-fall-lina-e-und-die-verharmlosung-des-linksextremismus-ld.1740293 (zuletzt gelesen am 4. April 2025).

Mardi, Ssaman [@SsamanMardi] (2019, 26. September). *Mein heutiges Arbeitsoutfit im #Bundestag…* X. https://x.com/ssamanmardi/status/1177200528440381441 (zuletzt gelesen am 4. April 2025).

Marx21 (2022, 18. Januar). *Schreckgespenst Islamismus*. https://www.marx21.de/schreckgespenst-islamismus-begriffsgeschichte-definition-rassismus-muslime-islam/ (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Moses, Dirk (2021, 23. Mai). *Der Katechismus der Deutschen*. Geschichte der Gegenwart. https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/ (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

münster alternativ (2021). *Nichts bleibt, wie es war – 10 Jahre sind genug*. Münster Alternativ. https://ms-alternativ.de/artikel/nichts-bleibt-war-10-jahre-genug (zuletzt gelesen am 14. April 2025).

O. A. (2019, 2. Juli). *Ab Mittwoch EU-Parlamentspräsidentin? So tickt Ska Keller*. Merkur. https://www.merkur.de/politik/ska-keller-gruene-als-eu-parlamentspraesidentin-ehemann-familie-und-privates-zr-12310284.html (zuletzt gelesen am 4. April 2025).

O. A. (2024, 30. September). *Antifa wollte Treffen der Jungen Alternative in Aachen stürmen*. Westdeutscher Rundfunk. https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/afd-antifa-aachen-100.html (zuletzt gelesen am 14. Mai 2025).

Offenes Antifaschistisches Treffen Heidelberg (2025, 5. November). *Kritik an „Widersetzen"*. https://antifa-info.net/2025/11/05/kritik-an-widersetzen/ (zuletzt gelesen am 6. Januar 2026).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (2009). *Linke Gewalt in Berlin 2003–2008*. Berlin. https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/im-fokus/fokus_linke_gewalt_2009.pdf?ts=1612427667 (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (2015). *Linke Gewalt in Berlin 2009–2013*. Berlin. https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/im-fokus/im_fokus_linke_gewalt_2009-2013.pdf?ts=1612427668 (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (Hg.) (2020). *Verfassungsschutz Berlin. Bericht 2019*. Berlin.

Shihabi, Ahmad (2024, 16. Mai). *„Palästina-Solidarität-Duisburg": Wer steckt dahinter?* Neue Rhein/Neue Ruhr Zeitung. https://www.nrz.de/niederrhein/article406361397/palaestina-solidaritaet-duisburg-wer-steckt-dahinter.html (zuletzt gelesen am 1. April 2025).

Switch-off (2024). *Radikale Interventionen gegen die Erdzerstörung. Dokumentation, Analysen und Gespräche*. https://switchoff.noblogs.org/files/2024/04/Broschuere-online-lesen.pdf (zuletzt gelesen am 28. Januar 2025).

„Vulkangruppe Tesla abschalten!" (2024, 9. März). *Nachschlag zum Brandanschlag auf Tesla*. de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/node/345275 (zuletzt gelesen am 28. Januar 2025).

„Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehen" (2026, 4. Januar). *Fossile Kraftwerke abschalten ist Handarbeit. Nur Mut. Militante Neujahrsgrüße 2026. Erklärung und Ergänzung. 4.1.2026.* de.indymedia.org. https://de.indymedia.org/node/565575 (zuletzt gelesen am 12. Januar 2026).

Weichreite TV (2023, 31. Mai). *Urteil Lina E., Hammerbande Dresden 31.05.23*. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=b9YTz29K9Tk&t=5439s (zuletzt gesehen am 7. April 2025).

Žižek, Slavoj (2023, 30. Oktober). *Es gibt keine gute Seite in diesem Krieg*. der Freitag. https://www.freitag.de/autoren/slavoj-zizek/slavoj-zizek-nach-buchmesse-rede-es-gibt-keine-gute-seite-in-diesem-krieg/90b96855-28bf-4ac8-99c2-1cee5340d86c (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Zopf, Christian (2017). *Reclaim Gramsci. Was der Gramscianismus der Neuen Rechten auslässt*. Arranca!. https://arranca.org/ausgaben/return-to-castle-wolfenstein-strategien-gegen-rechts/reclaim-gramsci (zuletzt gelesen am 7. April 2025).

Zora-Blog (2023, 10. Oktober). *Für den kompromisslosen Widerstand des palästinensischen Volkes!* Zora online. https://zora-online.org/2023/10/10/fur-den-kompromisslosen-widerstand-des-palastinensischen-volkes/ (zuletzt gelesen am 1. Februar 2024).

ZimT, Zucker im Tank (o. J.). *Über uns*. unter: https://www.zuckerimtank.net/language/de/ueber-uns/ (zuletzt gelesen am 23. Januar 2025).

Literatur

Abay Gaspar, Hande (2025). *Abgrenzung von Extremismus, Radikalismus und Radikalisierung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/lernen/bewegtbild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313920/abgrenzung-von-extremismus-radikalismus-und-radikalisierung/ (zuletzt gelesen am 15. Januar 2025).

Ackerman, Gary A. & Jeffrey M. Bale (2012). The potential for collaboration between Islamists and Western left-wing extremists: A theoretical and empirical introduction. *Dynamics of Asymmetric Conflict, 5*(3), 151–171. https://doi.org/10.1080/17467586.2012.745197

Adrian, Laura, David Garbers & Udo Gerigk (2020). Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz. In Anne-Kathrin Meinhardt & Birgit Redlich (Hg.), *Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis* (S. 192– 201). Wochenschau Verlag.

Allington, Daniel, Siobhan McAndrew & David Hirsh (2019). *Violent extremist tactics and the ideology of the sectarian far left*. GOV UK. https://www.gov.uk/government/publications/violent-extremist-tactics-and-the-ideology-of-the-sectarian-far-left (zuletzt gelesen am 11. Juni 2025).

Amadeu Antonio Stiftung (2024, 6. Juni). *Lagebild # 13. Antisemitische Allianzen nach dem 7. Oktober 2023*. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-13/ (zuletzt gelesen am 25. März 2025).

Antinori, Arije (2023). Online Research Strategies and Methodologies in the Study of Left-Wing Extremism. In José Pedro Zúquete (Hg.), *The Palgrave Handbook of Left-Wing Extremism, Volume 1* (S. 157–169). Palgrave Macmillan.

Aquilino, Maria Chiara, Kiran Suman-Chauhan, Pauline Paillé & Benedict Wilkinson (2024, 16. April). *The Instrumentalization of Climate-Related Issues by Extremist Groups*. https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/2984615b-c02d-4fe8-a8ef-47384ee03ae7_en?-filename=RANPS-TRM-conclusions-paper_en.pdf (zuletzt gelesen am 29. April 2025).

Arendt, Hannah (2015). *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. Piper Verlag.

Backes, Uwe (2011). Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt. In Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hg.), *Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und*

Prävention (S. 49–67). 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010, Erfurt. Backes, Uwe (2023). Governmental reporting practice on extremism – Germany in comparison. *Journal of Intelligence History, 22*(3), 451–469. https://doi.org/10.1080/16161262.2022.2080922

Backes, Uwe & Anna-Maria Haase (2017). Von „Nazis", „Zecken" und „Bullenschweinen". Feindbildkonstruktionen und Konfrontationsgewalt als Herausforderungen für die innere Sicherheit. In Alexander Yendell, Gert Pickel & Karolin Dörner (Hg), *Innere Sicherheit in Sachsen – Beiträge zu einer kontroversen Debatte* (S. 116–126). Edition Leipzig.

Backes, Uwe & Eckhard Jesse (1993). *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.

Backes, Uwe, Matthias Mletzko & Jan Stoye (2010). *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich*. Luchterhand.

Barnett, Dana & Efraim Karsh (Hg.) (2022). *Soft Threats to National Security: Antisemitism, BDS and the De-legitimization of Israel.* Taylor & Francis.

Baron, Udo (2016). Von den Autonomen zu den Postautonomen – Wohin steuert die autonome Bewegung? In Armin Pfahl-Traughber (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II)* (S. 59–79). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Baron, Udo (2021). Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus. Eine Analyse von Akteuren und Objekten linksextremistischer Beeinflussungsversuche. In Armin Pfahl-Traughber & Hendrik Hansen (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I)* (S. 300–321). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Baron, Udo (2024a). Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus 2.0. Eine Analyse zur Veränderung linksextremistischer Beeinflussungsversuche. In Armin Pfahl-Traughber & Hendrik Hansen (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2021–2023 (II)* (S. 61–84). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Baron, Udo (2024b). Antizionismus und Antisemitismus im Linksextremismus. *Die Kriminalpolizei, 2024*(3), 15–19.

Beelmann, Andreas (2019). Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. In Erich Marks (Hg.), *Prävention und Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag* (S. 181–209). Forum Verlag.

Beetham, David (1994). Key Principles and Indices for a Democratic Audit. In ders. (Hg.), *Defining and Measuring Democracy* (S. 25–43). Sage.

Behrendes, Udo (2020). Wechselbeziehungen zwischen linkem Protest, Polizei und linker Militanz. In Anne-Kathrin Meinhardt & Birgit Redlich (Hg.), *Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis* (S. 102–126). Wochenschau Verlag.

Berg, Ina van den (2017). *Und dann wollte ich raus. Extreme politische Szenen verlassen. Am Beispiel Sachsens*. Edition Leipzig.

Bermeo, Nancy (2016). On Democratic Backsliding. *Journal of Democracy, 27*(1), 5–19. https://doi.org/10.1353/jod.2016.0012

Berthold, Frank (2022). Eine Typologie linksextremer Gewalttäter in Sachsen. In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 34* (S. 159–174). Nomos.

Bobbio, Norberto (1994). *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Verlag Klaus Wagenbach.

Bötticher, Astrid & Miroslav Mareš (2012). *Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Bohla, Marie (o. J.). Politisch motivierte Kriminalität (PMK) aus dem linken Spektrum. In Bundesfachstelle Linke Militanz (Hg.), *Handbuch Linke Militanz*. Göttingen. https://www.linke-militanz.de/handbuch/politisch-motivierte-kriminalitaet-pmk-aus-dem-linken-spektrum/#_ftnref20 (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

Brown, Wendy (2012). „Wir sind jetzt alle Demokraten…". In Giorgio Agamben, Alain Badiou, Slavoj Žižek, Jacques Rancière, Jean-Luc Nancy, Wendy Brown, Daniel Bensaïd & Kristin Ross (Hg.), *Demokratie? Eine Debatte* (S. 55–71). Suhrkamp.

Capoccia, Giovanni (2005). *Defending Democracy: Reactions to Extremism in Interwar Europe*. Johns Hopkins University Press.

Currle, Philipp (2020). Interventionistische Linke: Motor der Protest-Radikalisierung? In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 32* (S. 145–156). Nomos.

della Porta, Donatella (2013). *Clandestine Political Violence*. Cambridge University Press.

della Porta, Donatella & Herbert Reiter (Hg.) (1998). *Policing Protest: The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*. University of Minnesota Press.

Deycke, Alexander (2021). Postautonomie – organisatorische und strategische Entwicklungen in der undogmatischen radikalen Linken seit den 1990er Jahren. In Alexander Deycke, Jens Gmeiner, Julian Schenke & Matthias Micus (Hg.), *Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken* (S. 383–404). Vandenhoeck & Ruprecht.

Deycke, Alexander (o. J.). Postautonome. In Bundesfachstelle Linke Militanz (Hg.), *Handbuch Linke Militanz*. https://www.linke-militanz.de/handbuch/postautonome/ (zuletzt gelesen am 14. April 2025).

Dienstbühl, Dorothee (2019). *Extremismus und Radikalisierung: Kriminologisches Handbuch zur aktuellen Sicherheitslage*. Richard Boorberg Verlag.

Dzhekova, Rositsa, Nadya Stoynova, Anton Kojouharov, Mila Mancheva, Dia Anagnostou & Emil Tsenkov (2016). *Understanding radicalisation. Review of literature. Center for the Study of Democracy*. Center for the Study of Democracy.

Elbe, Ingo (2024). *Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive" Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung* (2. Aufl.). Edition TIAMAT.

Elbe, Ingo, Robin Forstenhäusler, Katrin Henkelmann, Jan Rickermann, Hagen Scheider & Andreas Stahl (Hg.) (2022). *Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik*. Edition TIAMAT.

Ellefsen, Rune (2021). The Unintended Consequences of Escalated Repression. *Mobilization, 26*(1), 87–108. https://doi.org/10.17813/1086-671X-26-1-87

Enzmann, Birgit (2012). *Der Demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Farinelli, Francesco & Lorenzo Marinone (2021). *Contemporary Violent Left-wing and Anarchist Extremism (VLWAE) in the EU. Analysing Threats and Potential for P/CVE*. https://home-affairs.ec.europa.eu/whats-new/publications/contemporary-violent-leftwing-and-anarchist-extremism-vlwae-eu-analysing-threats-and-potential-pcve_en (zuletzt gelesen am 29. April 2025).

Feuerherdt, Alex & Florian Markl (2020). *Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand*. Hentrich & Hentrich.

Flümann, Gereon (2020). Linke Militanz und politische Bildung. In Anne-Kathrin Meinhardt & Birgit Redlich (Hg.), *Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis* (S. 60–67). Wochenschau Verlag.

Glaser, Michaela, Jochen Müller & André Taubert (2020). Selektive Extremismusprävention aus pädagogischer Perspektive. Zielgruppen, Handlungsfelder, Akteure und Ansätze. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend* (S. 471–502). Bundeskriminalamt.

Gmeiner, Jens & Matthias Micus (2018). Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen. *Demokratie-Dialog, 2*, 29–35.

Golova, Tatiana (2013). Identitätskonstruktionen in Proteströumen der Berliner linksradikalen Szene. In René Schultens & Michaela Glaser (Hg.), *‚Linke' Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen* (S. 71–95). Deutsches Jugendinstitut e. V.

Groeger-Roth, Frederick, Claudia Heinzelmann, Erich Marks, Kirsten Minder, Thomas Müller & Menno Preuschaft (2020). Universelle Extremismusprävention. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend* (S. 453–469). Bundeskriminalamt.

Hafez, Mohammed & Creighton Mullins (2015). The radicalization puzzle: A theoretical synthesis of empirical approaches to homegrown extremism. *Studies in Conflict & Terrorism, 38*(11), 958–975. https://doi.org/10.1080/1057610X.2015.1051375

Hales, Andrew H., Natasha R. Wood & Kipling D. Williams (2024). Ostracism and Extremism: How Extreme Groups Can Address Threatened Needs. In Michaela Pfundmair, Andrew H. Hales & Kipling D. Williams (Hg.)*, Exclusion and Extremism. A Psychological Perspective* (S. 7–26). Cambridge University Press.

Hänel, Lisa (2021). Weißsein und jüdische Identität. *Internationale Politik, 7*, 14–21. https://internationalepolitik.de/de/weiss-sein-und-juedische-identitaet

Hansen, Hendrik (2021a). Linke und rechte Identitätspolitik. Ein Vergleich der poststrukturalistischen Wende im Linksextremismus mit dem Ethnopluralismus und Nominalismus der Neuen Rechten. In Armin Pfahl-Traughber & Hendrik Hansen (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (II)* (S. 242–289). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Hansen, Hendrik (2021b). Die ideologischen Veränderungen des Linksextremismus durch die Verbindung von Marx mit der Postmoderne und dem Poststrukturalismus. In Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.), *Linksextremismus: neue Entwicklungen jenseits von Marx, Engels und Lenin* (S. 8–21). Tagungsband zur Fachtagung vom 23. September 2020, Magdeburg.

Hansen, Hendrik (2024). Eine neue Querfront zwischen Linksextremismus und Islamismus? Antiimperialismus und Postkolonialismus als Grundlagen von Antisemitismus. *Analysen und Argumente, 526* (März). https://www.kas.de/documents/d/guest/eine-neue-querfront-von-linksextremisten-und-islamisten.

Hansen, Hendrik & Thomas Arning (2021). Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von „Ex-

tinction Rebellion“. In Armin Pfahl-Traughber & Hendrik Hansen (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I)* (S. 389–417). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Hansen, Hendrik & Philipp W. Hildmann (2022, 19. Mai). *Die neue Erosion der Abgrenzung. Wie Linksextremisten demokratische Proteste für ihre Zwecke instrumentalisieren*. Argumentation kompakt, 1. Hanns-Seidel-Stiftung. https://www.hss.de/download/publications/AK_2022-1_Linksextremismus.pdf (zuletzt gelesen am 26. März 2025).

Harteveld, Eelco (2016). *Daring to vote right: Why men are more likely than women to vote for the radical right* [Thesis, fully internal, Universiteit van Amsterdam].

Haunss, Sebastian (2013). Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus. In René Schultens & Michaela Glaser (Hg.), *‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen* (S. 26–46). Deutsches Jugendinstitut e. V.

Haury, Thomas (2002). *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburger Edition.

Haury, Thomas (2019). *Antisemitismus von links. Facetten der Judenfeindschaft*. Aktion Courage e. V.

Hensel, Alexander & Dario Wehner (2025). Autonome vs. bürgerliche Antifa? Profil und Probleme der Massenproteste gegen rechts Anfang 2024. In Alexander Hensel & Marie Bohla (Hg.), *Linke Militanz. Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis* (S. 88–104). Universitätsverlag Göttingen.

Hirndorf, Dominik (2023). *Radikal fürs Klima? Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von radikalen Einstellungen zum Thema Klimaschutz in der deutschen Bevölkerung*. Berlin.

Holt, Thomas J., Mattisen Stonhouse, Joshua Freilich & Steven M. Chermak (2021). Examining Ideologically Motivated Cyberattacks Performed by Far-Left Groups. *Terrorism and Political Violence, 33*(3), 527–548. https://doi.org/10.1080/09546553.2018.1551213

Hüllen, Rudolf van (2014, 28. Oktober). *Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus*. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/33618/das-trotzkistische-spektrum-im-linksextremismus/ (zuletzt gelesen am 7. April 2025).

Hüllen, Rudolf van (2019). „Vergesst die Aufklärung!" Ideologische Umbrüche im revolutionären Linksextremismus. In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 31* (S. 59–80). Nomos.

Hüllen, Rudolf van (2023). Die radikale Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus – eine synergetische Beziehung? In Nicolas Stockhammer (Hg.), *Zwischen zivilem Ungehorsam und Militanz. Die radikale Klimaschutzbewegung und ihr extremistisches Potential* (S. 67–83). Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW).

Hüllen, Rudolf van (2025, 11. März). *From Rebellion to Hamas: Zur Symbiose von „wokem" Linksextremismus und Islamismus*. Konrad-Adenauer-Stiftung. https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/from-rebellion-to-hamas-zur-symbiose-von-wokem-linksextremismus-und-islamismus (zuletzt gelesen am 27. März 2025).

Imbusch, Peter (2021). Die radikale Linke zwischen Protest und Militanz. Hintergründe, Besonderheiten und Perspektiven zu linksextremer Gewalt. In Alexander Deycke, Jens Gmeiner, Julian Schenke & Matthias Micus (Hg.), *Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken* (S. 157–182). Vandenhoeck & Ruprecht.

Inden, Holger (2021). Die Proteste im Hambacher Forst. Eine Analyse der demokratischen und extremistischen Protagonisten. In Armin Pfahl-

Traughber & Hendrik Hansen (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I)* (S. 355–388). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Jacobs, Andreas (2023, 4. Dezember). *Antisemitische Allianzen. Postmoderne Israelkritik und Judenhass in neuen Kontexten als Herausforderung für die politische Bildungsarbeit*. Konrad-Adenauer-Stiftung. https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/antisemitische-allianzen (zuletzt gelesen am 25. März 2025).

Jämte, Jan & Rune Ellefsen (2020a). Countering extremism(s): Differences in local prevention of left- wing, right-wing and Islamist extremism. *Journal for Deradicalization, 24*, 191–231. https://journals.sfu.ca/jd/index.php/jd/article/view/393/247

Jämte, Jan & Rune Ellefsen (2020b). The Consequences of Soft Repression. *Mobilization, 25*(3), 383–404. https://doi.org/10.17813/1086-671X-25-3-383

Jämte, Jan & Rune Ellefsen (2021, 8. Januar). *Violent extremism is not a uniform phenomenon: The key differences in prevention of left-wing, right-wing, and Islamist extremism*. University of Oslo. https://www.sv.uio.no/c-rex/english/news-and-events/right-now/2020/violent-extremism-is-not-a-uniform-phenomenon.html (zuletzt gelesen am 7. Mai 2025).

Jasko, Katarzyna, Gary LaFree, James Piazza, & Michael H. Becker (2022). A comparison of political violence by left-wing, right-wing, and Islamist extremists in the United States and the world. *PNAS, 119*(30). https://doi.org/10.1073/pnas.2122593119

Jesse, Eckhard (2011). Aktuelle Aspekte des Linksextremismus – Erscheinungsformen, Handlungsfelder, Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung. In Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hg.), *Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention* (S. 68–85), 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010, Erfurt.

Jesse, Eckhard (2015). „Extremistische Parteien“ – worin besteht der Erkenntnisgewinn? In ders. (Hg.), *Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen* (S. 105–110). Vandenhoeck & Ruprecht.

Jesse, Eckhard (2023). Extremistische Züge bei Teilen der Klima-Protestbewegung, in: Nicolas Stockhammer (Hg.), *Zwischen zivilem Ungehorsam und Militanz. Die radikale Klimaschutzbewegung und ihr extremistisches Potential* (S. 85–98). Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW).

Johannsen, Frank (2021). Bündnispolitik von Postautonomen in sozialen Protestbewegungen. Eine Fallstudie zur „Interventionistischen Linken“ (IL) in Heiligendamm und Hamburg im Vergleich. In Armin Pfahl-Traughber & Hendrik Hansen (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I)* (S. 322–354). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Jokinen, Christian (2024). Is Left-Wing Terrorism Making a Comeback in Germany? Analyzing the „Engel-Guntermann Network“. *CTC Sentinel, 1*, 31–39. https://ctc.westpoint.edu/wp-content/uploads/2024/01/CTC-SENTINEL-012024.pdf

Jugl, Irina, Doris Bender & Friedrich Lösel (2017). Left-wing extremist violence: Risk and protective factors in a targeted sample of potential extremists. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 104*(3), 243–258. https://doi.org/10.1515/mks-2021-0125

Jugl, Irina & Daniel Köhler (2023). Women in Left-Wing Extremism. In José Pedro Zúquete (Hg.), *The Palgrave Handbook of Left-Wing Extremism, Volume 1* (S. 69–89). Palgrave Macmillan.

Jugl-Kuntzsch, Irina & Daniel Köhler (2024). Frauen in der linksextremistischen Szene: Motive und Radikalisierungsfaktoren. *Kriminalistik, 8–9*, 465–470.

Kailitz, Steffen (2015). Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus – Beobachtungen aus der Hochphase des

„Zeitalters der Extreme“ (1919–1939). In Eckhard Jesse (Hg.), *Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus*. Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderband 2015 I (S. 115–136). Nomos.

Karagiannis, Emmanuel (2012). The future of the red–green alliance. *Dynamics of Asymmetric Conflict, 5*(3), 208–211. https://doi.org/10.1080/17467586.2012.745945

Karagiannis, Emmanuel, & Clark McCauley (2013). The Emerging Red-Green Alliance: Where Political Islam Meets the Radical Left. *Terrorism and Political Violence, 25*(2), 167–182. https://doi.org/10.1080/09546553.2012.755815

Kemmesies, Uwe, Benjamin Heimerl & Lara Simon (2025). Radikalisierungsforschung 2019–2023 in Deutschland: Ein zunehmend phänomenübergreifend-ganzheitlicher Blick auf Radikalisierung. In Uwe Kemmesies, Peter Wetzels, Beatrix Austin, Christian Büscher, Axel Dessecker, Edgar Grande & Diana Rieger (Hg.), *MOTRA-Monitor 2023/24* (S. 312–350). Bundeskriminalamt.

Kenney, Michael, & Colin Clarke (2020, 23. Juni). *What Antifa Is, What It Isn’t, and Why It Matters*. War on the rocks. https://warontherocks.com/2020/06/what-antifa-is-what-it-isnt-and-why-it-matters/ (zuletzt gelesen am 6. Mai 2025).

Kielmansegg, Peter Graf (2013). *Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat*. Nomos.

Kober, Marcus (2019). Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Systematische Übersicht und Erkenntnisse zur Evaluation. *forum kriminalprävention, 2*(2019), 20–26.

Koch, Ariel (2018). Trends in Anti-Fascist and Anarchist Recruitment and Mobilization. *Journal for Deradicalization, 14*(Spring). https://journals.sfu.ca/jd/index.php/jd/article/view/134/115

Köhler, Daniel (2017). Preventing violent radicalisation: Programme design and evaluation. In Diego Muro (Hg.), *Resilient Cities. Countering Violent Extremism at Local Level* (S. 91–98). CIDOB.

Köhler, Daniel (2018). *Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus. Ein Handbuch für Praktikerinnen, Praktiker und staatliche Koordinationsstellen sowie zivilgesellschaftliche Projektträger in Deutschland*. Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus Baden-Württemberg (KPEBW).

Köhler, Daniel (2023a). Disengaging from Left-Wing Terrorism and Extremism: Field Experiences from Germany and Research Gaps. *Studies in Conflict & Terrorism, 46*(11), 2099–2119.

Köhler, Daniel (2023b). „The Fighting Made Me Feel Alive": Women's Motivations for Engaging in Left-wing Terrorism: A Thematic Analysis. *Terrorism and Political Violence, 35*(3), 553–568. https://doi.org/10.1080/09546553.2021.1957847

Kraushaar, Wolfgang (2005). *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*. Hamburger Edition.

Kraushaar, Wolfgang (2013). *„Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?". München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus*. Rowohlt.

Kraushaar, Wolfgang (2023). Zum Radikalisierungspotenzial der Klimaprotestbewegung. In Nicolas Stockhammer (Hg.), *Zwischen zivilem Ungehorsam und Militanz. Die radikale Klimaschutzbewegung und ihr extremistisches Potential* (S. 25–37). Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW).

Krüsselmann, Katharina & Daan Weggemans (2023). Radicalization and Left-Wing Extremism. In José Pedro Zúquete (Hg.), *The Palgrave Handbook of Left-Wing Extremism, Volume 1* (S. 55–68). Palgrave Macmillan.

Lauth, Hans-Joachim (2004). *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lauth, Hans-Joachim (2016). Gewaltenteilung und Accountability: Konzeptionelle Grundlagen zur Kontrollfunktion der Gewaltenteilung in Mehrebenensystemen. *Zeitschrift für Politikwissenschaft, 26*(1 Supplement), 17–35. https://doi.org/10.1007/s41358-015-0003-2

Lehmann, Lena, Laura-Romina Goede & Carl Philipp Schröder (2020). Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht? In Anne-Kathrin Meinhardt & Birgit Redlich (Hg.), *Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis* (S. 68–77). Wochenschau Verlag.

Lehmann, Lena & Nadine Jukschat (2019). „Linksextremismus" – Ein problematisches Konzept. Perspektiven verschiedener Praxisakteure. *SIAK Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 4*, 41–52.

Levitsky, Steven & Daniel Ziblatt (2018). *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*. Deutsche Verlags-Anstalt.

Levitsky, Steven & Daniel Ziblatt (2024). *Die Tyrannei der Minderheit. Warum die amerikanische Demokratie am Abgrund steht und was wir daraus lernen können*. Deutsche Verlags-Anstalt.

Linz, Juan J. (1978). Crisis, Breakdown and Reequilibration. In ders. & Alfred Stepan (Hg.), *The Breakdown of Democratic Regime* (S. 3–124). Johns Hopkins University Press.

Linz, Juan J. & Alfred Stepan (1996). *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*. Johns Hopkins University Press.

Logan, Michael K., Steven Windisch, & Pete Simi (2014). Adverse Childhood Experiences (ACE), Adolescent Misconduct, and Violent Extremism: A Comparison of Former Left-Wing and Right-Wing Extremists. In *Terrorism and Political Violence, 36*(1), 55–74. https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2098725

Logvinov, Mikhail & Jan Böhme (2014). Gewalt als politischer Inhalt. Ideologie, Strategie und Taktik „antifaschistischer Militanz" unter besonderer Berücksichtigung der Gruppierung um Johann G. und Lina E. In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 36* (S. 185–201). Nomos.

Lösel, Friedrich, Sonja King, Doris Bender & Irina Jugl (2018). Protective factors against extremism and violent radicalization: A systematic review of research. *International Journal of Developmental Science, 12*(1–2), 89–102. https://doi.org/10.3233/DEV-170241

Lührmann, Anna & Staffan I. Lindberg (2019). A third wave of autocratization is here: what is new about it? *Democratization, 26*(7), 1095–1113.

Lützinger, Saskia (2010). *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*. Luchterhand.

Lützinger, Saskia (2020). „Ich hab nicht gesagt: ‚Ihr seid mir zu radikal, ich hör jetzt auf', ich bin einfach nicht mehr zu den Demos gegangen". In Anne-Kathrin Meinhardt & Birgit Redlich (Hg.), *Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis* (S. 91–101). Wochenschau Verlag.

Lützinger, Saskia & Florian Gruber (2017). *Extremismusprävention in Deutschland. Herausforderungen und Optimierungspotential*. Bundeskriminalamt.

Lützinger, Saskia, Florian Gruber & Ali Hedayat (2020). Extremismuspräventionslandschaft – eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland sowie ausgewählter Präventionsstrategien aus dem

europäischen Ausland. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend* (S. 597–626). Bundeskriminalamt.

Mannewitz, Tom (2013). „Nazi-Outing" – Zwecke, Funktionen und Probleme eines neuen „Volxsports". In Gerhard Hirscher & Eckhard Jesse (Hg.), *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven* (S. 453–470). Nomos.

Mannewitz, Tom (2018). Das normative Extremismuskonzept. Ein Vorschlag zur Rekonzeptualisierung und Messung. In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 30* (S. 31–53). Nomos.

Mannewitz, Tom (2024a). Politisch motiviert, aber nicht extremistisch? Inkonsistenzen behördlicher Gewaltklassifikation aus politikwissenschaftlicher Perspektive. *Kriminalistik, 75*(5), 283–290.

Mannewitz, Tom (2024b). Genannt, verbrannt? Die Wirkung staatlicher Stigmatisierungsversuche gegenüber Extremisten in Theorie und Praxis. *Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht, 7*(6), 266–272.

Mannewitz, Tom & Tom Thieme (2020). *Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.

Manow, Philip (2024). *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie* (2. Aufl.). Suhrkamp.

Mareš, Miroslav (2023). Environmental Apocalypticism, Other Forms of Eco-Extremism, and Their Links to the Left-Wing Extremist Scene. In ders. (Hg.), *The Palgrave Handbook of Left-Wing Extremism, Volume 2* (S. 277–291). Palgrave Macmillan.

Marinone, Lorenzo, Francesco Farinelli, Francesco Antonelli, Santina Musolino Valeria Rosato, Marco Di Liddo, Claudia Annovi, Maryna Manchenko, Georgios Melios, Kai Brand-Jacobsen, Dana Dolghin, Jake Grinyer, Isabella Pîrlogea, Orla Lynch, Yasmine Ahmed, Liana Maria Da-

her, Anna Maria Leonora, Augusto Gamuzza, Necla Acik & Kevin McDonald (2022). *Far-right, far-left, separatism and religious extremism. A comparative desk research on drivers*. https://participation-in.eu/media/participation-farright-farleft-separatism-religious-extremism-d2.1.pdf (zuletzt gelesen am 11. Juni 2025).

McCauley, Clark & Sophia Moskalenko (2008). Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism. *Terrorism and Political Violence, 20*(3), 415–433. https://doi.org/10.1080/09546550802073367

McCauley, Clark & Sophia Moskalenko (2017). Understanding political radicalization: The two-pyramids model. *American Pschologist, 72*(3), 205–216. https://psycnet.apa.org/doi/10.1037/amp0000062

Medzihorsky, Juraj & Staffan I. Lindberg (2024). Walking the Talk: How to Identify Anti-Pluralist Parties. *Party Politics, 30*(3), 420–434.

Meiering, David, Aziz Dziri, Naika Foroutan, Simon Teune, Esther Lehnert & Marwan Abou Taam (2018). *Brückennarrative – verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen* (Peace Research Institute Frankfurt Report 7). Peace Research Institute Frankfurt.

Meifort, Franziska (2020). Was bedeutet „progressiv"? Vier Thesen. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Das Progressiv-Konservative Paradox. Vier Beiträge über Verändern und Bewahren* (S. 9–15).

Melcher, Reinhold & Tom Thieme (2022). *Rechts- und Linksextremismus in den deutschen Bundesländern. Wahlergebnisse, Personenpotenziale, politisch motivierte Kriminalität und Gewalt*. Nomos.

Merkel, Wolfgang (2004). Embedded and Defective Democracies. *Democratization, 11*(5), 33–58. https://doi.org/10.1080/13510340412331304598

Merkel, Wolfgang (2010). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Merkel, Wolfgang, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant, Claudia Eicher & Peter Thiery (2003). *Defekte Demokratie, Bd. 1: Theorie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Michaelis, Sandra & Uwe Kemmesies (2022). Extremismusprävention-satlas (EPA) – Eine Bestandsaufnahme präventiver Angebote in Deutschland 2021. In Uwe Kemmesies, Peter Wetzels, Beatrix Austin, Christian Büscher, Axel Dessecker, Edgar Grande, & Diana Rieger (Hg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 390–418). Bundeskriminalamt.

Minkenberg, Michael (2006). Repression and reaction: militant democracy and the radical right in Germany and France. *Patterns of Prejudice, 40*(1), 25–44. https://doi.org/10.1080/00313220500482662

Mletzko, Matthias (2010). Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 44*, 9–16.

Mletzko, Matthias (2016, 8. November). Trends und Besonderheiten links motivierter Gewaltdelikte. In Hessischer Landtag (Hg.), *Ausschussvorlage INA 19/40 – öffentlich* – Teil 1 (S. 52–61).

Mletzko, Matthias (2025a). Linke Gewalt – Trends und Charakteristika. In Alexander Hensel & Marie Bohla (Hg.), *Linke Militanz. Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis* (S. 232–244). Universitätsverlag Göttingen.

Mletzko, Matthias (2025b). Trends und Besonderheiten linker Gewaltdelikte. *Kriminalistik 1*, 33–39.

Möller, Kurt, Jan Buschbom & Thomas Pfeiffer (2020). Zur Evaluation von Praxisansätzen der Extremismusprävention. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend* (S. 389–424). Bundeskriminalamt.

Mounk, Yascha (2024). *Im Zeitalter der Identität. Der Aufstieg einer gefährlichen Idee*. Klett-Cotta.

Müller, Natascha (2020): Antisemitismus im Menschenrechtskostüm: eine Fallanalyse der globalen Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktions-Kampagne (BDS) gegen Israel. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus* (S. 180–191). Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Murswiek, Dietrich (2020). *Verfassungsschutz und Demokratie. Voraussetzungen und Grenzen für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden auf die demokratische Willensbildung*. Duncker & Humblot.

Neumann, Andreas (2025). Judenfeindschaft und Antisemitismus in der Geschichte des Marxismus-Leninismus und des dogmatischen Staatssozialismus Osteuropas. In Alexander Hensel & Marie Bohla (Hg.), *Linke Militanz. Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis* (S. 31–41). Universitätsverlag Göttingen.

Patzelt, Werner (2013). Macht in ethnomethodologischer Sicht. In André Brodocz & Stefanie Hammer (Hg.), *Variationen der Macht* (S. 181–198). Nomos.

Pesch, Jan-Hinrick (2024). *Das Scheitern der Querfront und seine Ursachen. Eine Studie zu Fällen aus dem Links- und Rechtsextremismus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland*. Nomos.

Pfahl-Traughber, Armin (2012). Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung. Das E-IOS-W-Schema zu Analyse und Vergleich extremistischer Organisationen. In ders. (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I)* (S. 7–27). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Pfahl-Traughber, Armin (2020). *Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme* (2. Aufl.). Springer VS.

Pfahl-Traughber, Armin (2021, 18. August). *Linksextremistische Einflussnahme auf die Klima-Bewegung Ein Fallbespiel für die Instrumentalisierung einer Protestbewegung*. Bundeszentrale für politische

Bildung. https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/338269/linksextremistische-einflussnahme-auf-die-klimabewegung/ (zuletzt gelesen am 22. Januar 2025).

Pfahl-Traughber, Armin (2022). „Linker Antisemitismus“ oder „Antisemitismus unter Linken“? Eine Analyse von Fallbeispielen aus Geschichte und Gegenwart. *Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, 32*(2), 333–355. https://doi.org/10.1515/asch-2022-2015

Pfahl-Traughber, Armin (2023, 9. August). *Links- und rechtsextremistische Straftaten im Vergleich. Ein differenzierter Blick in die offizielle Statistik*. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/523927/links-und-rechtsextremistische-straftaten-im-vergleich/ (zuletzt gelesen am 13. Mai 2025).

Pfahl-Traughber, Armin (2024). Antisemitism and Hostility towards Israel in Left-Wing Extremism. In Florian Hartleb (Hg.), *Antisemitism on the Rise. New Ideological Dynamics* (S. 119–128). European Institute for Counter Terrorism and Conflict Prevention (EICTP).

Pflicke, Tom (o. J.). Linker Antisemitismus. In Bundesfachstelle Linke Militanz (Hg.), *Handbuch Linke Militanz*. https://www.linke-militanz.de/handbuch/linker-antisemitismus/ (zuletzt gelesen am 14. April 2025).

Pflicke, Tom (2025). Antisemitismus in der Neuen Linken. In Alexander Hensel & Marie Bohla (Hg.), *Linke Militanz. Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis* (S. 42–53). Universitätsverlag Göttingen.

Pfundmair, Michaela (2024a). *Pfade zum Terrorismus. Empirische Testung eines umfassenden Modells der Radikalisierung in unterschiedlichen Phänomenbereichen. Kurzbericht des Projekts EMRA* (CoRE-NRW Forschungspapier Nr. 13). Bonn International Centre for Conflict Studies.

Pfundmair, Michaela (2024b). In the Realm of Action: Social Exclusion as a Catalyst for Terrorism. In Michaela Pfundmair, Andrew H. Hales & Kipling D. Williams (Hg.), *Exclusion and Extremism. A Psychological Perspective* (S. 51–73). Cambridge University Press.

Pfundmair, Michaela, & Christian Hartings (2022). Terroristische Radikalisierung. In J. Christopher Cohrs, Nadine Knab & Gert Sommer (Hg.), *Handbuch der Friedenspsychologie*. https://handbuch-friedenspsychologie.de/buch/konzepte-und-kontexte/terroristische-radikalisierung/

Pinker, Steven (2017). *Das unbeschriebene Blatt. Die moderne Leugnung der menschlichen Natur*. Fischer.

Radicalisation Awareness Network (2017, 17. Dezember). *Ex Post Paper. Audiences of right- and left-wing violent extremists*. https://home-affairs.ec.europa.eu/document/download/fd3ac266-d21c-4c7e-8116-2a5e670bdeff_en?filename=ran_c-n_audiences_of_right_left-wing_violent_extremists_2-3_11_en.pdf (zuletzt gelesen am 3. Juni 2025).

Riedl Jonathan & Matthias Micus (2017). Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative. *Demokratie-Dialog, 1*, 16–22.

Schäfer, Armin & Michael Zürn (2022). *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Bundeszentrale für politische Bildung.

Schröder, Janine (2020). *Politisch motivierte Gewalt. Eine qualitative Befragung in der linksautonomen Szene*. Nomos.

Schroeder, Klaus & Monika Deutz-Schroeder (2019). *Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt*. Herder.

Schultens, René & Michaela Glaser (Hg.) (2013). *„Linke" Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen*. Deutsches Jugendinstitut.

Schuurman, Bart (2019). Topics in terrorism research: reviewing trends and gaps, 2007–2016. *Critical Studies on Terrorism, 12*(3), 463–480. https://doi.org/10.1080/17539153.2019.1579777

Sepp, Benedikt (2023). *Das Prinzip Bewegung. Theorie, Praxis und Radikalisierung in der West-Berliner Linken 1961–1972*. Wallstein.

Siewert, Norman (2025). Das „Kufiya-Netzwerk" und die „palästina-solidarische" Bewegung in Deutschland. In Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse & Tom Thieme (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 37* (S. 163–175). Nomos.

Siewert, Norman (2019). Feindliche Nähe. Über die wechselseitige Radikalisierung zwischen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus in Deutschland. *Analysen und Argumente 354*. https://www.kas.de/documents/252038/4521287/AA354+feindliche+N%C3%A4he.pdf/a7c1290f-cb88-a43a-b5bd-3acf9c2e086a?version=1.0&t=1560333810234 (zuletzt gelesen am 13. Mai 2025).

Sirseloudi, Matenia & Sybille Reinke de Buitrago (2016). *Konfrontative Feindbilder und ihre Entstehungsbedingungen. Eine empirische Analyse entlang der Konfliktlinien „links- versus rechts-extremistisch" sowie „muslimfeindlich versus militant salafistisch"*. Bundeskriminalamt.

Stein, Timo (2017). Mal links, mal rechts, mal islamistisch gefärbt: Israelkritik als Türöffner für das antisemitische Stereotyp. Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung: Besonderheiten, Entwicklung, Prognosen und Ursachen. In Ralf Altenhof, Sarah Bunk & Melanie Piepenschneider (Hg.), *Politischer Extremismus im Vergleich* (S. 343–356). Konrad-Adenauer-Stiftung.

Talmon, Jacob L. (2013). *Die Geschichte der totalitären Demokratie*, Band 1–3 (Hg. von Uwe Backes). Vandenhoeck & Ruprecht.

Thieme, Tom (2018, 12. März). *Repräsentation des Linksextremismus in öffentlichem Diskurs und Wissenschaft*. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/265353/repraesentation-des-linksextremismus-in-oeffentlichem-diskurs-und-wissenschaft/ (zuletzt gelesen am 28. März 2025).

Thieme, Tom (2019). „Wir wollen keine Bullenschweine!". Feindbild Polizei im Linksextremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 21–23*, 43–48.

Thieme, Tom (2021, 6. Juli). *Politisch motivierte Kriminalität (PMK) – links. Zahlen, Fakten und Hintergründe*. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/335701/politisch-motivierte-kriminalitaet-pmk-links/ (zuletzt gelesen am 12. Mai 2025).

Thikomirova, Anastasia (2023). Antirassistische und antiimperialistische Gruppen. In Nicholas Potter & Stefan Lauer (Hg.), *Judenhass Underground. Antisemitismus in emanzipatorischen Subkulturen und Bewegungen* (S. 100–110). Hentrich & Hentrich.

Treskow, Laura & Dirk Baier (2020). *Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention*. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) & Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW).

Uhlig, Tom David (2020, 30. April). *Antisemitismus im linken Spektrum*. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307887/antisemitismus-im-linken-spektrum/ (zuletzt gelesen am 25. März 2025).

Vukadinović, Saša (Hg.) (2024). *Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik*. Querverlag.

Walter, Barbara (2023). *Bürgerkriege. Warum immer mehr Staaten am Abgrund stehen.* Hoffmann und Campe.

Warg, Gunter (2010). Aufklärung der Öffentlichkeit durch den Verfassungsschutz vs. Meinungsfreiheit. In Thomas Grumke & Armin Pfahl-Traughber (Hg.), *Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes* (S. 40–59). Verlag Barbara Budrich.

Weißbach, Eva (2024). Das Phänomen der Entgrenzung. Ein Raster zur Analyse der Ausgangssituation, dem strategischen Vorgehen von Extremisten und der Entgrenzungswirkung im Links- und Rechtsextremismus. In Hendrik Hansen & Armin Pfahl-Traughber (Hg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2021–2023 (I)* (S. 71–93). Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Zick, Andreas (2020). Dynamiken, Strukturen und Prozesse in extremistischen Gruppen. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend* (S. 269–312). Bundeskriminalamt.

Zúquete, José Pedro (2023). Left-Wing Extremism and the War on Civilization. In ders. (Hg.), *The Palgrave Handbook of Left-Wing Extremism, Volume 2* (S. 257–276). Palgrave Macmillan.

AUTOR

Tom Mannewitz

Tom Mannewitz ist seit 2021 Professor für politischen Extremismus und politische Ideengeschichte an der Hochschule des Bundes Berlin (Fachbereich Nachrichtendienste/Zentrum für nachrichtendienstliche Aus- und Fortbildung). Nach einem Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden wurde er 2012 mit einer Studie zu den elektoralen Erfolgsbedingungen linksextremistischer Parteien promoviert und 2014 zur Regionalisierung politischer Kultur in Deutschland habilitiert, ehe er von 2014 bis 2020 die Juniorprofessur für politikwissenschaftliche Forschungsmethoden an der TU Chemnitz innehatte. In seiner Forschung beschäftigt er sich vor allem mit Ideologie- und Strategiefragen im Links- und Rechtsextremismus.

ORCID ID:
https://orcid.org/0000-0002-6682-9167

core NRW
Netzwerk Extremismusforschung

IMPRESSUM

Herausgeber
BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
www.bicc.de

Kontakt bicc
Elvan Isikozlu
Head of Advice & Scientific Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0)228 911 96-54

Kontakt coreNRW
Maurice Döring
Leiter der Koordinierungsstelle
doering@core-nrw.de
+49 (0)228 911 96-45

Redaktion Maurice Döring
Wissenschaftliches Korrektorat Deutsches Lektorenbüro, Dr. Ursula Ruppert
Layout Verena Gatterthum, Marketingflotte
Editorial Design bicc/ Verena Krautter
Fotonachweis image by rawpixel.com
Grafiken bicc/ Santiago Duque

Druck
DRUCKWELLE Copyshop

Datum
Februar 2026

https://doi.org/10.60638/zde3-dt61

Zur coreNRW-Webseite

Except where otherwise noted, this work is licensed under: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

bicc
Bonn International Centre for Conflict Studies

The JRF institutes are institutionally supported by the German state of North Rhine-Westphalia.

coreNRW ist ein multidisziplinäres und multiprofessionelles Netzwerk. Forschende, Fachkräfte aus der Präventionspraxis und (Sicherheits-) Behörden analysieren hier aktuelle Erscheinungsformen und Entwicklungen von Extremismus. Im Netzwerk diskutieren wir Forschungserkenntnisse, Wissensbedarfe und zeigen wirksame Präventionsmöglichkeiten auf.
Damit leistet coreNRW einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Extremismus entgegenzuwirken und ein friedliches Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft zu fördern.

Ein Projekt des

bicc
Bonn International Centre for Conflict Studies

Gefördert durch:

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

JRF
MEMBER OF Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft